

Stiftung  
Westfälisches  
Wirtschaftsarchiv  
Dortmund (Hg.)

## Band 3

Der Ruhrbergbau  
im Nationalsozialismus

Wirtschafts-

und

sozialgeschichtliche  
Quellen

für die historisch-politische Bildung in Westfalen

 Aschendorff  
Verlag

Gefördert von

**LWL**

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

Ministerium für Familie, Kinder,  
Jugend, Kultur und Sport  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wirtschaftliche Gesellschaft  
für Westfalen und Lippe e.V.

RAGSTIFTUNG



In Kooperation mit



Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen für die historisch-politische Bildung in Westfalen,  
edited by Karl-Peter Ellerbrock

© Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv  
Märkische Straße 120  
44141 Dortmund

Cover images:

Front: Drei Generationen Bergleute, in: Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 12 (1937), No. 10/IV, p. 113;  
WWA P 824; Back: Kohlegewinnung mit dem Abbauhammer, in: Hans Spethmann: Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von  
Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik, vol. 3 Das Ruhrrevier der Gegenwart, Berlin 1938, p. 727

Layout: satzbild, Philipp Czogalla / Aschendorff Verlag, Julian Krause

ISBN 978-3-402-24753-2  
ISBN 978-3-402-### (E-Book PDF)  
DOI <https://doi.org/10.17438/978-3-402-###>



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>. To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use, further permission is required. Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster  
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

[www.aschendorff-buchverlag.de](http://www.aschendorff-buchverlag.de)

Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund (Hg.)

# Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen

für die historisch-politische Bildung in Westfalen

## Band 3 Der Ruhrbergbau im Nationalsozialismus

bearbeitet von Viktoria Heppe, Sebastian Kurtenbach  
und Gabriele Unverferth

 **Aschendorff**  
Verlag



# **INHALT**

Grußwort der Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Yvonne Gebauer .....	4
Zum Geleit .....	5
Johannah Weber Arbeiten im Westfälischen Wirtschaftsarchiv .....	6
Gabriele Unverferth Der Ruhrbergbau im Nationalsozialismus .....	12
Viktoria Heppe Täterforschung und Ruhrbergbau im Nationalsozialismus .....	21
Viktoria Heppe / Sebastian Kurtenbach / Gabriele Unverferth Methodisch-didaktische Anregungen und die Arbeit mit den Quellen .....	26
Die Organisation des Ruhrbergbaus und seine Einbindung in das nationalsozialistische Wirtschaftssystem .....	26
Der Topos der Arbeit im Nationalsozialismus und seine ideologische Einordnung	33
Der Ruhrkohlenbergbau und seine Bedeutung für die Kriegswirtschaft .....	46
Das Verhältnis zwischen Staat und Unternehmer im Ruhrbergbau während des Nationalsozialismus .....	54
Die Einordnung unternehmerischen Handelns im Nationalsozialismus im wissenschaftlichen Diskurs .....	59
Glossar .....	62
Quellenverzeichnis .....	67
Literatur zum Ruhrbergbau und zur Täterforschung .....	69

## Grußwort



© Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Lernangebote Schülerinnen und Schüler selbst recherchieren, handeln und gestalten lassen, dann ist dies modellhaft für ein demokratisches Geschichtslernen. Für das Lernen im Archiv gilt es in besonderem Maße. Denn Archive sind Lernorte, an denen alle Bürgerinnen und Bürger die Vergangenheit aus Originalquellen erschließen, für sich deuten und einordnen können.

Beim Rekonstruieren vergangener Ereignisse, von dem, was wir Geschichte nennen, werden Kinder und Jugendliche als Erzählerinnen und Erzähler selbst aktiv. Geschichte ist niemals abgeschlossen.

Die Freiheit, aus den eigenen Fragen an die Vergangenheit und den darauf gefundenen Antworten eigene Schlüsse zu ziehen, das macht eine demokratische Erinnerungskultur aus.

Das Lernen im Archiv hat noch einen weiteren ganz entscheidenden Vorteil: Durch den meist regionalen Bezug knüpfen die Inhalte an konkrete Erfahrungen der Lernenden an, an Erzählungen aus der Familie, an eigene Lebenswelten oder auch den vertrauten Anblick ehemaliger oder noch akti-

ver Industriestandorte. So kann der Besuch im Westfälischen Wirtschaftsarchiv nicht nur historisches Wissen, sondern auch regionale Identität aufbauen.

Gegenwart und Zukunft unserer Region sind mit ihrem bergbaulichen Erbe untrennbar verbunden.

Das Arbeitsheft zum Ruhrbergbau im Nationalsozialismus bietet einen sehr guten Einstieg zum demokratischen Lernen im Archiv. Es gibt nicht nur Hilfestellungen zur Recherche in unseren Archiven. Mit seiner zu unseren Kernlehrplänen passenden Quellenauswahl ist es auch eine Einladung an unsere Schulen, den Lernort Archiv regelmäßig in den Unterricht mit einzubinden. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieses großartige Angebot des Westfälischen Wirtschaftsarchivs rege genutzt wird – vielleicht sogar in einer Bildungspartnerschaft. Im Rahmen von Bildungspartner NRW, einer landesweiten Initiative des Ministeriums für Schule und Bildung und der beiden Landschaftsverbände, kooperiert das Westfälische Wirtschaftsarchiv seit Jahren erfolgreich mit Schulen der Region.

Anhand ganz unterschiedlicher Quellen führt die Publikation den Schülerinnen und Schülern vor Augen, wie der Ruhrbergbau in kurzer Zeit in das nationalsozialistische Wirtschaftsgefüge eingliedert wurde und wie bereitwillig sich erhebliche Teile der Unternehmenschaft der menschenverachtenden Ideologie des NS-Staates anschlossen.

Darum ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, die Wirtschaft unserer Gesellschaft auf demokratische Weise mitzugestalten.

Indem diese Publikation die antidemokratischen Merkmale einer gleichgeschalteten Wirtschaft offenlegt, leistet sie auch dazu einen wertvollen Beitrag.

Ihre  
Yvonne Gebauer  
Ministerin für Schule und Bildung des Landes  
Nordrhein-Westfalen

## Zum Geleit

Im Jahr 2010 hat das Westfälische Wirtschaftsarchiv (WWA) begonnen, sich systematisch mit archivdidaktischen Themen zu beschäftigen, um im Rahmen seines historisch politischen Bildungsauftrags neben Studenten und Studentinnen auch Schüler und Schülerinnen als Zielgruppe zu erreichen. Als Beitrag zur kulturellen Bildung möchten wir schon Schülerinnen und Schüler mit Archiven vertraut machen und bestehende Hemmschwellen gegenüber Archivbesuchen abbauen. Andererseits soll durch die identitätsstiftende Beschäftigung mit der Wirtschaftsgeschichte „vor Ort“ die Vermittlung von Wirtschaftswissen im Schulalltag verankert werden, denn ohne wirtschaftliche Grundkenntnisse ist unsere moderne Welt kaum mehr erklärbar und zu verstehen. Mittlerweile ist das WWA im Rahmen der Initiative „Bildungspartner NRW“, die von der Landesregierung ins Leben gerufen wurde, drei institutionalisierte Bildungspartnerschaften mit Dortmunder Gymnasien eingegangen und hat sich zu einem beliebten außerschulischen Lernort entwickelt. Rund 500 Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse und von Leistungskursen kommen so jährlich zu uns und begegnen in unserem Archiv vielfältigen Quellen zur wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklung seit der vorindustriellen Zeit und ihrem strukturellen Wandel bis zur Gegenwart. Wir danken der Bezirksregierung Arnsberg, namentlich Frau Sandra Pohl, für die schulfachliche Beratung

und konstruktive Zusammenarbeit bei unseren archivbezogenen Schulprojekten.

Mit dem vorliegenden dritten Heft der 2016 begründeten Schriftenreihe „Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen für die historisch-politische Bildung in Westfalen“ wird ein wichtiger Brückenschlag zwischen der regionalen Wirtschaftsgeschichte und der politischen Geschichte vollzogen. Gerade die kritische Aufarbeitung der politischen Instrumentalisierung des Ruhrbergbaus, im 20. Jahrhundert die prägende wirtschaftliche Branche des Ruhrgebiets, kann der heranwachsenden Generation nicht nur wichtige Orientierungshilfen bei der Aneignung von Wirtschaftswissen vermitteln, sondern auch zur politischen Meinungsbildung und damit auch zur Festigung unseres Demokratieverständnisses beitragen.

Unser Dank gilt der RAG-Stiftung, ohne deren finanzielle Förderung der vorliegende Band nicht hätte erscheinen können. Viktoria Heppe, die im WWA für die Archivpädagogik verantwortlich ist, hat den vorliegenden Band bearbeitet. Sie wurde fachkundig unterstützt von Gabriele Unverferth, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin im WWA und exzellente Kennerin der Bergbaugeschichte, und dem Geschichtslehrer Sebastian Kurtenbach, der die didaktischen Kommentierungen übernommen hat. Unser Dank gilt schließlich Andreas Weinhold von „Bildungspartner NRW“ für seine Unterstützung.

Dortmund, im Oktober 2020

Dr. Karl-Peter Ellerbrock  
Direktor der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv

# **Johannah Weber**

## **Arbeiten im Westfälischen Wirtschaftsarchiv**

### *Was ist ein Archiv?*

Was ist eigentlich ein Archiv, was verwahrt es? Welche Arten von Archiven gibt es? Grundsätzlich kann man Archive so definieren:

**Archive sind Einrichtungen, deren Aufgabe die systematische Übernahme, Erfassung, Ordnung, Erschließung und dauerhafte Aufbewahrung von Schrift-, Bild- und Tonträgern sowie von elektronischen Speichermedien ist.**

Dabei geht es aber nicht nur darum, die Archivalien in den sog. Magazinen aufzubewahren, sondern vor allem sie auch für die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Archivalien sind in der Regel Unikate. Dementsprechend wird jeder Archivbestand nur einmal in einem Archiv aufbewahrt. Dies ist auch ein wichtiger Unterschied zur Bibliothek.

Das Archivwesen in Deutschland gliedert sich in verschiedene Sparten:

- Staatsarchive**
- Kommunale Archive**
- Archive zur Wirtschaft**
- Kirchliche Archive**
- Familien- und Privatarhive**
- Parlaments-, Partei- und Verbandsarchive**
- Medienarchive**
- Hochschularchive und Archive wissenschaftlicher Institutionen**

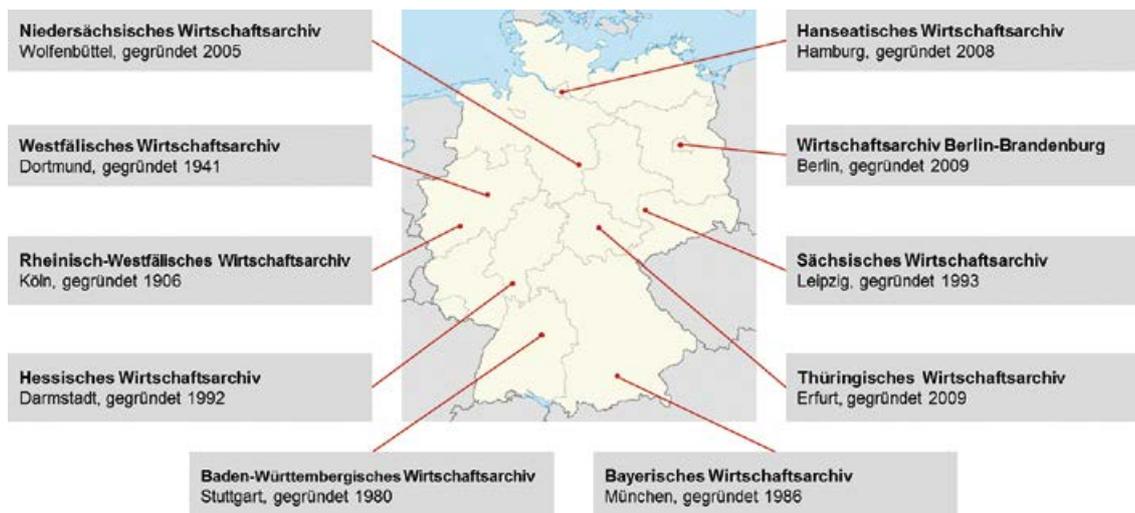
Die Kernbestände der Archive entstehen aus den Abgaben der Einrichtungen, für die sie zuständig sind. Ein Stadtarchiv beispielsweise übernimmt Akten, die bei der Verwaltung der Stadt entstehen, sobald die Akten nicht mehr für den Verwaltungszweck benötigt werden bzw. die gesetzliche Aufbewahrungsfrist erloschen ist.

### *Regionale Wirtschaftsarchive in Deutschland*

Um 1900 wurden erste Forderungen nach der Einrichtung von speziellen Archiven, die das Schriftgut der Wirtschaft verwahren sollten, laut. Sie kamen oft von Seiten der Geschichtswissenschaft, die im Zuge eines Paradigmenwechsels und dem dazugehörigen Ruf „ad fontes“ wieder stärker die Arbeit mit historischen Quellen in den Fokus rückte. Ein Traktat von Armin Tille (1870-1941) aus dem Jahr 1905 empfiehlt die Einrichtung solcher regionalen Wirtschaftsarchive, die unabhängig von staatlichen oder städtischen Archiven sein sollten.

Als erstes Archiv der Wirtschaft wurde 1905 das Krupp-Archiv in Essen gegründet. 1907 folgten das Siemens- und das Bayer-Archiv. Bis heute sind über 300 Unternehmensarchive entstanden. Im Jahr 1906 wurde dann die Vision von Armin Tille Realität. In Köln wurde das erste regionale Wirtschaftsarchiv gegründet, das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv. Im Zuge der Kriegssereignisse wurde 1941 das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund gegründet. Zunächst sollte in erster Linie das historische Schriftgut des westfälischen Industriegebiets und des märkischen Raums vor den Kriegszerstörungen gerettet werden. Außerdem drohte die zwangsweise Abgabe in staatliche Archive.

Heute gibt es insgesamt 10 regionale Wirtschaftsarchive. So wurden in den 1980er Jahren das Baden-Württembergische Wirtschaftsarchiv in Stuttgart und das Bayerische Wirtschaftsarchiv in München gegründet. Die jüngsten Gründungen sind das Thüringische Wirtschaftsarchiv und das Wirtschaftsarchiv Berlin-Brandenburg. 1969 wurde dann mit dem Bergbau-Archiv in Bochum das erste Branchenarchiv gegründet. Alle Wirtschaftsarchive sind institutionell voneinander unabhängig, aber durch eine enge Zusammenarbeit verbunden. Oft sind die Industrie- und Handelskammern als öffentlich-rechtliche



Selbstverwaltungseinrichtungen der regionalen Wirtschaft wichtige Initiatoren bei der Gründung von Wirtschaftsarchiven.

### Die Aufgaben der Wirtschaftsarchive

Regionale Wirtschaftsarchive haben mehrere Aufgabenfelder. Ihre hoheitliche Aufgabe ist es, die Akten von den Industrie- und Handelskammern sowie von den Handwerkskammern nach den Vorgaben der jeweiligen Landesarchivgesetze zu archivieren. Andererseits sind die Wirtschaftsarchive Auffangstelle für das Schriftgut von Unternehmen, Verbänden bzw. wirtschaftlichen Vereinigungen sowie für persönliche Nachlässe, z. B. von bedeutenden Persönlichkeiten der Wirtschaft. Wenn ein Unternehmen aufhört zu existieren – sei es durch den Konkurs oder andere Gründe – ist es die Aufgabe der Regionalen Wirtschaftsarchive, das wertvolle historische Schriftgut zu retten und zu übernehmen. Aber auch von bestehenden Unternehmen werden Archivbestände aufgenommen. Darüber hinaus sind die Wirtschaftsarchive auch im Bereich der Archivpflege tätig. Das WWA verfolgt dabei das Konzept der dezentralen Archivpflege. So werden die Unternehmen vor Ort beim Aufbau eigener Unternehmensarchive beraten und unterstützt. Dabei gilt es besonders, ein Verantwortungsbewusstsein für den Wert der historischen Unterlagen zu schaffen.

### Das WWA als das „Gedächtnis“ der regionalen Wirtschaft

Die Gründung des Westfälischen Wirtschaftsarchivs im Jahre 1941 ging von der Wirtschaftskammer Westfalen-Lippe mit dem Zweck der Sicherung wertvoller historischer Unterlagen aus. Nach dem Krieg arbeitete das WWA als Abteilung der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. 1969 wurde das WWA selbstständig als Stiftung des privaten Rechts. Seither ist es die regionale Dokumentationsstelle der westfälischen und lippischen Wirtschaft. Das macht es zum Gedächtnis der regionalen Wirtschaft. Denn die Geschichte Westfalens ist ohne die Wirtschaftsgeschichte nicht zu denken. Betrachten wir beispielsweise das Ruhrgebiet: Wie könnte man die Geschichte und Entwicklung dieser Region getrennt von Kohle, Stahl und Bier betrachten? Wie könnten die Veränderung der Region und der Strukturwandel verstanden werden? Regionale Geschichte bzw. regionale Wirtschaftsgeschichte ist auch regionale Identität.

### Träger des Westfälischen Wirtschaftsarchivs

Die Träger des Westfälischen Wirtschaftsarchivs sind die IHK Dortmund und die sieben anderen Industrie- und Handelskammern in Westfalen und Lippe. Dazu kommen die vier westfälischen Handwerkskammern. Weitere Träger sind der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, das Land NRW, die Stadt

Dortmund, der Sparkassenverband Westfalen-Lippe und nicht zuletzt die Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Die GWWG wurde im Jahr 1951 auf Initiative der Industrie- und Handelskammer Dortmund gegründet. Die Geschichte von WWA und GWWG sind seit jeher untrennbar miteinander verknüpft. Die Gesellschaft unterstützt die Arbeit des Archivs und setzt sich für die Förderung des Verständnisses für wirtschafts-, sozial- und technikgeschichtliche Fragestellungen ein. Sie vereint über 500 Mitglieder aus ganz Deutschland. Dazu zählen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und auch interessierte Bürger.

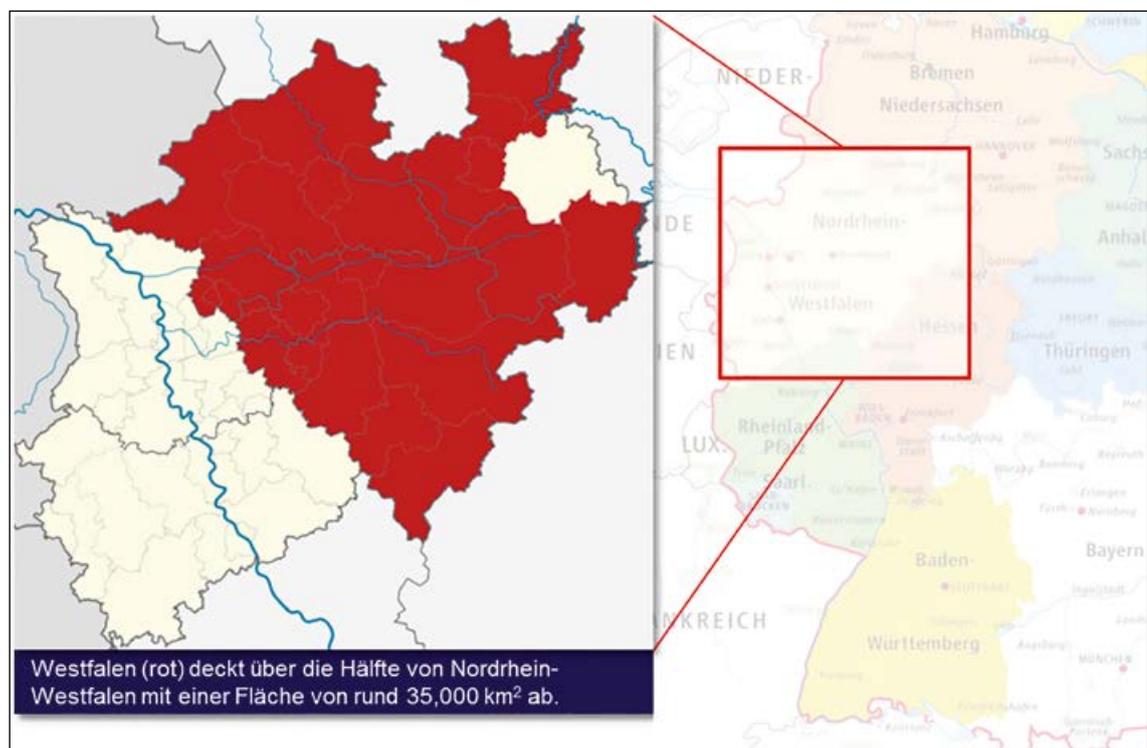
### Der Zuständigkeitsbereich des Westfälischen Wirtschaftsarchivs: Westfalen-Lippe

Das WWA hat ein großes Einzugsgebiet. Westfalen deckt ungefähr die Hälfte von NRW ab. Die Gewerbe- und Industriezweige der einzelnen Teilregionen sind dabei keinesfalls homogen. Im westfälischen Ruhrgebiet finden wir die Montanindustrie, in Ostwestfalen schwerpunktmäßig die Lebensmittel- und die Möbelindustrie, im Sauer- und

Siegerland das Metallgewerbe und im Münsterland die Textilindustrie – jede Region hat ihre Besonderheiten. Dies zeigt, wie vielfältig und unterschiedlich die wirtschaftlichen Strukturen in Westfalen-Lippe sind, die hier zu finden waren und sind. In den Beständen des WWA spiegeln sich diese regionalen Wirtschaftsstrukturen und ihre Veränderungen in den letzten 300 Jahren wider.

### Bestände und Systematik

Die Gliederung der Bestände folgt einer Systematik. Unter einem Bestand versteht man eine Gruppe von Unterlagen, die von einer bestimmten Stelle, z. B. von einer Firma, einer Person oder einem Verband in das Archiv gelangen. Diese Systematik nennt man in der archivischen Fachsprache Tektonik. Im Westfälischen Wirtschaftsarchiv gliedern sich die Bestände in fünf Bereiche: Firmen, Kammern, Nachlässe, Sammlungen sowie Vereine und Verbände. Das WWA verwahrt insgesamt knapp 900 Bestände, die auf über 10 Regalkilometer verteilt in drei Magazinen lagern. Es kommen jährlich rund 30 Bestände dazu. Das Archivgut liegt verpackt in säurefreien Kartons und mit Signaturen versehen in den



Magazinregalen. Fachgerechte Aufbewahrung ist besonders wichtig, um die empfindlichen Unterlagen lange zu erhalten. Zu den Überlieferungen, die im WWA beherbergt werden, zählen zum Beispiel Geschäftsbü-

cher, Akten, Musterbücher, Plakate, historische Wertpapiere, Filme und Fotos.

F – Firmen	Ein- und mehrzellige Unternehmensarchive <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 391
K – Kammern	Archive von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 23
N – Nachlässe	Archivgut von Eigentümerunternehmen, Managern und sonstigen Persönlichkeiten der Wirtschaft <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 200
S – Sammlungen	Sammlungsgut, Ersatz- und Ergänzungsdokumentationen <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 231
V – Vereine und Verbände	Archivgut von Vereinen, wirtschaftlichen Vereinigungen, Verbänden und Organisationen <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 56



### Vorbereitung des Archivbesuchs

Es kommen verschiedene Benutzer – das sind Wissenschaftler, Institutionen, Studenten, Schüler oder Heimatforscher – ins Westfälische Wirtschaftsarchiv, um hier für ihr Thema oder ihre Fragestellung zu recherchieren und Unterlagen dazu einzusehen. Ein Besuch im



Archiv sollte im Vorfeld gut vorbereitet werden. Die grundlegende Frage vor dem Besuch lautet: Kommen die Archivbestände des WWA für die Bearbeitung meines Themas in Frage? Das kann schon vor dem Archivbesuch recherchiert werden. Hier bietet die Beständeübersicht einen Überblick über die in einem Archiv vorhandenen Bestände; diese ist auch im gemeinsamen Internetauftritt aller Archive in Nordrhein-Westfalen ([www.archive.nrw.de](http://www.archive.nrw.de)) unter „Wirtschaftsarchive“ und „Westfälisches Wirtschaftsarchiv“ einsehbar. Hier erhält man eine detaillierte Beschreibung zu den jeweiligen Beständen. Dazu zählen der Hinweis auf die Laufzeit, d. h. aus welcher Zeitspanne die vorhandene Überlieferung stammt, sowie beispielweise bei Firmenbeständen die Nennung des Firmensitzes und der Branche. Es folgen ein kurzer Abriss der Firmengeschichte, Angaben zum Umfang des Gesamtbestands und schließlich eine inhaltliche Beschreibung, die einen Überblick darüber liefert, welche

Unterlagen stärker oder welche gar nicht in dem Bestand zu finden sind. Es empfiehlt sich, zusätzlich zur Online-Recherche telefonisch bzw. vor Ort im Archiv zu der betreffenden Fragestellung eine Beratung einzuholen. Unter Berücksichtigung der Öffnungszeiten des Lesesaals kann per E-Mail oder telefonisch ein Besuchstermin im Archiv vereinbart werden.

### Der Besuch im Archiv

Der Besuch im Archiv beginnt in der Regel mit dem Ausfüllen eines Benutzungsantrages: es werden vor allem der Name, die Adresse und das Forschungsthema des Benutzers erfasst. Es folgt, falls dies noch nicht geschehen ist, ein persönliches Beratungsgespräch mit den Mitarbeitern des Archivs. Neben einer kurzen Einweisung in die Bibliothek werden im Beratungsgespräch geeignete Bestände für die jeweiligen Fragestellungen ermittelt bzw. Ergänzungen gegeben, falls der Besucher vorab schon durch die Recherche im Internet bestimmte Bestände entdeckt hat. Zu den gewählten Beständen übergibt der Archivar dem Benutzer anschließend so genannte Findbücher oder Inventare, die den eigentlichen Zugang zu den Akten erleichtern. Mit Hilfe eines Findbuchs ist es möglich, innerhalb eines Bestands die für die eigene Fragestellung relevanten Archivalien, die jeweils eine eigene Signatur haben, herauszufinden. Die Signatur setzt sich aus der Bestandsnummer und einer für jede Archivalie innerhalb des Bestands laufend vergebenen Nummer zusammen. Die Einleitung des Findbuchs enthält Informationen zur geschichtlichen Entwicklung des Unternehmens, der Person oder Institution sowie zum Bestand. Im Hauptteil werden dann die einzelnen Archivalieneinheiten – gegliedert nach Themenbereichen – inhaltlich beschrieben. Beinahe jedes Archiv arbeitet mittlerweile auch mit elektronischen Datenbanken.

Sobald Archivalien recherchiert wurden, die zu der Fragestellung passen, können diese bei den Archivmitarbeitern in den Lesesaal bestellt werden. Dazu muss die Bestandsnummer und die Aktennummer auf einen



Bestellschein geschrieben und dieser dem entsprechenden Bearbeiter, der die Archivalien in den Lesesaal zur Einsichtnahme bringt, gegeben werden. Für den Archivbesuch gibt es bestimmte Regeln; diese lassen sich in den Benutzungsbedingungen des Archivs nachlesen. Jacken, Taschen, nicht lautlose Handys sowie Getränke und Essen beispielsweise verbleiben außerhalb des Lesesaals in den Schließfächern. Beim Arbeiten mit dem Archivmaterial gilt grundsätzlich, dass die Archivalien besonders sorgfältig zu behandeln und keine Seiten zu entnehmen sind. Archivalien sind unersetzbare Dokumente der Vergangenheit und unterliegen hohen konservatorischen Anforderungen. Deshalb

gilt in den meisten Archiven, dass Archivalien nicht kopiert werden, sondern der Benutzer die für seine Fragestellung wichtigen Elemente exzerpiert. Es gibt natürlich Fälle, sei es Kartenmaterial, Fotos oder eben Material für den Schulunterricht, die eine Kopie oder einen Scan erforderlich machen. Eine Reproduktion ist in der Regel möglich, aber abhängig vom Erhaltungszustand der Archivalien.

Am Ende eines Archivbesuchs kann auch kein Ergebnis stehen; manchmal finden sich in den Akten nicht die gesuchten Informationen. Auch das ist normal und wird an anderen Tagen kompensiert durch überraschende Funde, mit denen man nicht gerechnet hätte.

## Gabriele Unverferth

# Der Ruhrbergbau im Nationalsozialismus

### *Ruhrbergbau und „Machtergreifung“ – Hoffnungen und Erwartungen der Unternehmer*

Der 30. Januar 1933 stellte keineswegs eine Zäsur in der Geschichte des Ruhrbergbaus dar. Der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise war bereits überschritten, und auch die Struktur des bergbaulichen Verbandswesens wurde nicht schlagartig verändert. In politischer Hinsicht wurde die Bildung des „Kabinetts der nationalen Konzentration“ von den Führungspersönlichkeiten des Bergbaus ebenfalls nicht als gravierender Einschnitt, sondern eher als modifizierte Neuauflage des „Kabinetts der Barone“ empfunden, zumal die Kontinuität der reaktionären Papenschen Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Einrahmung Hitlers in einem Kabinett deutsch-nationaler Honoratioren und meist parteiloser Fachminister gewährleistet schien. Dass sich Hitler nicht – wie erwartet – unter der Last der Verantwortung bald verbrauchen würde und das Zähmungskonzept kläglich scheitern sollte, konnten die Industriellen zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen.

Die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung wurde von der Montanindustrie an der Ruhr wohl mehrheitlich begrüßt, vielfach aber auch mit vorsichtiger Zurückhaltung und Skepsis aufgenommen, da zunächst völlig unklar war, welchen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs das neue Kabinett einschlagen würde. Anlass zu Befürchtungen glaubten die Industriellen nicht nur in den antikapitalistischen Tendenzen des linken Flügels der NSDAP um Otto und Gregor Strasser sehen zu müssen, sondern auch in einer möglichen Zunahme des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Hitler hat daher immer wieder versucht, diese Bedenken zu zerstreuen, so in einer Rede, die er am 20. Februar 1933 vor einer hochkarätigen Gruppe von mehr als 20 Industriellen hielt. Unter den von Hermann Göring geladenen Zuhörern befanden sich u. a. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Vorsitzende

des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Albert Vögler, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigte Stahlwerke AG, die Generaldirektoren Friedrich Springorum (Hoesch AG), Erich Fickler (Harpener Bergbau-AG) und Ernst Tengemann (Essener Steinkohlenbergwerke AG), Ernst Brandi, der Leiter der Gruppe Dortmund der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Vorsitzende des Zechenverbands und des Vereins für die bergbaulichen Interessen (Bergbau-Verein), Hans von und zu Loewenstein, der Geschäftsführer der beiden Verbände und Paul Stein, der Direktor der Gewerkschaft Auguste Victoria. Hitler versprach in der Rede Ruhe für die Wirtschaft und wiederholte diese Zusage nochmals in seiner Regierungserklärung vor dem in der Kroll-Oper versammelten Reichstag am 23. März 1933: „Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums.“<sup>1</sup>

Die Einstellung der Ruhrindustriellen gegenüber dem Nationalsozialismus bewegte sich zwischen Distanz und Akzeptanz. Überzeugte Nationalsozialisten wie etwa Emil Kirdorf, Fritz Thyssen oder Wilhelm Tengemann, die der Partei schon vor 1933 beigetreten waren und sie auf dem Weg zur Macht zum Teil auch finanziell unterstützt hatten, bildeten unter ihnen eher die Ausnahme. Die Mehrheit stand vielmehr der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei nahe; ihnen flossen auch die meisten Spenden zu. Es waren jedenfalls nicht die Zuwendungen der Montanindustrie, die Hitler zur Macht verhalfen, sondern weit mehr die fundamentale Opposition, insbesondere des Bergbaus, gegen das „System von Weimar“, die maßgeblich zur Destabili-

1 Zitiert nach Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I/1, Wiesbaden 1973, S. 233.

sierung und zum Scheitern der ersten deutschen Republik beitrug.

Die Haltung der preußischen Bergassessoren, die die Funktionseliten in den Unternehmen und Verbänden des Bergbaus stellten, hatte ihre Wurzeln in einer konservativ-autoritären Mentalität, die von den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des 19. Jahrhunderts geprägt war. Der sprichwörtliche „Herr-im-Hause“-Standpunkt, die strikte Ablehnung jeglicher Formen von Mitsprache oder gar Mitbestimmung der Arbeitnehmer, hatte den Untergang des Kaiserreichs überdauert, und so bestimmten der Kampf gegen die Gewerkschaften und die daraus nicht selten resultierenden Konflikte mit staatlichen Institutionen auf dem Gebiet der Sozial- und Tarifpolitik die bergbauliche Interessenpolitik bis in die Endphase der Weimarer Republik. Die seit Jahren in weiten Kreisen der Montanindustriellen verbreitete antidemokratische und antiparlamentarische Grundeinstellung erklärt auch, warum sie sich generell und mit wenigen Ausnahmen nach der „Macht ergreifung“ zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung bereit fanden, zumal diese ja offenbar die traditionelle Grundstruktur der kapitalistischen Unternehmerwirtschaft nicht zu verändern gedachte. Zum einen erwarteten sie politische Unterstützung bei der Überwindung der Wirtschaftskrise, zum anderen erhofften sie eine Bewahrung des Status quo im Bereich ihres Verbandswesens. Spätestens mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 wurde diese Frage akut, da ja nun auch die Arbeitgeberverbände ihre Existenzberechtigung eingebüßt hatten und ein ähnliches Schicksal befürchten mussten. Es sollte sich jedoch zeigen, dass es dem Ruhrbergbau gelang, seine Organisationsstruktur durch Loyalitätskundgebungen und Bekenntnisse zur „nationalen Erhebung“ sowie durch aktive Mitarbeit bei der Neuordnung weitgehend und ohne Brüche in der Führungsspitze über den Gleichschaltungsprozess hinwegzuretten.

### *Der Ruhrbergbau in der Neuordnung des industriellen Verbandswesens*

In den ersten drei Monaten nach der Machtübernahme zeigte die Regierung gegenüber den Verbänden der Industrie eine auffällige Zurückhaltung. Zwar erhob der Nationalso-

zialismus den Anspruch auf die vollständige Beherrschung der Wirtschaft, aber zur Erreichung von ökonomischen Nahzielen wie der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die von Anfang an in untrennbarer Verbindung mit dem Hauptziel der Aufrüstung stand, konnte der in Wirtschaftsfragen ohnehin wenig versierte Hitler auf die Industriellen, ihre Organisationen und Verbände nicht verzichten. Störende Eingriffe in die Wirtschaft waren daher unbedingt zu vermeiden. So erließ Rudolf Heß im Namen der politischen Zentralkommission der NSDAP am 7. April 1933 eine Anordnung, die es der SA, der SS und der 1929 gegründeten Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) ausdrücklich verbot, „in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsunternehmen, Industrierwerke, Banken usw. selbständig einzugreifen, gegen Gewerkschaften vorzugehen, Absetzungen vorzunehmen und dergleichen“.<sup>2</sup>

Am Umbau der Organisationsstruktur der Wirtschaft waren die industriellen Verbände maßgeblich beteiligt. Am 19. Juni 1933 wurde die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) zum Reichsstand der Deutschen Industrie verschmolzen, wobei der alte RDI fortan die wirtschaftspolitische, die ehemalige VDA die sozialpolitische Abteilung des Reichsstands bildete. Nach diesem Muster verfügte Ernst Brandt am 28. Juni 1933 durch „autoritären Entscheid“<sup>3</sup> die Auflösung des Zechenverbands und ließ sich diesen Schritt am 5. Juli durch die gemeinsame Mitgliederversammlung der beiden Verbände bestätigen. Allzu schwer durfte dem Ruhrbergbau die Auflösung des Zechenverbands nicht gefallen sein, da die Wahrung der Arbeitgeberinteressen durch den Bergbau-Verein gesichert erschien, mit dem der Verband seit seiner Gründung 1908 in Personalunion verbunden war und dem er nun als sozialwirtschaftliches Dezernat angeschlossen wurde. Zudem gelang es Brandt, das Verbandsvermögen auf den Bergbau-Verein zu übertragen und so dem Zugriff der Essener Gauleitung zu entziehen.

2 WWA, F 79 Nr. 1095.

3 Paul Osthold: Die Geschichte des Zechenverbandes 1908-1933. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Berlin 1934, S. 422.

Mit dem Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 wurde die Reorganisation der gewerblichen Wirtschaft auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Es ermächtigte den Reichswirtschaftsminister u. a., Wirtschaftsverbände als alleinige Vertreter ihrer Branche anzuerkennen, sie zu errichten, aufzulösen oder zu vereinigen, das Führerprinzip einzuführen, die Leiter zu bestellen und zu entlassen sowie Unternehmen an die Verbände anzuschließen. Nach der am 27. November 1934 erlassenen Ersten Durchführungsverordnung bestand die fachliche Spitzengliederung der gewerblichen Wirtschaft aus sechs Reichsgruppen, denen die Haupt-, Wirtschafts-, Fach- und Bezirksgruppen untergeordnet waren. Neben den Bezirksgruppen der Fachgruppen, die die Basis der fachlichen Organisationspyramide bildeten, existierten noch die regionalen Bezirksgruppen der Reichsgruppe Industrie, die allerdings 1936 aufgelöst und in die Industrieabteilungen der Wirtschaftskammern überführt wurden. Die Wirtschaftskammern fassten die gewerbliche Wirtschaft eines Wirtschaftsbezirks zusammen, nämlich die Bezirksgruppen der Wirtschaftsgruppen und der Reichsgruppen, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern. Als Dachorganisation auf Reichsebene fungierte die Reichswirtschaftskammer, die die Wirtschaftskammern, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Reichsgruppen und im Fall der Reichsgruppe Industrie auch deren Hauptgruppen umfasste. Hier schloss sich der Kreis der regionalen und fachlichen Gliederungen der Wirtschaft.

Die Bezirksgruppe Ruhr, der die Bergwerksgesellschaften des Ruhrbergbaus per Zwangsmitgliedschaft angehörten und deren Umfang weitgehend dem des Bergbauvereins entsprach, wurde – wie alle anderen Untergliederungen der Wirtschaftsgruppe Bergbau auch – am 22. Dezember 1934 gebildet. Sie hatte laut Satzung die Aufgabe, „ihre Mitglieder auf bergbaulichem Gebiete zu beraten und zu betreuen“. Ihre Zuständigkeit erstreckte sich vor allem auf die Arbeitsgebiete Allgemeine Rechtsfragen, Verwaltungs- und Versicherungsangelegenheiten, Steuern, Gesetzgebung und Bergpolizei, Volkswirtschaft und Statistik, Luftschutz und Verkehrsfragen. Die Betreuung der Mitglieder auf dem für

den Bergbau besonders wichtigen Gebiet der technisch-wissenschaftlichen Forschung und Beratung blieb dagegen ausgeklammert und auch weiterhin dem Bergbau-Verein überlassen.

Der Ruhrbergbau, eingebunden in die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, war zwar dem staatlichen Lenkungssystem unterworfen, konnte aber ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit bewahren. Infolge seiner Unentbehrlichkeit auf dem Rohstoffsektor behielt er seine starke Stellung auch noch unter dem Vierjahresplan von 1936, wengleich Interessenkonflikte nicht ausblieben, etwa in der Frage der Abtretung von Bergwerksbesitz an die Reichswerke Hermann Göring.

### *Der Ruhrbergbau zwischen Krise und Krieg*

Auch wenn sich bereits im Herbst 1932 eine leichte Besserung der Absatzlage abgezeichnet hatte, fand der Bergbau den Weg aus der Wirtschaftskrise später als etwa die Eisen- und Stahlindustrie, die schon seit 1933/34 von Konjunkturaufschwung und Aufrüstungspolitik profitierte. Während in anderen Branchen die Arbeitslosenzahlen durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung rasch zurückgingen, war dies im Ruhrbergbau nicht der Fall, da die Bergwerksgesellschaften zunächst mehr an einem Abbau der Feierschichten als an einer Aufstockung der Belegschaften interessiert waren. Immerhin stieg die Kohlenförderung allmählich an, und Ende 1935 waren auch die Haldenbestände geräumt. Die Ausfuhr kletterte bis 1937 auf knapp 39.000.000 t Kohle. Sie war das wichtigste deutsche Exportgut und daher von wesentlicher Bedeutung für die Beschaffung von Devisen.

Nun zahlten sich die seit den 1920er Jahren und auch in den bitteren Jahren der Depression ergriffenen technischen und betriebsorganisatorischen Maßnahmen der Unternehmen zur Verbesserung der Rentabilität, zur Modernisierung der Bergwerke und zur Mechanisierung der Grubenbetriebe aus. Diese Bemühungen wurden nach 1933 fortgesetzt. Unter dem Druck der weiter steigenden Nachfrage nach Kohle, Koks und Energie investierten die Bergwerksgesellschaften insbesondere seit 1937 vermehrt in den Aus-

bau der Tagesanlagen, in neue Schächte, Kokereien und Kraftwerke. Im Grubenbetrieb wurden ebenfalls Verbesserungen erzielt. Bereits 1938 wurde die Kohle zu knapp 97 % mit Abbauhämmern und Schrämmaschinen gewonnen. Während des Krieges konnten sogar noch einige bahnbrechende Innovationen zur Betriebsreife entwickelt und zum Einsatz gebracht werden wie der Panzerförderer (1940), der die Schüttelrutsche ablöste, der erstmals ebenfalls 1940 auf dem Bergwerk Rheinpreußen eingesetzte „Eiserne Bergmann“, eine mit Ladevorrichtung kombinierte Schrämmaschine, oder der Kohlenhobel, der 1942 in Ibbenbüren und auf der Dortmunder Zeche Hansa in Betrieb ging. Ab Mitte 1937 waren die Produktionskapazitäten des Bergbaus voll ausgelastet, ohne die Nachfrage vollständig befriedigen zu können. Der Schwerpunkt der Förderung hatte sich mehr und mehr auf die Großschachtanlagen verlagert: 1932 besaßen nur acht Zechen im Ruhrgebiet eine Förderkapazität von mehr als 1.000.000 t, 1934 waren es schon doppelt so viele und 1938 bereits 51, die 55 % der Ruhrförderung erbrachten. 1939 erreichte die Förderung mit über 130.000.000 t Kohle ihren absoluten Höchststand.

Ein wesentliches Ziel der autarkistischen Wirtschaftspolitik und der staatlichen Lenkungsmaßnahmen bildete seit 1934/35 die Sicherung der deutschen Rohstoffgrundlagen. Am 22. März 1934 erging das Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen; am 4. September 1934 folgte die Verordnung über den Warenverkehr, die den Reichswirtschaftsminister ermächtigte, „den Verkehr mit Waren zu überwachen und zu regeln, insbesondere Bestimmungen über deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu treffen.“ Daraufhin wurden so genannte Überwachungsstellen eingerichtet, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstanden und später in Reichsstellen, darunter die Reichsstelle Kohle, umbenannt wurden. Verstärkt wurde die staatliche Kontrolle der Wirtschaft durch den am 10. September 1936 von Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg verkündeten neuen Vierjahresplan, der Wehrmacht und Wirtschaft binnen vier Jahren „kriegsfähig“ und Deutschland unabhängig von Rohstoffimporten aus dem Ausland machen sollte.

Dem Vierjahresplan kam in der Autarkie- und Rüstungspolitik des NS-Regimes

eine zentrale Rolle zu. „Er stellte den ersten Versuch eines hochindustrialisierten Landes dar, eine staatlich reglementierte ‚Kommandowirtschaft‘ auf der Grundlage eines privatkapitalistischen Systems zu errichten, um damit die deutsche Wirtschaft in einem bisher unbekanntem Ausmaß den politischen Zielen des Staates unterzuordnen.“<sup>4</sup> Obwohl die Verwirklichung des Plans, wie es in der von Hitler am 18. Oktober 1936 unterzeichneten Durchführungsverordnung hieß, „eine einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat“ erforderte, kam es nicht zur Einführung einer umfassenden Planwirtschaft, da die „Kommandowirtschaft“ nur Teilbereiche der Wirtschaft erfasste und mit Einzelplänen eine kurzfristige Steigerung der Leistung herbeiführen sollte. Die neue, von Hermann Göring als Beauftragtem für den Vierjahresplan geleitete Behörde, die beim Preußischen Staatministerium und nicht etwa beim Reichswirtschaftsministerium angesiedelt wurde, war zuständig für die landwirtschaftliche Produktion, die Erzeugung und Verteilung der Rohstoffe, für den Arbeitseinsatz, die Überwachung der Preise und für Devisenangelegenheiten. Im Bereich der Industrieproduktion lagen die Schwerpunkte auf der Erzeugung von Treibstoffen und synthetischem Kautschuk (Buna) sowie der Erschließung und Ausbeutung der heimischen Eisenerzlagertstätten.

Die Gründung der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ im Juli 1937 wurde gegen den Widerstand der Ruhrindustrie durchgesetzt. Die Eisen- und Stahlindustrie erlitt durch die Abtretung von Erzfeldern an den unliebsamen Konkurrenten erhebliche Substanzverluste, und auch der Steinkohlenbergbau war davon betroffen. Um sich eine eigene Kohlegrundlage zu verschaffen, übernahmen die Reichswerke zum 1. Januar 1940 die zur Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb (Eisleben) gehörige Gewerkschaft Sachsen in Heessen bei Hamm, die sich daraufhin in Steinkohlegewerkschaft der Reichswerke umbenannte. Zeitgleich wurde die Harpener Bergbau-AG „aus staatspolitischem Interesse“ gezwun-

4 Dieter Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 11.

gen, u. a. ihre gesamte Zechengruppe Herne mit den Bergwerken Julia/von der Heydt, Recklinghausen I und Recklinghausen II sowie die Zeche Victoria in Lünen auf die Steinkohlegewerkschaft zu übertragen; Harpen erhielt dafür wie die Mansfeld AG Braunkohlenbetriebe in Mitteldeutschland, verlor aber rund 34 % der Steinkohlenförderung und 24 % der Kokserzeugung. Zudem wurde das unter gewaltigen Kosten in Salzgitter aus dem Boden gestampfte Hüttenwerk, das im Oktober 1939 die Produktion aufnahm, zu Lasten der Schwerindustrie im Ruhrgebiet bei der Zuteilung von Rohstoffen, Betriebsmitteln und Arbeitskräften deutlich bevorzugt.

Auf dem Treibstoffsektor erlangte die Kohle als wichtigster heimischer Rohstoff hohe strategische Bedeutung. Die Belebung der Wirtschaft, die Forcierung der Motorisierung, des Straßen- und Automobilbaus und die stetig wachsenden Anforderungen der Wehrmacht führten zu einer raschen Zunahme des Treibstoffbedarfs. Da die Mineralölimporte angesichts der chronischen Devisenknappheit des Reichs nicht unbegrenzt gesteigert werden konnten und die Maßnahmen zur Intensivierung der deutschen Erdölförderung nicht ausreichten, konzentrierte sich die Wirtschaftspolitik verstärkt auf die Produktion von flüssigen Kraft- und Schmierstoffen aus Braun- und Steinkohle. Im Ruhrgebiet gingen 1936 die ersten von insgesamt neun Werken in Betrieb, die mit Hilfe des Hydrier- oder des Fischer-Tropsch-Syntheseverfahrens Treibstoffe aus Steinkohle erzeugten. Trotz deutlicher Fortschritte auf diesem Gebiet konnten die Planziele bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht erreicht werden; 1938 belief sich die Auslandsabhängigkeit noch auf 60 % des Gesamtverbrauchs. Obwohl es gelang, die Produktion beim Mineralöl bis 1942 auf das Dreieinhalbfache des Stands von 1936 zu steigern, lag die Planerfüllung nur bei 45 %.

Der Übergang von der „Kommandowirtschaft“ in die Kriegswirtschaft erfolgte nahtlos. Am 7. September 1939 wurde die Kohle durch eine Anordnung des Reichswirtschaftsministers über die Lenkung des Kohlenverbrauchs in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen, im November ein Reichsbeauftragter für die Leistungssteigerung im Bergbau eingesetzt, der auch für die Planung der Kohlenverteilung zuständig war.

Die Verteilungspläne wurden von der bereits im August 1939 gebildeten Reichsstelle Kohle aufgestellt, und 1940 wurden alle Befugnisse auf dem Gebiet der Kohlenbewirtschaftung auf den Reichsbeauftragten für Kohle übertragen. Andererseits gewann der Bergbau unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft ein größeres Maß an Handlungsfreiheit zurück. Am 21. April 1941 schlossen sich Kohlenbergbau und Kohlenhandel zur Reichsvereinigung Kohle (RVK) zusammen, wobei die Initiative offenbar von Ernst Busckühl, dem Generaldirektor der Harpener Bergbau-AG und Nachfolger von Ernst Brandt als Leiter der Bezirksgruppe Ruhr, ausgegangen war. Auf Vorschlag der Bergbauindustriellen übernahm Paul Pleiger, Generaldirektor der Reichswerke Hermann Göring und seit März 1941 Reichsbeauftragter für Kohle, die Leitung der RVK. Dem Präsidium gehörten einflussreiche Unternehmerpersönlichkeiten der Ruhrindustrie an wie der Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Heinrich Wiselmann, Friedrich Flick, Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav Knepper und Ernst Tengemann. Obwohl Pleiger zuvor bei der Gründung der Reichswerke auf erbitterten Widerstand gestoßen war, entwickelte sich zwischen ihm und den Ruhrkonzernen recht bald eine enge Kooperation. Die RVK war zwar primär ein Ausführungsorgan der staatlichen Planung und Lenkung, aber bei der eigenverantwortlichen Erfüllung der vom Staat gestellten Aufgaben doch weitgehend autonom. Zu diesen Aufgaben zählten die Steigerung der Förderleistung, die Steuerung von Absatz, Kohlenverteilung, Transport und Verkehr, die Verbesserung der Lage der deutschen Bergleute und die Mitarbeit an allen Großprojekten auf Kohlebasis. Der Vierjahresplan war 1940 noch einmal verlängert worden, verlor jedoch zunehmend an Bedeutung. Eine vollständige Lenkung der Wirtschaft wurde erst mit der Bildung der „Zentralen Planung“ im April 1942 durch Albert Speer durchgesetzt, die als Spitzeninstanz zur Steuerung der Kriegswirtschaft nicht mehr nur Teile, sondern alle Bereiche der Wirtschaft erfasste.

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs geriet der Ruhrbergbau in eine ähnliche Situation wie in den Jahren 1914/18. Um die Förderung auf den höchstmöglichen Stand zu bringen, konzentrierte sich die Kohlenengewinnung auf die ergiebigen Flöze, während

Aus- und Vorrichtungsarbeiten zur Erschließung der Lagerstätte und zur Vorbereitung des planmäßigen Abbaus erneut zurückgestellt wurden. Es mangelte an Grubenholz, Ersatzteilen und Material aller Art, an qualifizierten Arbeitskräften und an Lebensmitteln zur Versorgung der Bergleute. Obwohl die Lagerstätte und die Betriebe, aber auch die Arbeitskraft der deutschen Bergleute und vor allem der massenhaft eingesetzten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, deren Anteil an der Gesamtbelegschaft im Juli 1944 bei über 38 % lag, über die Grenze der Belastbarkeit hinaus beansprucht wurden, gingen Förderung und Leistung dramatisch zurück. Zwischen 1940 und 1944 fiel die Ruhrkohlenförderung von 129.189.000 auf 110.856.000 t Kohle, die Untertageleistung von 2,013 auf 1,585 t pro Mann und Schicht. Zum Hauptproblem wurde aber nicht etwa die Aufrechterhaltung der Förderung, sondern vielmehr der Abtransport der Kohle zu den Verbrauchern. Die zunehmende Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur im Ruhrgebiet und der sich zuspitzende Mangel an Binnenschiffen und Eisenbahnwaggonen führten dazu, dass z. B. im Oktober 1944 trotz des verschärften Kohlenmangels im Reich pro Tag etwa 40.000 t Kohle und 30.000 t Koks auf Halde gestürzt werden mussten.

Auch auf den Zechen richteten die alliierten Luftangriffe über Tage erhebliche Schäden an. Die Schächte waren davon eher selten betroffen, so dass die Grubenbetriebe trotz des starken Verschleißes meist in halbwegs betriebsfähigem Zustand blieben. Zudem gelang es Speer und Pleiger im Zusammenwirken mit den Werksleitungen, Hitlers Politik der „verbrannten Erde“ zu unterlaufen. Speer hatte bereits im September 1944 verfügt, Industriebetriebe beim Vormarsch der alliierten Truppen nicht zu zerstören, sondern lediglich durch die Demontage wichtiger Maschinenteile zu lähmen. Immerhin konnte Hitler bewogen werden, seinen Führerbefehl vom 19. März 1945, der die totale Zerstörung aller „Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen“ könnte, anordnete, im Sinne Speers zu modifizieren. Dass der „Nero-Befehl“ nicht in die Tat umgesetzt wurde, trug mit dazu bei, dass die Kohlenförderung

nach Kriegsende relativ rasch wieder angekurbelt werden konnte.

### **Die Lage der Bergarbeiter im Dritten Reich**

Stark geschwächt durch die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise und die Spaltung der Bergarbeiterbewegung in Richtungsgewerkschaften, standen diese dem sofort nach der „Machtergreifung“ einsetzenden Terror ohnmächtig gegenüber. Bereits im März 1933 kam es zu ersten wilden Aktionen von SA, SS und NSBO gegen die Gewerkschaften. Derartige Übergriffe passten allerdings nicht in das Konzept der Partei, die eher an einer Beruhigung der Lage interessiert war, zumal der große Coup gegen die Gewerkschaften auf Reichsebene längst bis ins Detail geplant war. Drei Tage nach der Anordnung von Rudolf Heß, die neben Eingriffen in die Wirtschaft auch Aktionen gegen die Gewerkschaften ausdrücklich verbot, erfolgte am 10. April 1933 per Gesetz die Erhebung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“, um den die Gewerkschaften seit Jahrzehnten erfolglos gekämpft hatten. Die Bergarbeiterverbände riefen noch Ende April 1933 zur Teilnahme an den dann mit gewaltigem Propagandaspektakel zelebrierten nationalsozialistischen Maifeiern auf, um ein Zeichen zu setzen. Die Hoffnungen, durch einen Kurs der Anpassung und der politischen Neutralität wenigstens die Organisationen vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu retten, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Am 2. Mai 1933 besetzten Stoßtrupps der SA und der SS im ganzen Reich Häuser und Einrichtungen der freien Gewerkschaften, darunter erneut die Verwaltung des Verbands der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Alter Verband) in Bochum, beschlagnahmten das Vermögen und nahmen die Spitzenfunktionäre in „Schutzhaft“.

Am 10. Mai 1933 fand dann in Berlin der „Erste Kongress der Deutschen Arbeitsfront“ statt. In Anwesenheit Hitlers und des Reichskabinetts, der Ministerpräsidenten der Länder, der Reichsstatthalter und der Gauleiter der NSDAP, von Vertretern der Behörden, der Reichswehr, des Diplomatischen Korps, der SA, der SS, der NSBO, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der „übernommenen“ Arbeiter- und

Angestelltenverbände wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, die ihre endgültige Organisationsform allerdings erst mit der Verordnung Hitlers über Wesen und Ziel der Deutschen Arbeitsfront vom 24. Oktober 1934 erhielt. Die NSBO, die anfangs trotz aller Beschwerden und Proteste seitens der Unternehmer in den Betrieben für erhebliche Unruhe gesorgt hatte, war inzwischen weitgehend ausgeschaltet worden. Die Versuche des Führers der DAF, Robert Ley, maßgeblichen Einfluss auf die Sozial- und Tarifpolitik zu gewinnen und die Arbeitsfront als eine Art Einheitsgewerkschaft zu „verkaufen“, scheiterten am Widerstand Hitlers und der Industrie. Am 27. November 1933 unterschrieb Ley eine Vereinbarung mit Reichsarbeitsminister Seldte, Reichswirtschaftsminister Schmitt und dem „Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen“, Wilhelm Keppler, die der DAF alle gewerkschaftsähnlichen Aktivitäten verbot und sie auf reine Erziehungs- und Schulungsaufgaben reduzierte. Zum Trost durfte Ley zugleich die Gründung eines Freizeitwerks verkünden, das in Anlehnung an die faschistische Organisation „Opera Nazionale Dopolavoro“ in Italien zunächst „Nach der Arbeit“ hieß, sich aber bald in „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ (KdF) umbenannte.

Die DAF, die bereits im Frühjahr 1935 rund 21 Millionen Mitglieder zählte, entwickelte sich „mehr und mehr zu einer totalitären Großorganisation, welche zur Unterstützung der wirtschaftlichen (und rüstungswirtschaftlichen) Ziele des Regimes in großem Maßstab die kulturelle und soziale Betreuung wie die fachliche Berufsausbildung und -förderung mit der ideologischen Schulung verband und in den Dienst gesteigerter Leistungsfähigkeit und erhöhter Arbeitsproduktivität stellte.“<sup>5</sup> Diesem Zweck dienten die sozialen Leistungen der DAF und insbesondere der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude, die sich zu einem Großkonzern der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie auswuchs. Den größten Propagandaerfolg erzielten die vom KdF-Amt für Reisen, Wandern und Urlaub preisgünstig angebotenen Gemeinschaftsreisen. So kostete eine einwöchige Reise vom Ruhrgebiet an die Nordsee 37,- RM einschließlich Fahrt, Unterkunft und Verpflegung. Ab 1935

wurden Seereisen u. a. nach Madeira, Portugal und Norwegen durchgeführt, zunächst auf gemieteten, dann auch auf den eigens für KdF gebauten Schiffen „Wilhelm Gustloff“ und „Robert Ley“, die sich später unschwer in Truppentransporter und Lazarettschiffe umfunktionieren ließen.

Zudem sollten die durchaus populären Angebote von DAF und KdF die nicht nur ihrer Organisationen und ihrer Führungspersönlichkeiten, sondern auch ihrer Mitbestimmungsrechte beraubte Arbeiterschaft ruhig stellen. Im Sinne von Volksgemeinschaftsideologie und Führerprinzip gab es für eine wirksame Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb, wie sie durch das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 verankert worden war, keinen Raum mehr. Die letzten Betriebsrätewahlen fanden im März 1933 statt, wobei die etablierten Bergarbeiterverbände im Vergleich zu den Wahlen 1931 teilweise noch deutliche Zuwächse verzeichnen konnten. Auf der Dortmunder Zeche Gneisau beispielsweise stieg der Stimmenanteil des Alten Verbands von 38 auf 47,5 %, der des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter von 16,9 auf 23,4 %. Kurz darauf wurden die Landesbehörden durch das Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 ermächtigt, „das Erlöschen der Mitgliedschaft solcher Betriebsvertretungsmitglieder“ anzuordnen, „die in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt“ waren.<sup>6</sup> Die restlose Beseitigung der Betriebsräte erfolgte dann mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (AOG). Den Kern der neuen Ordnung bildete die Betriebsgemeinschaft. An ihrer Spitze stand der Unternehmer oder Werksleiter als „Führer des Betriebes“, dem die „Gefolgschaft“ zu Treue und Gehorsam verpflichtet war. An die Stelle des Betriebsrats trat der „Vertrauensrat“, dessen Mitglieder von der Belegschaft nach einer vom Führer des Betriebes und vom Obmann der NSBO gemeinsam aufgestellten Liste „gewählt“ wurden und dessen vornehmste Pflicht darin bestand, „das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen“ (§ 6 AOG). Da der Führer des Betriebes Mitglied des Vertrauensrats war und die Sitzungen leitete, konnte von einer

5 Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 204.

6 Rundschreiben des Zechenverbands vom 5.4.1933, in: WWA, F 79 Nr. 1095.

eigenständigen Interessenvertretung der Arbeitnehmer keine Rede mehr sein.

Die aus Sicht der Nationalsozialisten miserablen Ergebnisse der Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 führten dazu, dass danach überhaupt keine Wahlen mehr stattfanden. Die Amtsdauer der Vertrauensräte wurde einfach „bis auf weiteres“ verlängert. Die Wahlergebnisse hatten deutlich gemacht, dass ein großer Teil der Bergarbeiter dem Regime ablehnend gegenüberstand. Sie beteiligten sich zwar meist an den Wahlen, um Repressalien oder Sanktionen der DAF zu entgehen, machten aus ihrer kritischen Haltung aber keinen Hehl, indem sie missliebige Kandidaten auf der Liste strichen, die gesamte Liste ablehnten oder ungültige Stimmzettel abgaben. Die oppositionelle Einstellung der Bergleute schlug sich auch in anderen Formen des stillen Protests nieder. Viele entzogen sich so lange wie eben möglich dem Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront, und auch das Fernbleiben von nationalsozialistischen Feiern war ein Indiz dafür.

Trotz der ständig wiederholten Propagandaparolen vom „Adel der Arbeit“, von sozialer Ehre und Volksgemeinschaft, trotz der „sozialen Errungenschaften“ von DAF und KdF gelang es den Nationalsozialisten nicht, insbesondere die Bergleute für den neuen Staat zu gewinnen. Angehörige der zerschlagenen Bergarbeiterverbände gingen in den Untergrund und engagierten sich in der illegalen Arbeit, wenngleich sich der Widerstand kaum in der Öffentlichkeit, sondern weitestgehend im Verborgenen abspielte. Ereignisse wie die Trauerfeier für den im KZ Esterwegen ermordeten Fritz Husemann, den letzten Vorsitzenden des Alten Verbands, zu der sich am 20. April 1935 auf dem Dortmunder Hauptfriedhof eine große Menschenmenge versammelte, und die Urnenbeisetzung in Bochum mit rund 1.000 Teilnehmern am 26. April, die nach Einschätzung der Gestapo den Charakter politischer Demonstrationen trugen, blieben die Ausnahme. Auch die wachsende Misstimmung in den Betrieben über die niedrigen, bis 1939 auf Krisenniveau eingefrorenen Löhne, den verschärften Leistungsdruck und die unbefriedigende soziale Lage ließen die latente Opposition nicht in eine Auflehnung gegen das Regime umschlagen. Die meisten Bergleute haben sich wohl oder übel mit ihrer Situation im Dritten Reich abgefunden. Sie passten sich notgedrungen

an, um Repressalien zu entgehen, aus Sorge um den Arbeitsplatz oder aus Furcht vor dem als allgegenwärtig empfundenen Terrorapparat der Partei und der Gestapo.

Da sich die deutsche Wirtschaft nach der „Machtergreifung“ allmählich von der Krise erholte, trat in der sozialen Lage der Bergleute insofern eine Besserung ein, als die Feierschichten im bis Ende 1935 weitgehend abgebaut werden konnten. Stattdessen wurden schon bald wieder Überschichtenverfahren. 1937 z. B. belief sich Zahl der Arbeitsschichten pro Mann auf 295, darunter knapp 20 Überschichten. Durch die Verordnung zur Erhöhung der Förderleistung und des Leistungslohns, die Hermann Göring zur „Wehrhaftmachung des Deutschen Volkes“ am 2. März 1939 erließ, wurde die Schichtzeit dann generell auf acht Stunden und 45 Minuten verlängert. Dafür erhielten die Schichtlöhner einen Mehrarbeitszuschlag von 25 %. Der Mindestlohn der Gedingearbeiter unter Tage erhöhte sich entsprechend. Große Erfolge brachte die Verordnung nicht; die Förderung stieg nur um etwa 3-5 % und nicht, wie erwartet, um 11-12 %.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nahm die Arbeitsbelastung der Bergleute weiter zu. Auch an Sonn- und Feiertagen wurden Pflichtschichten angesetzt, so am Himmelfahrtstag 1940 und am Karfreitag 1941. 1944 fielen dann auch noch der 1. Mai und der Pfingstmontag den Pflichtschichten zum Opfer. Allerdings wurde es für die Zechen immer schwieriger, die Belegschaften zum Verfahren der zusätzlichen Schichten zu motivieren. Während den Bergleuten die Pflichtschichten mit Sonderzuteilungen in Form von Zigaretten, Fischkonserven, Zucker und anderen Lebensmitteln schmackhaft gemacht wurden, gab es für die seit 1943 daneben noch verfahrenen Panzerschichten nicht einmal Lohn, was sich negativ auf die Arbeitsmoral der Bergleute ausgewirkt haben dürfte. Diese war angesichts des wachsenden Arbeitsdrucks ohnehin bereits seit 1937 deutlich gesunken. „Ein Symptom dafür war die sogenannte ‚Bummelei‘. In ihr vereinigte sich eine ganze Reihe ungebührlicher Verhaltensweisen, darunter Faulheit am Arbeitsplatz, unentschuldigtes Fehlen und die Vortäuschung von Krankheiten.“<sup>7</sup> Obwohl

7 John Gillingham: Die Ruhrbergleute und Hitlers Krieg, in: Hans Mommsen, Ulrich Borsdorf (Hg.):

den „Bummelanten“ empfindliche Disziplinarstrafen und sogar die Einweisung in ein Erziehungs- oder Konzentrationslager drohten, gelang es den Zechen kaum, die Bummelerei wirksam einzudämmen.

Zu den größten Hindernissen für die Steigerung der Kohlenförderung zählte der seit 1938/39 herrschende Arbeitermangel, der sich mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs infolge der Einberufungen zur Wehrmacht weiter verschärfte. Die Mobilisierung von Arbeitskraftreserven in Deutschland erwies sich als außerordentlich schwierig, und auch die intensivierten Bemühungen der Unternehmen und der DAF auf dem Gebiet der Nachwuchswerbung und -ausbildung zur Behebung des Facharbeitermangels brachten keinen durchschlagenden Erfolg. Als Ausweg blieb daher im Grunde nur die verstärkte Heranziehung von Arbeitskräften aus dem Ausland, was bei den Arbeitgebern zum Teil auf erhebliche Skepsis stieß. Sie scheuten den Aufwand für die Unterbringung und Anlernung der in der Regel mit der Bergarbeit nicht vertrauten und wenig produktiven Arbeiter; zudem wurden politische Risiken befürchtet. Auch die Reichsvereinigung Kohle stand der Beschäftigung von Ausländern eher ablehnend gegenüber – nicht zuletzt wegen der schlechten Erfahrungen bei den Reichswerken, deren Belegschaft 1941 zu etwa 53 % aus Ausländern bestand, die nicht einmal die Hälfte der Leistung der deutschen Arbeiter erbrachten.

Bei den in einer ersten Phase bis Ende 1941 im Ruhrbergbau eingesetzten ausländischen Arbeitskräften handelte es sich vor allem um Westeuropäer aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden und um Polen, die teils als mehr oder weniger auf freiwilliger Basis angeworbene Zivilarbeiter, teils als Dienstverpflichtete oder Kriegsgefangene in Deutschland arbeiteten. Während die Zivilisten den Zechen direkt von den Arbeitsämtern vermittelt wurden, erfolgte die Zuteilung der Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht aus den seit Kriegsbeginn im Reichsgebiet eingerichteten Stammlagern, zu denen auch das „Stalag“ VI A in Hemer zählte, das ab November 1942 als „Sondermannschaftslager für den Bergbau“ diente.

Nach der Ernennung des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im März 1942 war der Ausländereinsatz mit der rigorosen Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und der massenhaften Ausbeutung von russischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern in seine zweite Phase getreten. Sie standen auf der untersten Stufe in der Hierarchie der ausländischen Arbeitskräfte, waren in Barackenlagern unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht, wurden medizinisch mangelhaft versorgt und erhielten eine Verpflegung, die kaum zum Überleben reichte. Ähnlich schlecht erging es den italienischen Militärinternierten, die nach dem Waffenstillstand zwischen der Regierung Badoglio und den Alliierten im September 1943 in großer Zahl nach Deutschland deportiert und wie Kriegsgefangene behandelt wurden. Deutlich besser gestellt waren dagegen die Westarbeiter aus den besetzten belgischen und nordfranzösischen Kohlenrevieren und die „freiwillig“ in Italien und Kroatien rekrutierten Arbeitskräfte, die zwar auch in Gemeinschaftsunterkünften lebten, aber unter ähnlichen Bedingungen arbeiteten wie die deutschen Bergleute. Da sie vielfach mit falschen Versprechungen angeworben worden waren, kehrte allerdings der größte Teil von ihnen nach Auslaufen der Arbeitsverträge oder unter Kontraktbruch wieder ab.

Die von den alliierten Truppen bei der Besetzung der Betriebe angetroffenen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen wurden zunächst hinter die Front verlegt, notdürftig verpflegt, medizinisch versorgt und nach einigen Wochen in „Assembly Centers“ zusammengefasst. Während die Rückführung der ehemaligen Westarbeiter in die Heimat zügig und ohne Probleme vonstatten ging, war der Leidensweg der Russen mit der Befreiung häufig noch nicht zu Ende. Als Deserteure und Kollaborateure verdächtig, wurden sie in den von den sowjetischen Militärbehörden für sie eingerichteten Lagern langwierigen Verhören unterzogen und Repressalien aller Art ausgesetzt. Viele verschwanden in den Straflagern Sibiriens; die übrigen kehrten in ihre Heimat zurück, galten dort aber noch lange Zeit als Bürger zweiter Klasse.

Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 325-342, hier S. 333.

Die Untersuchung nationalsozialistischer Terrorakte und Gewalttaten fällt im Bereich der Forschung in die Kategorie der Neueren Täterforschung, der Gewalt- und Raumforschung, sowie der Betrachtung von Netzwerken und Organisationen. Thematisch nicht mehr auf den Holocaust beschränkt, sind inzwischen schon seit rund fünfundzwanzig Jahren auch Massaker, Massen- und Völkermord, sowie die Rolle einzelner Gesellschaftsgruppen Bestandteil des Erkenntnisinteresses. Um sich dem Verständnis von möglichen Handlungsmotiven und Gewaltdimensionen anzunähern, setzt die historische Forschung zusehends mehr auf intertheoretische Ansätze und bedient sich auch des sozialwissenschaftlichen Diskurses um Habitusforschung und Netzwerkanalyse.

Welche Funktion übernimmt die Täterforschung im Hinblick auf den Bergbau im Nationalsozialismus? Im Spiegel der Kontroverse um Daniel Goldhagens *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* (1996) und Christopher Brownings Veröffentlichung von 1992 *Ganz normale Männer: Das Reservebataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen* wurde in den 1990er Jahren die Frage nach den Beweggründen der Täter immer intensiver diskutiert. Durch die Erweiterung, die der Begriff „Täter“ zwangsläufig erfahren musste, wird deutlich, was zu großer Kontroverse führte – die Anerkennung, dass sich Täter in der so genannten Mitte der Gesellschaft aufhielten. Anstatt nur die politischen Spitzen der nationalsozialistischen Diktatur zur Verantwortung heranzuziehen und alle anderen Beteiligten als randständig zu bewerten, wurden nun auch diese Personen und die Organisationen, in denen sie sich bewegten, wahrgenommen. Nicht mehr als gesellschaftliche Ausnahme empfunden, weitete sich der Fokus und versuchte die Legitimationsgeneratoren für das Täterhandeln zu erfassen; dazu zählen personelle, strukturelle, situationale, politische, motivationale, affektive und normative Faktoren, die auf den Einzelnen einwirkten.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass sich Unternehmertum und Politik im Falle des Nationalsozialismus immer wieder gegenseitig bedingen und korrespondieren. Dennoch ist die eindeutige Benennung der Wirtschaftsführer als nationalsozialistische Täter nicht ohne kritischen Blick zu vorzunehmen. Gleich ob das indirekte Ausüben von Gewalt in der Gewaltforschung im starken Kontrast zu emotionalen bzw. „autotelischen“ Taten steht, muss der Anteil des Einzelnen am nationalsozialistischen Täterhandeln individuell erforscht, abgewogen und auf die oben genannten Einflüsse hin untersucht werden.

Die Neuere Täterforschung unterscheidet zwischen verschiedenen Ansätzen, die sich entweder auf Biografie und Generationenzugehörigkeit konzentrieren, die Handlungspraxis der Täter analysieren und eine institutionelle Einwirkung auf diese in den Blick nehmen, situative und sozialpsychologische Motive betrachten oder den Wunsch nach „absoluter Macht“ dezidiert untersuchen. So verquicken sich die Ansätze der Neueren Gewalt- und Täterforschung mit traditionellen Betrachtungsweisen der Biografieforschung.

Die Verortung der Täter inmitten sozialer Gefüge schafft neue Zugänge und erzwingt den Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung der nationalsozialistischen Gesellschaft. Strenge Bindungen der Verbrechen an einzelne Tatorte werden aufgelöst, und das Vorgehen wird vielmehr in seiner Prozesshaftigkeit wahrgenommen, mitsamt allen möglichen Verbindungen in andere Milieus und Systeme.

An dieser Stelle merkt Frank Bajohr allerdings an, dass kritisch betrachtet werden muss, inwiefern der Begriff des „Täters“ Verwendung findet. Gerade im Spiegel der Debatte um die tatsächliche Zahl der Täter inmitten der Gesellschaft warnt er davor, allzu schnell von einer „Tätergesellschaft“ zu sprechen oder insgesamt zu inflationär mit diesen Bezeichnungen umzugehen. Eine Kritik, die in sich die Entwicklung der gesellschaft-

lichen Anschauungsweise von Tätern widerspiegelt. Gleiches gilt für die Vermutung der strukturellen Gewalt und damit einhergehend die Frage, ob bestimmten Gesellschaften oder Gruppen Gewalt zu Eigen sei.

Insgesamt wird viel Kritik an den oben genannten Ansätzen angebracht, mit denen die Forschung versucht Klassifikationen vorzunehmen. Unter anderem kritisiert Bajohr ein rein biografisches Vorgehen mit der Begründung, dass Einzelstudien eindeutig zeigen, dass es nicht nur die viel genannte „Kriegsjugendgeneration“ gewesen ist, die sich vom Nationalsozialismus hat ködern lassen, sondern auch ältere Generationen aus opportunistischen Anlässen der Partei beitraten. Ebenso seien die Vorstellung, so Bajohr, dass durch Bürokratie vermindertes Schuldempfinden des Einzelnen ein Auslöser für Gewalt sei, überholt. Daher sind die Handlungsräume der Agierenden eben nicht klar abgegrenzt gewesen, sondern entgrenzt, und völlige Sanktionslosigkeit habe einen katalytischen Effekt auf Gewalt und Ausbeutung gehabt.

Michael Wildt resümiert in seiner Studie über das Reichssicherheitshauptamt, dass es keineswegs nur die biografische Prägung bzw. Gewalterfahrung gewesen ist, die das Handeln der Täter erklärt, sondern erst die individuellen Dispositionen des Einzelnen, die sich mit neuen Institutionen verbanden und somit die Gewaltausübung ermöglichten. Darüber hinaus spiele der Begriff der „Kameradschaft“ eine große Rolle, und auch Browning spricht in seiner Studie bereits über Mechanismen wie „Gruppendruck“. Demnach wird dem situativ-sozialpsychologischen Ansatz mittlerweile größere Aussagekraft zugesprochen. Stefan Kühl argumentiert zudem mithilfe des Begriffs „Indifferenzzone“, dass sich Akteure bei der Aufnahme in eine Organisation deren Zielen verschreiben, ohne deren vollständige Implikationen erfassen zu können und daher auch bei einer negativen Entwicklung dieser Ziele agierender Teil der Organisation blieben.

Um zu der Frage des Unternehmertums an dieser Stelle zurückzukehren, so kann dieses im Sinne Kühls ebenfalls als Organisation oder Zusammenschluss betrachtet werden, dessen Zielen sich die Teilhabenden verschrieben haben und trotz zunehmend negativer Ausrichtung auch verbunden bleiben, obgleich die damit verbundenen Hand-

lungsmaximen ihren eigenen moralischen Ansichten widersprechen. Die Rolle des Unternehmers stellt Ansprüche an das Handeln der jeweiligen Person, welche mit zunehmender Ausrichtung der Wirtschaft auf Rüstung und Wehrhaftmachung sich ebenso zu radikalisieren begannen.

Es besteht immer die Schwierigkeit, im Nachvollzug einer Tat zu unterscheiden, ob die Rechtfertigung dieser durch den Täter deckungsgleich mit der tatsächlichen Motivation ist bzw. ob dies überhaupt erkennbar ist.

Die Einordnung von Täterhandeln im Nationalsozialismus basiert immer auf Erkenntnissen der Holocaustforschung, die neben Gruppendruck, Brutalisierung, Bereicherungsmöglichkeiten und Zwangsmechanismen immer auch den Antisemitismus als Schlüsselfaktor sieht. Im Fall des Ruhrbergbaus spielt Antisemitismus als Kriterium vermutlich nur in Ausnahmefällen eine Rolle und bietet keine ausreichende Erklärung für die Verbrechen. Dennoch war den Unternehmern ein großes Maß an Rassismus und Totalitarismus zu eigen, der in Kombination mit Gewinnsteigerungsbedürfnis zu unmenschlicher Behandlung von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und ausländischen Zivilarbeitern führte. Im Rahmen von Produktionssteigerung und Rüstungsorientierung wurde die körperliche und seelische Ausbeutung der Arbeiter – unabhängig ihrer einzelnen phänotypischen Realisierung – zur Arbeitsroutine.

Insgesamt stellen Gewalt- und Täterforschung weniger eine Schablone dar, auf deren Basis man in der Lage ist, einzelnes Täterhandeln zu analysieren, sondern eher eine Perspektive, durch die Gesellschafts-, Institutionen- und Tätergeschichte betrachtet werden können. Nur durch Kombination multiperspektivischer und intertheoretischer Ansätze, Selbstreflexion und Grenzbewusstsein kann historisches Täterhandeln im Spiegel der nationalsozialistischen Gesellschaft verstanden und jede Form der Täterschaft nachvollzogen werden.

Leider sind es gerade die Komplexität und die individuelle Kontextualisierung jedes Täterhandelns, die es fast unmöglich machen, die Erklärungsmodelle der Täterforschung im Rahmen des Schulunterrichts zu vermitteln. Möglichkeiten, diese Schwierigkeit zu überbrücken, finden sich in dem mitt-

lerweile nicht mehr ganz neuen Ansatz des biografischen Lernens, ein Konzept, das das Grundphänomen der Individualität der Täter im Kern abdeckt. Diese Überlegung soll hier anhand des Unternehmers Paul Pleiger beispielhaft verdeutlicht werden.

### *Das Beispiel Paul Pleiger*

Paul Pleiger wurde am 28. September 1899 als eines von acht Kindern in eine Bergarbeiterfamilie in Buchholz hineingeboren. Nach der Volksschule, einer Ausbildung zum Dreher und Schlosser bei der Firma Düsterloh und Abendkursen an der Gewerbeschule in Barmen besuchte Pleiger von 1919 bis 1921 die Staatliche Maschinenbauschule in Elberfeld. Nach einigen Jahren als Ingenieur und Konstrukteur in der Abteilung Eisenkonstruktion der Harpener Bergbau-AG gründete Pleiger Mitte der 1920er Jahre eine Maschinenfabrik in Sprockhövel, die sich auf die Produktion von Pumpen, Maschinen und Armaturen für den Bergbau spezialisierte. Auch während der Wirtschaftskrise gelang es dem Unternehmer, sein Unternehmen stabil zu halten.

Nach nur kurzer Mitgliedschaft in der DNVP trat Paul Pleiger im März 1932 der NSDAP bei, da er eigenen Angaben zufolge von den politischen und wirtschaftlichen Ideen Hitlers überzeugt war. Auf die Einladung eines Bekannten hatte Pleiger eine Rede Hitlers in der Westfalenhalle in Dortmund gehört und sich für dessen Ansichten begeistert.

Kurze Zeit fungierte der Unternehmer als Ortsgruppenleiter und kommissarischer Sturmführer der SA, die er nach kurzer Mitgliedschaft wieder verließ. 1933 übernahm er das Amt des Bürgermeisters in Buchholz und wurde in den Kreisausschuss des Ennepe-Ruhrkreises und den Provinzialausschuss gewählt. Hier engagierte er sich vor allem für die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen, und bei der Besetzung von Stellen in der Landkreisverwaltung sorgte er dafür, dass die fachliche Qualifikation des Bewerbers und nicht sein Parteibuch den Ausschlag gab. Diesem Kurs blieb er auch später, in weitaus mächtigere Positionen aufgerückt, bei der Auswahl seiner Mitarbeiter treu.

Mitte 1933 berief ihn sein Freund Josef Wagner, Gauleiter der NSDAP im Gau West-

falen-Süd, zum Gauwirtschaftsberater. In dieser ehrenamtlichen Funktion hatte er vor allem die Aufgabe, den Gauleiter und andere Dienststellen und Gliederungen der Partei in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu beraten und die ihm unterstellten Kreiswirtschaftsberater über die Weisungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP zu unterrichten, die von Wilhelm Keppler, dem persönlichen Beauftragten Hitlers für Wirtschaftsfragen, geleitet wurde. Nachdem Keppler von Hitler zusätzlich mit der „Sonderaufgabe Deutsche Rohstoffe“ betraut worden war, folgte Pleiger ihm im November 1934 nach Berlin. Als freier Mitarbeiter ohne Gehaltsbezüge im Büro Keppler befasste er sich vorrangig mit der Förderung des inländischen Erzbergbaus mit dem Ziel, die Abhängigkeit Deutschlands von Erzimporten aus dem Ausland – nicht zuletzt wegen der knappen Devisenlage – zu vermindern. Keppler betonte während der Nürnberger Prozesse wiederholt, dass weder Rüstung noch die Vorbereitung auf einen Kriegsfall jemals Ziel der Sonderaufgabe gewesen seien und weder er noch seine Mitarbeiter Kenntnis von einer derartigen Ausrichtung gehabt hätten. Ob diese Aussage zutreffend ist, ist in der Retrospektive nicht mehr hinreichend zu beweisen. Diese Art der Aussage ähnelt den gängigen Verteidigungsstrategien, die von vielen Angeklagten im Rahmen der Nachkriegsjustiz mit Kalkül vorgebracht wurden und denen das Gegenteil nachgewiesen werden konnte.

Im Oktober 1936 wechselte Pleiger in das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe innerhalb der Vierjahresplanbehörde. Er war maßgeblich beteiligt an der Gründung der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ und am Aufbau der gigantischen Hüttenwerke in Salzgitter und Linz. Unter der Leitung ihres Generaldirektors Pleiger entwickelten sich die Reichswerke nach dem Anschluss Österreichs, der Zerschlagung der Tschechoslowakei und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zum größten Montankonzern Europas. Mit der Angliederung zahlreicher Betriebe an die Reichswerke stieg die wirtschaftliche Machtfülle Pleigers enorm an. 1941 wurde er zum Geschäftsführer (später Hauptgeschäftsführer) der im August in Berlin gegründeten Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost berufen, die sämtliche Bergwerke und Hütten

in den besetzten Gebieten der Sowjetunion betrieb. Als Reichsbeauftragter für Kohle und Vorsitzender des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle zählte er zudem zu den einflussreichsten Akteuren in der Wirtschaftspolitik des Regimes.

Pleiger trifft ein hohes Maß an Mitschuld für die massenhafte Ausbeutung von Zwangsarbeitern in der Industrie. Allein in Salzgitter unterhielten die Reichswerke rund 10 Lager, darunter drei von der SS eigens für sie errichtete Außenlager des KZ Neuengamme. Pleiger waren die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeit stattfand, mit Sicherheit bekannt, und über die Situation in den Konzentrationslagern war er durch Besuche in Natzweiler und Mauthausen unterrichtet. Im Ruhrbergbau wurden keine KZ-Häftlinge beschäftigt, wohl aber in großer Zahl angeworbene ausländische Arbeitskräfte, zwangsrekrutierte Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, um den sich zuspitzenden Arbeitskräftemangel auszugleichen und die Förderung zu steigern. Es war Pleiger, dem es gelang, den zunächst unerwünschten und von Hitler ausdrücklich verbotenen „Reichseinsatz“ von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern aus der Sowjetunion gegen die Bedenken der Bergwerksdirektoren und gegen den rasseideologisch und „volkspolitisch“ motivierten Widerstand der NSDAP-Reichsleitung, der SS und der Wehrmacht durchzusetzen. Er bemühte sich zwar, die Lage der Zwangsarbeiter – z. B. mit seinen „Anweisungen über den Einsatz der Ausländer im Steinkohlenbergbau“ vom Dezember 1943 – durch die Gewährung von Leistungszulagen und Prämien, ein Anlernprogramm und die Verbesserung der Ernährung etwas zu erleichtern, aber all dies diente in erster Linie dem Zweck, die größtmögliche Leistung aus den Arbeitern herauszupressen. De facto änderte sich kaum etwas an ihren menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und an der oft brutalen Behandlung. Die Maßnahmen zur Steigerung von Förderung und Leistung im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Anstrengungen des Reiches betrafen allerdings auch die deutschen Bergleute, die durch die Verlängerung der Arbeitszeit und die Anordnung von Pflichtschichten an Sonn- und Feiertagen zusätzlich belastet wurden.

Nach eingehender Betrachtung der Karriere und der biografischen Hintergründe

Paul Pleigers muss deutlich werden, dass die in den 1990er Jahren etablierten Kategorien der Täterforschung nicht weit genug greifen, um das Phänomen Paul Pleiger als Unternehmer im Nationalsozialismus zu erklären. Es lässt sich weder von einem Weltanschauungstäter sprechen, noch von einer sadistisch veranlagten Person oder einem immanenten aggressiven Antisemitismus. Würde man reine Befehlserfüllung als Motiv angeben – Paul Pleiger als willfähriger Erfüller der Ansprüche Hermann Görings – würde man sich in den apologetischen Ansätzen verlieren, die typisch sind für die Täterrezeption der 1960er Jahre. Die Mechanismen, die hier greifen, sind weitaus vielschichtiger. Es ist eher davon auszugehen, dass es sich bei Pleiger um einen Technokraten handelte, der durch das System des Nationalsozialismus Macht und Einfluss erlangte und sich von moralischen Bedenken weitestgehend los sagte, um die gesetzten ökonomischen Ziele zu erfüllen.

Man muss mit einbeziehen, dass Pleiger sich in erster Linie als Unternehmer verstand, der aus eigener Kraft heraus eine Firma gründete und es gewohnt war, wirtschaftlich zu denken und zu agieren. Dennoch ist erfolgsorientiertes Handeln kein Ausschlusskriterium für den humanen Umgang mit Arbeitern. Menschen nicht mehr als Individuen zu betrachten, sondern als Produktionsmittel, dessen man sich bedienen kann, ist immanenter Teil einer Gesellschaft, die bereits vor ihrer nationalsozialistischen Ausrichtung tief von strukturellem Rassismus durchdrungen war. In dieser Gesellschaft sozialisiert, wird auch Pleiger der Ansicht gewesen sein, Menschen besäßen je nach Herkunft, Religion und Geschlecht einen unterschiedlichen Wert.

Pleiger hat eigenen Angaben zufolge den politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen Adolf Hitlers positiv gegenübergestanden, was bedeutet, dass er die Konzentration der Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion akzeptierte, ebenso ein Überlegenheitsdenken gegenüber anderen Nationen. Natürlich können Handlungsmotivationen in der Retrospektive nicht nachvollzogen werden, allerdings lassen sich Mutmaßungen über die temporären und zeitlich konsistenten Selbstzuschreibungen machen, die Täterhandeln zumindest zu einem gewissen Grad erklären können. Welche Rolle nimmt die Person im persön-

lichen, beruflichen und gesamtgesellschaftlichen Kontext ein? Wie positioniert sie sich politisch und welche Konsequenzen für ihr Handeln erwachsen daraus? Es zeigt sich hier entsprechend, dass in Pleigers Fall ein Netz aus unterschiedlichsten Handlungsmotivationen zusammenwirkt, welches das ökonomische Denken des Unternehmers mit einer Bereitschaft verbindet, Menschen ihren Wert abzusprechen und sie als Mittel zur Steigerung der Produktion einzusetzen. Technokratisches Effizienzdenken, gepaart mit einem außergewöhnlichen Machtbewusstsein, hat in Pleigers Fall vermutlich dazu geführt, dass er sich in seiner Rolle soweit radikalisiert hat, dass seine Selbstverortung als Unternehmer über die herkömmliche Definition dieses Terminus weit hinausging.

Der Aufstieg, der Paul Pleiger im System Nationalsozialismus vergönnt war, repräsentiert einen Unternehmertyp, der sich nicht nur auf wirtschaftliche Machtfülle stützen konnte, sondern auch als Funktionär einen wichtigen Part im politischen Funktionieren des NS-Staates übernahm. Abschließend bleibt zu sagen, dass die Erklärungen für Tä-

terhandeln nur bedingt nachvollziehbar sind und auch hier das große Problem der Täterforschung erkennbar wird: die zunehmende Komplexität der Erklärungsansätze, die in der Regel weitere Fragen aufwirft, die an anderer Stelle noch eingehender betrachtet werden müssen.

Im März 1945 gelang es Pleiger und Rüstungsminister Speer, Hitlers „Verbrannte Erde“-Befehl zu unterlaufen, Bergwerksdirektoren und Gauleiter davon abzuhalten, beim Vorrücken der Alliierten alle Industriebetriebe und Versorgungsanlagen zu zerstören. Anschließend fuhr Pleiger nach Salzgitter, um auch dort sinnlose Sprengungen zu verhindern. Am 11. April 1945 übergab er das Hüttenwerk den amerikanischen Truppen und wurde kurz darauf festgenommen. 1949 wurde er im Wilhelmstraßen-Prozess wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Raub und Plünderung, Zwangsarbeit) zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt, aber bereits 1951 vorzeitig entlassen. Er kehrte in seine Maschinenfabrik zurück und verstarb im Juli 1985.

# **Viktoria Heppe / Sebastian Kurtenbach / Gabriele Unverferth**

## **Methodisch-didaktische Anregungen und die Arbeit mit den Quellen**

### **Die Organisation des Ruhrbergbaus und seine Einbindung in das nationalsozialistische Wirtschaftssystem**

Adressaten:

Jahrgangsstufe 7-9 und Sek. II

#### *Methodisch-didaktische Anregungen*

##### **Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen:**

Die Schülerinnen und Schüler...

- sind in der Lage, die Folgen des Versailler Vertrags für die Wirtschaft in der Weimarer Republik einzuschätzen und wesentliche Elemente der Wirtschafts- und Sozialpolitik der „Weimarer Koalition“ zu erläutern.
- können die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise für den Niedergang der Weimarer Republik und des Parlamentarismus einschätzen und in Bezug zur Quelle setzen.
- haben sich mit den Themen Gleichschaltung und Führerprinzip beschäftigt und deren Implikationen verstanden.
- können den Prozess der nationalsozialistischen Machtkonsolidierung in den Jahren 1933 und 1934 erklären, insbesondere die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.
- haben bereits über die große Diversifizierung staatlicher Behörden und nationalsozialistischer Organisationen gesprochen und können die Intention hinter dieser Verzweigung erkennen.
- können die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Regimes unter Bezugnahme auf den Vierjahresplan (1936) strukturiert und optisch prägnant, z. B. anhand eines Schaubildes, erläutern, insbesondere den erwünschten Umgang mit Ressourcen und die Autarkiebestrebungen.
- können die „polykratische“ Organisation des NS-Staates terminologisch definieren und skizzieren sowie die Konsequenzen aufzeigen, die mit der Ausrichtung der Arbeit auf den Führer verbunden sind.
- können den außenpolitischen Kontext des Kriegsjahres 1940 skizzieren und in Bezug zur Quelle setzen.
- können wesentliche Elemente der NS-Ideologie in ihrer Bedeutung für die Wirtschaft und den Bergbau erläutern.
- kennen wesentliche Elemente der NS-Ideologie (hier besonders: Militarismus, „Volksgemeinschaft“) und können diese in Beziehung zu den Quellen setzen.
- können wesentliche Schritte der Quelleninterpretation, besonders die Analyse der formalen Merkmale und sprachlichen Mittel, ergebnisorientiert sowie fach- und sachgerecht anwenden.

##### **Ausgewählte Quellen und Zielrichtung eines Archivbesuchs**

Die vorliegenden Quellen umfassen den Zeitraum zwischen den Monaten unmittelbar

nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bis ein Jahr nach Kriegsbeginn. Sie bilden die Selbstverortung der Branche in ideologischer Hinsicht ab und die konkrete

Position des Ruhrbergbaus innerhalb des nationalsozialistischen Wirtschaftsgefüges. Als „Dienst am Volk“ erfährt die nationale Arbeit im Bergbau ungeahnte Überhöhung - eine propagandistische Maßnahme - wodurch der ideelle Lohn für die sogenannte wertschaffende körperliche Arbeit zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte.

In den Auszügen aus der Eröffnungssprache des Geheimen Bergrats Ewald Hilger auf dem 14. Deutschen Bergmannstag in Essen wie auch in den an anderer Stelle wiedergegebenen Bekenntnissen von Ernst Brandi zur „Nationalen Erhebung“ spiegelt sich die schon vor 1933 in der Montanindustrie weitverbreitete antidemokratische, antimarxistische und antiparlamentarische Disposition der Unternehmerschaft in der Weimarer Republik wider. Zudem sind sie Ausdruck der Hoffnungen und Erwartungen, die die Bergbauindustriellen an die Machtübernahme der Nationalsozialisten knüpften. Die beiden Redeauszüge von Hilger und Brandi eignen sich hervorragend, um die Motivlage herauszuarbeiten und die Quellen auf die formalen und stilistischen Aspekte einer Überzeugungsstrategie hin zu untersuchen, die hier deutlich greifbar präsentiert werden. Auch Leys Vorwort bedient sich der Abgrenzung von der Weimarer Republik, sodass die drei Quellen in Bezug gesetzt und verglichen werden können.

Das Schaubild „Der Steinkohlenbergbau im organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft“ bildet die wirtschaftspolitische Ordnungsidee des Nationalsozialismus ab. In ihm zeigen sich sowohl die Ergebnisse der Gleichschaltungsmaßnahmen auf organisatorischer Ebene als auch die Durchsetzung des Führerprinzips durch die streng hierarchische Ausrichtung der Organisationseinheiten in Form einer Organisationspyramide. Die Gleichschaltung und das Führerprinzip werden im unterrichtlichen Kontext in der Regel am Beispiel der Auflösung der Parteien und Gewerkschaften diskutiert. Durch Hinzuziehen der Quelle ist es möglich, die vollständige Durchdringung aller Bereiche der Bergwirtschaft durch die beiden genannten nationalsozialistischen Grundprinzipien zu zeigen und die Ausbildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins mittels eines multiperspektivischen Ansatzes zu fördern. Durch die Hinzunahme lokaler Beispiele wird ein konsistentes Geschichtsverständnis gefördert.

Während eines Archivbesuchs können weitere ausgewählte Dokumente ergänzend bearbeitet werden, die die Teilschritte hin zur Gleichschaltung innerhalb individueller Betriebe zeigen. Im Einzelnen bieten sich beispielsweise Meldungen über die Ausschaltung der Betriebsräte und deren Ersetzung durch die Vertrauensräte sowie deren Sitzungsprotokolle an. Somit können diese Quellen als Grundlage genutzt werden, um die Umsetzung der Betriebsgemeinschaftsideologie in regionalem Kontext herauszuarbeiten; sie können für sich stehen oder mit anderen Quellen in diesem Band in Zusammenhang gesetzt werden. Durch unterschiedliche Quellenformate ist es zudem möglich, die Komplexität des Themas bindendifferenziert bearbeiten zu lassen.

Das Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsbeauftragten für Kohle und die Kohlensyndikate über die Erweiterung der Reichsstelle für Kohle zum Amt des Reichskohlenkommissars vom 30. April 1940 markiert einen weiteren Schritt in der formalen Neuordnung des Bergbaus. Es eignet sich aufgrund seiner Historizität besonders für das Einüben klassischen quellenkritischen Vorgehens, denn es können alle formalen Aspekte des Dokuments miteinbezogen und kontextualisiert werden. Inhaltlich zeigen sich die Abstufungen innerhalb des nationalsozialistischen Wirtschaftsgefüges, und somit kann das Konzept der „polykratischen“ Organisation des NS-Staates verdeutlicht werden. Kaum eine formale Betrachtung kann die realen Machtverhältnisse und Kompetenzüberschneidungen des gesamten nationalsozialistischen Wirtschaftssystems tatsächlich abbilden, weshalb es sinnvoll ist, dies mithilfe eines Teilaspektes am Beispiel des Bergbaus zu verdeutlichen.

Robert Leys Vorwort „Anfassen an wichtigster Stelle“ aus der Broschüre „Der deutsche Bergbau ruft dich!“ illustriert nicht nur die ideologische Überhöhung körperlicher Arbeit an sich im Nationalsozialismus, sondern unterstreicht auch die historische und kriegswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus. So knüpft er einerseits an die jahrhundertalten Traditionen des Bergmannstandes an; zum anderen stellt er die Bergleute als „Soldaten der Arbeit“ auf eine Stufe mit den Frontkämpfern. Die Broschüre ist ein propagandistisches Werkzeug, darauf ausgerichtet, den Bergbau attraktiver erscheinen zu

lassen und ihn als werteschaaffende Arbeit innerhalb der Volksgemeinschaft aufzuwerten, um dem notorischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken – was langfristig allerdings nicht gelang. Die vom Propagandaamt der DAF um 1940 herausgegebene Broschüre richtet sich an Eltern, die vor der Berufswahl für ihre Söhne standen, vor allem aber an die Jugendlichen selbst und charakterisiert den

Beruf des Bergmanns als spannende Herausforderung mit positiven Zukunftsaussichten.

Alle Dokumente in diesem Kapitel können einzeln herangezogen werden und für sich stehen, aber auch als Ergänzungen zu anderen Themenschwerpunkten dienen.

## Quellen

### **Auszüge aus der Eröffnungsansprache des Geheimen Bergrats Ewald Hilger auf dem 14. Deutschen Bergmannstag in Essen am 29. September 1933**

Bericht über den 14. Deutschen Bergmannstag, Essen 1933, S. 16-18; WWA D 101/14

[...] Die Zeit des sogenannten Wiederaufbaues von der Stabilisierung der Mark bis zum Höhepunkt der Scheinblüte war eine schwere, nicht nur für den Bergbau, aber für diesen besonders, weil er stets das Stiefkind und das Experimentierobjekt der Mächtigen im Deutschland von Weimar blieb.

Aber die Jahre des wirtschaftlichen Niederganges seit 1929 waren weit, weit schwerer zu ertragen, schwerer zu durchkämpfen, als jene, auf die der letzte Deutsche Bergmannstag zurückgeblickt hat. Der Bergmann ist es gewohnt, nach festem, wohlgedachtem Plan zu arbeiten. Nur so kann er im Kampf mit den sein Werk bedrohenden Gewalten siegen. Hinter uns liegen Jahre des ewigen Wechsels, der zu einer Planlosigkeit führte. So mußte auch bestes Wollen zunichte werden.

Wir deutschen Bergleute, die von jeher 100 % national, 100 % sozial waren und sind, stehen der neuen Zeit mit offenem Herzen, offenem Sinn und offenem Auge gegenüber.

Wer je ein echter Bergmann war, dem war auch das Wohl des Vaterlandes stets das Höchste. Der deutsche Bergmann darf auch von sich und seinem Stande sagen, daß er stets soziales Verständnis gezeigt, soziale Pflichten erkannt und erfüllt hat; ist doch die ganze Sozialgesetzgebung, wie sie der alte Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanz-

ler Fürst Bismarck eingeleitet haben, auf den zum Teil jahrhundertealten Einrichtungen des deutschen Bergbaues aufgebaut.

Bergmann sein, heißt Kämpfer, heißt aber auch Kumpel sein. Wenn der deutsche Sozialismus durch die Tat bewiesene Kameradschaft ist, dann darf der Bergmann sicherlich für sich in Anspruch nehmen, daß ihm diese Art von Sozialismus nicht fremd ist.

Die Mächte der Demokratie haben es meisterhaft verstanden, mit dem Programm der Vertiefung des Klassengeistes und Klassenhasses den führenden Bergmann von dem Kumpel zu trennen. [...]

Uns, den Alten, ist es nicht immer leicht geworden, zu den Ereignissen der letzten Monate in ein richtiges Verhältnis zu kommen.

Wir haben bewundert die hinreißende Kraft, mit der unser deutsches Volk, das geradezu nach einem Führer schrie, hochgerissen ist.

Wir haben bewundert die Energie, die Zielbewußtheit, mit der Marxismus und Parlamentarismus und all die Dinge, die geeignet waren, unser Vaterland in Grund und Boden zu verderben, zerschlagen sind.

Wir haben uns der großen Erfolge des Reichskanzlers gefreut und hoffen zu Gott, daß er ihm Kraft verleihen möge, das begonnene Riesenwerk der Umgestaltung eines 65-Millionen-Volkes zu einem guten Ende zu führen.

Wir bewundern rückhaltlos des Führers Reinheit, seine große mitreißende Kraft, seine Gedankentiefe und sein Organisationstalent.

Wir Alten leiten aber aus dieser rückhaltlosen Stellung zur Regierung des Dritten Reiches auch das Recht her, an einer Stelle zu besonderer Vorsicht zu mahnen, nämlich zur Vorsicht auf wirtschaftlichem Gebiet.

Ich freue mich von Herzen, daß man nach kurzem Eingriff die Wirtschaft in Ruhe läßt, daß man sie fördert und ihr hilft in der richtigen Erkenntnis, daß es ohne die Wirtschaft nicht geht, und daß auch mit all den großen politischen Fragen die Wirtschaft auf das engste zusammenhängt. [...]

Wir, die wir rückhaltlos hinter der jetzigen Regierung stehen, werden sie in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, in ihrem Bestreben, in diesem Winter Hunger und Kälte von unseren Volksgenossen fernzuhalten, mit allen Kräften unterstützen. Der Ruf „Wir helfen“ wird in allen Betrieben des Bergbaues bei der Arbeitsführung wie bei der Arbeitsgefolgschaft mächtigen Widerhall finden.

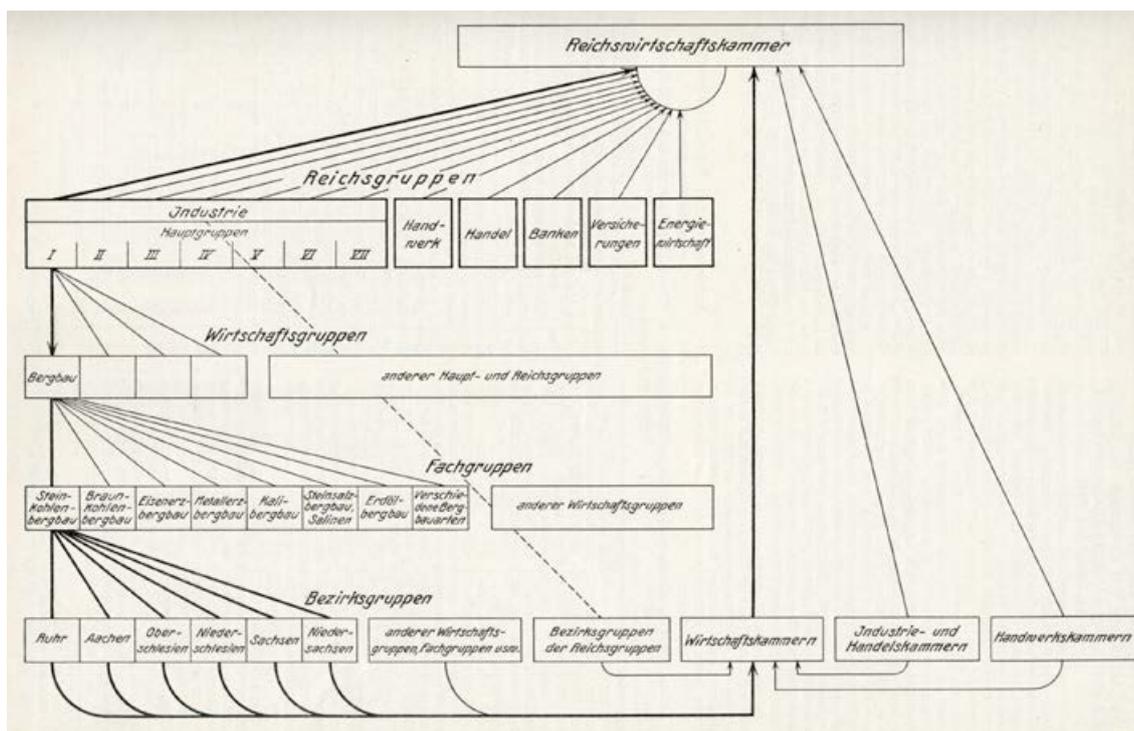
Aber der Überzeugung muß ich Ausdruck geben, daß alle die großen Fragen

– und es sind solche darunter von gigantischem Ausmaß –, die in unserem Vaterlande noch der Lösung harren, nur gelöst werden können mit einer sich rentierenden Wirtschaft. Und weil das der Fall ist, so ist unsere Arbeit für eine sich rentierende Wirtschaft Dienst am Vaterlande. [...]

Im Gedenken an den Mann, der jetzt als des Deutschen Reiches Kanzler die Geschicke unseres Vaterlandes lenkt und der in heißer Arbeit darüber hinaus unermüdlich um des Volkes Einheit und Wohlfahrt sich müht, verspricht der deutsche Bergmann treues Dienen.

Dafür erwartet er Verständnis für seine Art. Wenn die neue Zeit die Grundlage schafft, die ein freies Wirken der Kräfte, nur durch nationales Wollen gebunden, ermöglicht, wenn wieder Leistung höher bewertet wird als Anspruch, und Können höher als Kuschen, dann begrüßt niemand sie freudiger als der deutsche Bergmann. Trotz allem, was sie an Ernstem und Schwerem noch bringt. [...]

**Der Steinkohlenbergbau im organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft, 1935**  
 Glückauf, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 71 (1935), S. 91; WWA P 164 71/1



Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsbeauftragten für Kohle und die Kohlensyndikate über die Erweiterung der Reichsstelle für Kohle zum Amt des Reichskohlenkommissars vom 30. April 1940

WWA F35 Nr. 3261

*4. Rentner*  
*Hagen 15.5.*  
*1575. 40*  
*U.*  
*Abschrift*

Der Reichswirtschaftsminister  
II L Nr. 1602/40

Berlin, den 30. April 1940

An

a) den Herrn Reichsbeauftragten für Kohle  
b) sämtliche Kohlensyndikate.

Eingegangen  
15. MAI 1940  
Beantw. \_\_\_\_\_

Die Reichsstelle für Kohle wird zu einem "Amt des Reichskohlenkommissars" erweitert.

Der Reichskohlenkommissar untersteht mir unmittelbar. Neben den Befugnissen aus der Warenverkehrsordnung übernimmt der Reichskohlenkommissar die Ausübung der Befugnisse aus dem Kohlenwirtschaftsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen, soweit sie das Reichswirtschaftsministerium unmittelbar oder als Rechtsnachfolger des Reichskohlenrats gehandhabt hat.

Die Ermittlung des Kohlenbedarfs und die Festlegung des Förder- und Erzeugungsplanes sowie die Aufsicht, ob diese Anforderungen des Planes mengen- und sortenmäßig erfüllt werden, gehen in die Zuständigkeit des Reichskohlenkommissars über.

Die Planstellung an den Kohlenbergbau und die sonstigen Brennstoff erzeugenden Industrien hat nach vorheriger Abstimmung mit der Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums zu erfolgen. Die Planung der erforderlichen Erweiterungen und Neuaufschlüsse des Bergbaues wird von der Bergabteilung aufgestellt und in der Durchführung von ihr überwacht.

Zum Zuständigkeitsbereich des Reichskohlenkommissars gehören die Fragen der Bewirtschaftung der Erzeugnisse des Kohlenbergbaues. Damit ist er auch für die Organisationen, die dieser Bewirtschaftung dienen, wie Syndikate und Handelsorganisationen, sowie gegebenenfalls für deren Umgestaltung zuständig. Bei der Neuerrichtung oder Umgestaltung von Syndikaten ist, soweit bergmännische Gesichtspunkte in Frage stehen, die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums zu hören.

Im Rahmen dieser Aufgaben nimmt der Reichskohlenkommissar die Verteilung der Erzeugnisse wie folgt vor:

1. Für den Hausbrand in alleiniger Zuständigkeit,
2. für Ausfuhrzwecke aufgrund eines Planes, der von der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums - unter Berücksichtigung der handelspolitischen Notwendigkeiten - im Einvernehmen mit dem Reichskohlenkommissar aufgestellt wird,

*Jm*  
*Gr. Spreng*

3. für den industriellen Bedarf im Einvernehmen mit den für den industriellen Sektor verantwortlichen Stellen, insbesondere den Fachabteilungen des Reichswirtschaftsministeriums, zusammengefasst in der Hauptabteilung II des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Reichskohlenkommissar ist für die Planung der Beförderung der zu verteilenden Brennstoffmengen zuständig. Er arbeitet die Verkehrsplanung für den Kohlentransport aus und legt sie zwecks Abstimmung mit den Verkehrserfordernissen der gesamten gewerblichen Wirtschaft dem Reichswirtschaftsminister vor.

Das Amt des Reichskohlenkommissars sowie die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums müssen, da sich die Aufgaben der beiden Stellen vielfach überschneiden, auf das engste zusammenarbeiten.

Wenn eine Einigung in Fällen, in denen die beiderseitigen Zuständigkeiten berührt sind, nicht erzielt werden kann, treffe ich persönlich oder in meiner Vertretung der Staatssekretär die Entscheidung. - Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Reichskohlenkommissar und den Fachabteilungen des Reichswirtschaftsministeriums bzw. der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums in den oben erwähnten Fällen eine Einigung nicht erzielt werden kann.

gez. Walther F u n k

## Dr. Robert Ley: Anfassen an wichtigster Stelle!

Der deutsche Bergbau ruft dich! (um 1940), S. 2; WWA D 4007

*Dr. Robert Ley:*

# Anfassen an wichtigster Stelle!

Soldaten der Arbeit sind alle Schaffenden unseres großen deutschen Volkes. Wie aber der Soldat des Stoßtrupps an der Front, so steht der deutsche Bergmann im Arbeitsleben in vorderster Linie. Mut, Härte und Zähigkeit zeichnen ihn besonders aus. Arakt ist sein an stolzer Tradition reicher Berufsstand, der nach Zeiten des Niedergangs im nationalsozialistischen Deutschland hinaufgeführt wird zum alten Ansehen und zu der hohen Bewertung, die der bergmännischen Arbeit zukommt.

Gerade jetzt kommt es darauf an, den Bergbau zu höchster Entfaltung zu bringen. Die Rohstoffe aus unserer deutschen Erde sind in diesem uns aufgezwungenen Kampf Munition von höchster Bedeutung. Sie können aber nur zutage gefördert werden, wenn die genügende Anzahl der ausgebildeten bergmännischen Fachkräfte vorhanden ist.

Der Bergbau braucht vor allem mehr *Nachwuchs*! Als Bergjungmänner, da könnt ihr Jungen, die ihr nachrückt in die Front der Schaffenden, eurem Volk und eurem Führer jetzt besonders nützen. Wer ein Bergmann wird und wer seine Söhne diesen alten und wahrhaft soldatischen Facharbeiterberuf ergreifen läßt, der darf stolz darauf sein. Er faßt an wichtigster Stelle in entscheidender Zeit mit an und baut zugleich mit an einer stolzen Zukunft unseres Bergmannsstandes.

*Dr. R. Ley.*

# Der Topos der Arbeit im Nationalsozialismus und seine ideologische Einordnung

**Adressaten:** Jahrgangsstufe 7-9 und Sek. II

## Methodisch-didaktische Anregungen

### Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen:

Die Schülerinnen und Schüler...

- können die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit benennen.
- sind in der Lage, die Auswirkungen dieser Maßnahmen und der Wirtschaftspolitik auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter anzuwenden.
- können den Begriff der „Volksgemeinschaft“ hinsichtlich seiner klassen- und sozialpolitischen Bedeutung erklären.
- können die NS-Gewerkschaftspolitik (Auflösung der Gewerkschaften, Gründung der DAF) beschreiben.
- sind in der Lage, Methoden der Interpretation visueller und sprachlicher Quellen sach- und fachgerecht anzuwenden.
- können die Funktion eines Vertrauensrats in Abgrenzung zum Betriebsrat erläutern.
- können Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung zur Einschränkung der Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte im historischen Kontext erläutern.

### Ausgewählte Quellen und Zielrichtung eines Archivbesuchs

Am 1. Mai 1933 inszenierten die Nationalsozialisten in Anlehnung an die Tradition der Arbeiterbewegung den „Tag der Arbeit“ erstmals als einen gesetzlichen Feiertag mit Lohnfortzahlung, der das offizielle Motto „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“ trug. Dahinter stand das Ziel, die Arbeiterschaft trotz der Zerschlagung der Gewerkschaften am Tag darauf und der faktischen Unterdrückung jeglicher Form von Interessenartikulation oder Opposition auch in den Folgejahren für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Die Quellen knüpfen an genau den Topos der werteschaaffenden Arbeit an und verwenden ihn auf unterschiedliche Weise immer wieder. Insofern eignet sich das Titelbild der Werkszeitschrift „Harpen“ für die Einübung methodischer Arbeitsschritte zur Interpretation visueller Quellen und der implizierten Propaganda. Wichtige und wiederkehrende Symbolik kann anhand der dargestellten Personen verdeutlicht und in Bezug auf die übergreifende Thematik verankert werden. Dabei sollten die Lernenden herausarbeiten, dass die dargestellten Berufe

archetypisch mit traditionellen Insignien abgebildet werden und die gewollt historisch wirkende Repräsentation der Berufszweige die nationalsozialistische Arbeitsidee in geschichtliche Kontinuität einbettet.

Die Fotomontage zum „Festtag der Arbeit“ bietet ebenfalls die Möglichkeit quellenkritischen Arbeitens an Bildquellen und hebt traditionelle Elemente des Maifeiertags hervor. Durch Zusammenschnitt und Bildgefüge wird eine überproportional große Menge an Teilnehmenden suggeriert. Die Bildkomposition zeigt die teils uniformierte und militärisch aufgestellte „Betriebsgemeinschaft“. Mithilfe einzelner Bildelemente lässt sich diese Quelle als Ausgangsmaterial zur Förderung des Problembewusstseins nutzen; sie unterstützt die Entwicklung von Leitfragen zu den Themen „Zwang und Freiwilligkeit“, „Bergleute als Frontsoldaten der Arbeit“ und zur Verankerung des Führerprinzips in den Betrieben.

Der an die Werkschirmänner gerichtete Aufruf aus der Werkszeitschrift „Harpen“ stellt die sozialpolitischen Leistungen des Regimes in den Vordergrund wie die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch

den Vierjahresplan oder die Angebote von DAF und KdF, die als sozial verbrämtes Ablenkungsmanöver die jeglicher Interessenvertretung beraubte Arbeiterschaft ruhigstellen und in erster Linie der Kontrolle und der Stärkung der Arbeitskraft dienen sollten. In diesem charakteristischen Werbetext für die Teilnahme an den Aktivitäten der Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) arbeitet die Propaganda sehr niederschwellig, sodass sich die Adressaten des Artikels – die Arbeiter – direkt angesprochen fühlen.

Um die Organisation „Kraft durch Freude“ intensiver zu bearbeiten, empfiehlt es sich, Anzeigen und Reiseberichte aus der Werkszeitschrift der Harpener Bergbau-AG hinzuzuziehen. Auch die Akten der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund einzusehen (WWA Bestand K1), bietet eine Möglichkeit, die Angebote von DAF und KdF zu durchleuchten. Da der Bestand auch kritische Dokumente enthält, kann so multiperspektivisches Arbeiten gefördert werden.

Mithilfe des Protokolls der Vertrauensratssitzung, der „Zehn Gebote der Betriebsgemeinschaft“ und des Zeitungsausschnitts wird die Thematik der Gleichschaltung unmittelbar gezeigt und an regionalen Beispielen erfahrbar. Der Zeitungsartikel demonstriert am Beispiel der vorübergehenden Inhaftierung des Bergassessors Kost, welche Konsequenzen abweichendes Verhalten nach sich ziehen konnte. Das Protokoll der Sitzung des Gesamtvertrauensrats der VEW und ihrer Gesellschaften verdeutlicht die Umsetzung der NS-Ideologie in die Betriebspraxis. Stellt man beide Quellen gegenüber, können die Schülerinnen und Schüler zur kategorialen Urteilsbildung angeregt werden und bewerten, welche Gegensätze in der nationalsozialistischen Politik auszumachen sind. Vorstellbar wären Tendenzen wie „Anspruch und Wirklichkeit“, „Intention und Wirkung“ oder „Zwang und Freiraum“.

Im Rahmen eines Archivbesuchs können diese Quellen durch weitere Protokolle von Vertrauensratssitzungen ergänzt werden, um eine zeitliche Entwicklung der dabei besprochenen Themen zu zeigen, oder durch Dokumente, die über die Anforderungen an die Qualifikation und die Aufgaben der Vertrauensleute informieren. Im Falle des Bergwerksdirektors Heinrich Kost, der später eine tragende Rolle beim Wiederaufbau der Kohlenwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

spielte, ist es sinnvoll, weitere biografische Nachforschungen anzustellen. So wird mithilfe von biografischem Lernen die Ausbildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins der Lernenden unterstützt.

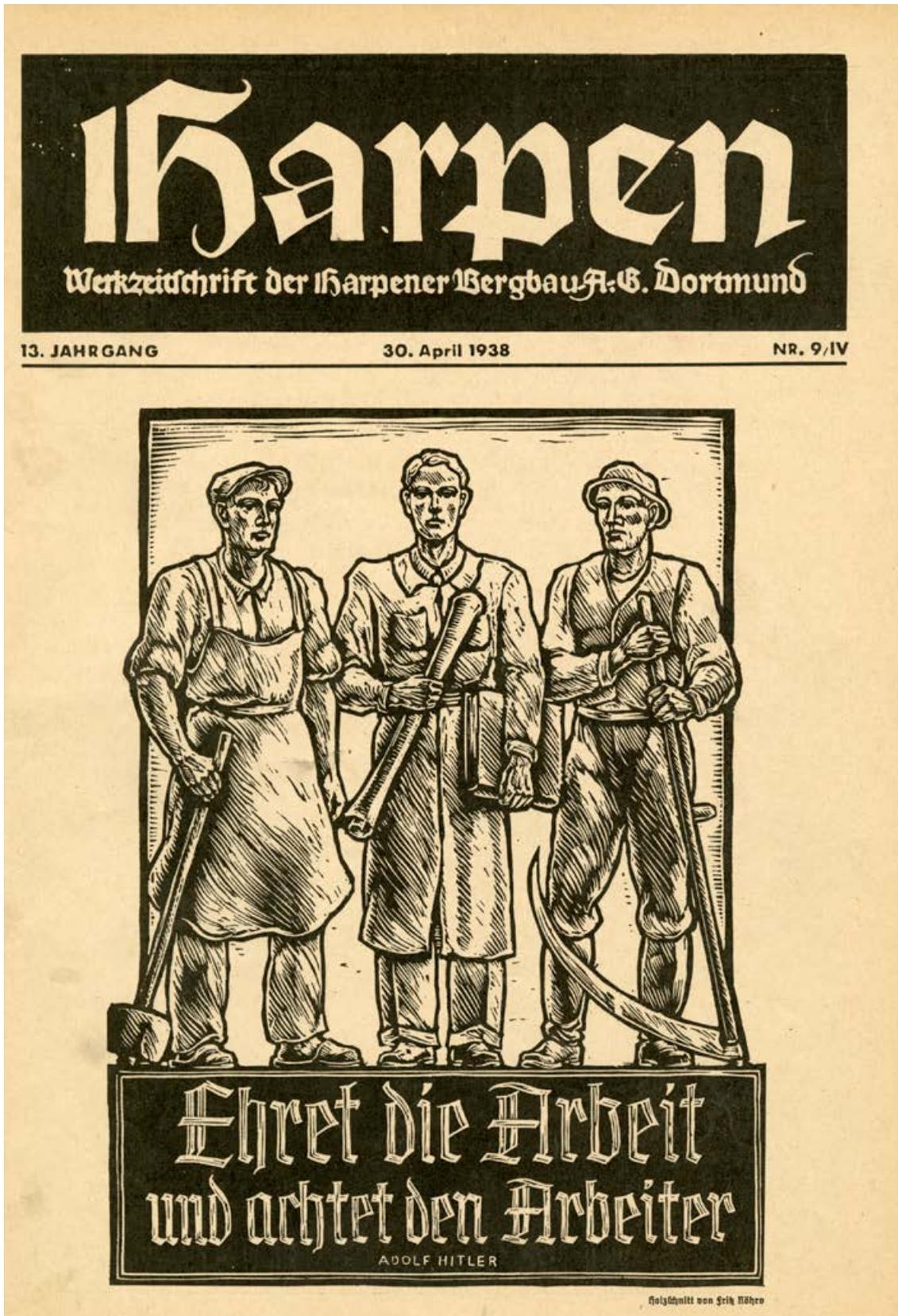
„Soll der Junge Bergmann werden?“ Diese an die Eltern gerichtete Frage eröffnet eine mögliche Alteritätserfahrung anhand der Reflexion über heutige Formen der Berufsorientierung, z. B. in Schulen, und über die hierarchischen Familienstrukturen der 1930er und 1940er Jahre. Wem obliegt die Bestimmung des weiterführenden Lebensweges? Ergänzend zum Einführungstext wird die Abbildung eines Bergjungmannes beim Sport gezeigt. Das Foto entstand beim ersten großen Betriebssportfest der Harpener Bergbau-AG auf dem Sportplatz der Zeche Hugo am 23. Juli 1939, an dem neben den Bergjüngleuten und Lehrlingen auch die erwachsenen Mitglieder der Betriebssportgemeinschaften der Zechen, der Zentralwerkstatt und der Hauptverwaltung teilnahmen. Es verdeutlicht die herausragende Bedeutung des Sports im Rahmen der betrieblichen Ausbildung, der zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit und zur Wehrrüchtigung dienen sollte. Darüber hinaus präsentiert das Bild den nationalsozialistischen Idealtyp eines deutschen Jugendlichen. Bei einem Archivbesuch kann weiteres Material aus der Broschüre „Der deutsche Bergbau ruft dich!“ hinzugezogen und auf wiederkehrende propagandistische Motive hin untersucht werden. Diese können wiederum mit anderen zeitgenössischen Dokumenten verglichen werden, die sich ebenfalls an Jugendliche richteten wie die Schülerzeitung „Hilf mit!“ (WWA P600/202).

Während der Auseinandersetzung mit dem Thema der Arbeit im Nationalsozialismus ist es unerlässlich, sich mit dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und ZwangsarbeiterInnen zu beschäftigen. So zeigt die eidesstattliche Erklärung von sieben Betriebsratsmitgliedern der Schachtanlagen Gneisenau und Scharnhorst vom 4. November 1946 den oftmals grausamen und menschenverachtenden Umgang mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern während ihres Arbeitsalltags. Das Thema kann anhand einer Vielzahl weiterer Quellen vergleichend behandelt werden, z. B. durch die Untersuchung von Dokumenten anderer Zechen oder aus anderen Wirtschaftszweigen.

Quellen

„Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“

Harpener. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 13 (1938), Nr. 9/IV, S. 97; WWA P 824



„Festtag der Arbeit“, Fotomontage

Harpener. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 11 (1936), Nr. 10/I, S. 35; WWA P 824



## Werkschirmänner und Arbeitskammeraden, herhören!

Das Jahr 1936 hat sich von uns verabschiedet. Ein Jahr der Arbeit, ein Jahr des Aufstiegs liegt hinter uns. Mancher Arbeitskammerad ist durch den Vierjahresplan wieder in Arbeit gekommen, mit tiefem Dant für unseren Führer im Herzen. An der Schwelle des neuen Jahres angekommen, können wir mit Stolz auf das verlossene Jahr zurückblicken. Die große Zeit, in der wir augenblicklich leben, läßt sich kaum in Worten beschreiben. Täglich erleben wir, wie sich sicher und stetig im deutschen Vaterlande ein neues, freies Geschlecht bildet, das sich durch seinen Opfergeist und seinen eisernen Willen den Weg zur Sonne erkämpft. Von Nord nach Süd, von Ost nach West können wir im Geiste die deutschen Gaue durchheilen, überall finden wir einen Gemeinschaftsgeist, wie ihn kein anderes Land der Erde aufweisen kann. Man wird mir sagen: „Nawohl, im Geiste, aber ich möchte die deutschen Gaue einmal selbst durchheilen.“

Meine lieben Werkschirmänner und Arbeitskammeraden, darauf wollte ich hinaus. Wozu haben wir die R.S.G. „Kraft durch Freude“. Sehen wir uns doch einmal die Berichte in den Tageszeitungen und die Aufrufe der R.S.G.-K.d.F. an, wie die Eisenbahnzüge und Autobusse unser schönes Vaterland durchheilen und die deutschen Menschen einander näherbringen, wie die K.d.F.-Schiffe die Meere durchkreuzen, um dem deutschen schaffenden Menschen fremde Völker und Länder zu zeigen. Muß es nicht herrlich sein, auf einem großen bequemen Schiff der K.d.F.-Flotte eine Urlaubsreise für billiges Geld zu machen, nach dem fernen Madeira oder den stillen Gewässern und herrlichen Fjorden unserer nördlichen Nachbarländer? Oder wer möchte nicht mit den K.d.F.-Sonderzügen durch herrliches deutsches Land fahren, hinein in die schweigende Bergwelt der bayrischen Alpen oder in den stillen Schwarzwald mit seinen prächtigen Menschen. Nicht zu vergessen unsere Grenzländer: den Osten unseres Reiches, mit seinen stillen Menschen und Dörfern, abgeschnitten vom Mutterlande, auf treuer Wacht stehend gegen unseren roten Widersacher im Osten, oder den Westen des Reiches mit dem tapferen Saarvolf, das den überragenden Abstimmungsrieg

am 13. Januar 1935 Lavontrug. Wer einmal eine K.d.F.-Fahrt an den wieder freien deutschen Strom im Rheinlande mitmachte, der wird sie nie vergessen. Wie fröhlich kreist auf einer solchen Fahrt der Becher mit herrlichem deutschen Wein, wie wird das Tanzbein geschwungen im Verein mit unseren Mädchen vom Rhein.

Alles in allem, ob in Nord oder Süd, Ost oder West, die Menschen sind sich nähergekommen. Wer möchte da nicht mittun. Nun sind wir Bergmänner allerdings nicht in der Lage, einmal unsere Lohn- und Abschlagszahlung zu nehmen und kurzerhand einen der K.d.F.-Züge zu besteigen, um unserer Arbeitsstätte für einige Zeit Lebewohl zu sagen. Nein, meine lieben Werkschirmänner und Arbeitskammeraden, so ist es auch nicht gemeint, sondern so: Die R.S.G.-K.d.F. hat eine Reisesparkarte herausgegeben, mit deren Hilfe man bequem im Laufe eines Jahres oder auch in einer kürzeren Frist eine K.d.F.-Reise ersparen kann. Wir haben eine ganze Reihe von Arbeitskammeraden auf unserer Schachtanlage, die sich Jahr für Jahr durch diese Einrichtung eine Urlaubsreise ersparen. Vorbildlich sind besonders unsere Gesteinshauer. Sage mir nun keiner: „Nawohl, ausgerechnet die Gesteinshauer mit ihren hohen Löhnen“. Daneben geraten, mein lieber Kohlenhauer oder Schichtlöhner. Versucht es einmal, kommt zum Vertrauensratszimmer, bestellt euch eine Reisesparkarte, und dann werden wir es zuerst einmal mit einer kleineren Fahrt versuchen. Dessen bin ich sicher, wer es einmal versucht hat, wird diese Einrichtung zu schätzen wissen und in Zukunft nicht mehr darauf verzichten können. Ganz besonders ergeht mein Ruf an unsere Werkschirmänner. Zeigt einmal, daß ihr auch da ganze Kerle seid, und verbringt euren diesjährigen Urlaub mit Hilfe der Reisesparkarte einige 100 Kilometer von eurer Arbeitsstätte entfernt. Neu gestärkt an Körper und Geist kehrt ihr dann zurück, um für unseren Führer und unser schönes deutsches Vaterland zu schaffen.

B ü s c h e r,

Mitglied des Vertrauensrates und Werkschirmführer Hugo H.

## „Zehn Gebote der Betriebsgemeinschaft“

Zechen-Zeitung der Schachtanlagen Minister Stein und Fürst Hardenberg/Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft 13 (1936), Nr. 12, S. 3; WWA P 179

# Zehn Gebote der Betriebsgemeinschaft<sup>\*)</sup>

## Führer eines Betriebes sein heißt:

1. Sei deiner Gefolgschaft an Leistung und Pflächterfüllung Beispiel und Vorbild. Sei nicht nur Techniker oder Kaufmann, sondern Menschenführer. Mache deinen Arbeitskameraden Zweck und Ziel ihrer Arbeit klar, mache sie stolz auf Erfolge deines Werkes. Gib allen deinen Gefolgschaftsleuten Gelegenheit, fertige Erzeugnisse deines Werkes zu sehen, besonders erstmalige Anfertigungen, mit echtem Wertstolz wird jeder einzelne dann um so lieber schaffen. Sprich Lob und Dank aus für treue Mitarbeit.

2. Sei wirklicher Führer deines Betriebes und nicht nur Vorgesetzter. Erziehe dich selbst zu dieser Aufgabe. Trage eigene Verantwortung und schiele nicht dauernd ängstlich nach Nebenmännern. Sei deiner Gefolgschaft ein wahrer Kamerad. Deinen Betriebswaller und deine Vertrauensmänner betrachte als getreue Berater zum Wohle aller Betriebsangehörigen. Fühle dich verantwortlich für das Wohl und Wehe deiner Arbeitskameraden und bringe dafür Opfer. Sorge dich mit deinem Mitarbeiter um dessen Sorgen. Nichte den Blick immer auf die große Gemeinschaft deines Betriebes, die zu fördern deine schönste Aufgabe ist.

3. Sei streng objektiv (sachlich) und gerecht. Gib Versprechungen nur, wenn du sie bestimmt erfüllen kannst. Ube klare, wohlwollende und nie verletzende Kritik. Entscheide nie im ersten Arger und laß dich nicht zu Beleidigungen hinreißen, sei immer beherrscht. Sei kein Rörgler, sei freundlich zu deinen Mitarbeitern. Treibe keine Günstlingswirtschaft. Erziehe geeignete Mitarbeiter zu tüchtigen Unterführern, du bist für deren Tun und Lassen verantwortlich.

## Vertrauensmänner sein heißt:

4. Seid beste Kameraden und Berater eures Führers des Betriebes, der Gefolgschaft seid im Betrieb Vorbilder an Leistung und Pflächterfüllung. Denkt daran, daß man in euch auch außerhalb des Werkes Vertreter eurer Betriebsgemeinschaft sieht und diese nach eurem Auftreten beurteilt. Tragt nicht kleinlichen Streit aus dem Betrieb, sondern bringt ihn mit eurem Führer des Betriebes in Ordnung. Erzieht eure Arbeitskameraden mit zur echten Betriebsgemeinschaft. Seid gerecht gegen jeden Volksgenossen im Wert, hütet euch vor Betriebsklatsch und Denunzianten, treibt keine Günstlingswirtschaft.

5. Seid treueste Berater der Gefolgschaft und arbeitet deshalb immer weiter an eurer Ausbildung und an der Vertiefung eurer sozialrechtlichen Kenntnisse und eures wirtschaftlichen Verständnisses. Gebt keinen Rat, wenn ihr nicht ganz sicher seid. Denkt nicht nur an das Wohl und die Wünsche eurer Arbeitskameraden, ihr seid nicht deren Interessen-Vertreter. Ihr habt Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betrieb zu stärken und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft zu dienen. Dazu gehört oft viel Verantwortungsbeiwußtsein.

6. Seid zu eurem Führer des Betriebes offen und habt Vertrauen, tragt nicht nach. Steht eure Ansicht im Gegensatz zu Wünschen der Gefolgschaft, habt Mut zur Wahrheit und Verantwortungsbeiwußtsein. Laßt euch nicht von Rörglern, Ewig-Unzufriedenen und Selbstmüchtigen beeinflussen. Gehet euren Weg gerade und aufrecht, handelt nach bestem Wissen und Gewissen. Führt euch mitverantwortlich für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im Betrieb. Ihr seid in erster Linie mit dazu berufen, den jugendlichen Mitgliedern eurer Gefolgschaft Berater und Helfer zu sein.

<sup>\*)</sup> Ein Treuhänder der Arbeit hat diese zehn Gebote der Betriebsgemeinschaft zum 1. Mai, dem Rationalisierungstag des deutschen Volkes, verfaßt. Wir veröffentlichen sie ihrer großen Bedeutung wegen heute an dieser Stelle.

## Gefolgschaftsmitglied sein heißt:

7. Wenn ihr von eurem Führer des Betriebes als Unterführer bestellt werdet, seid ihm treue Helfer und Stützen. Ihr müßt die euch anvertrauten Gefolgschaftsmitglieder streng, gerecht und einwandfrei behandeln. Auch ihr dürft nur sachliche und aufbauende belehrende und nie verletzende Kritik üben. Vermeidet alle Schimpfworte. Behandelt jeden Arbeitskameraden so, wie ihr selbst von euren vorgeordneten Stellen behandelt werden wollt. Ihr seid berufen, an der Ausbildung tüchtiger Menschen mitzuarbeiten und sie zu hochwertigen Facharbeitern zu erziehen. Auf solchen aber beruht die Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Seid euren Arbeitskameraden in jeder Weise Vorbild.

8. Steht als Gefolgschaftsmitglied in Treue zu eurem Führer des Betriebes. Führt euch dem Werke verbunden in guten und bösen Tagen. Habt Verständnis für die wirtschaftliche Lage eures Betriebes und die Sorgen, die dessen Führer oft schwer bekrücken. In Notzeiten bildet eine Notgemeinschaft. Die bestmögliche Leistung des Betriebes kommt nicht dem Unternehmer allein, sondern in erster Linie euch selbst zugute. Rechtfertigt Vertrauen durch treue Pflächterfüllung. Seid stolz auf euer Werk und euren jugendlichen Mitarbeitern Vorbild in der Arbeit und im Benehmen. Haltet untereinander alle, die ihr werksverbunden seid, treue Kameradschaft und erzieht euch gegenseitig.

9. Seht in euren Vertretern im Vertrauensrat, wenn sie durch größere Übersicht eure Wünsche einmal nicht vertreten können, nicht Verräter an euren Interessen. Wir kennen nur ein gemeinsames Interesse aller im Betrieb zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat Tätigen. Vermeidet Streitigkeiten untereinander. Tragt Zwist nicht aus dem Betrieb, hütet euch vor Denunziationen und Verdächtigungen, vor Gerüchten und Betriebsklatsch. Haltet untereinander auf anständiges Verhalten und hütet euch vor Schimpfereien und Beleidigungen. Auch eure Kritik sei immer sachlich und aufbauend, gute Vorschläge sind immer erwünscht, dauernde Rörgler und Besserwisser machen sich lächerlich.

## Betriebsgemeinschaft halten heißt:

10. Alle im Betrieb Tätigen müssen sich als Kameraden betrachten, deren Schicksal auf Gebeiß und Verderb aneinander gekettet ist. Alle müssen sich als Mitglieder einer Gemeinschaft fühlen, an der unermülich gearbeitet werden muß, nicht nur durch gelegentliche Kameradschaftsabende allein, sondern in mühsamer, dauernder Kleinarbeit und aus ehrlcher, anständiger Gesinnung und Überzeugung heraus. Dabei werden Meinungsverschiedenheiten und auch Streitigkeiten vorkommen. Sie im Betrieb ohne Anruf Außenstehender in Ordnung zu bringen, ist aller im Wert Tätigen schönste Aufgabe und besondere Pflicht. Der Gemeinschaftsgeist eines Betriebes ist in Ordnung, wenn der Führer mit Stolz von „seiner“ Gefolgschaft und die Gefolgschaft mit Vertrauen und Überzeugung von „ihrem“ Führer spricht. Darüber hinaus muß jeder, vom Führer des Betriebes bis zum letzten Jungarbeiter, durchdrungen sein von der wichtigen Aufgabe, über den Betrieb hinaus mitzuarbeiten an der großen deutschen Volksgemeinschaft und am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Dann erst erfüllt jeder, ohne Rücksicht auf seine Stellung im Betrieb, wirklich seinen Platz als deutscher Arbeiter im Dritten Reich und statet seinen Dank ab dem ersten, treuesten, unermülichsten und aufopferndsten Arbeiter des deutschen Volkes:

## Unserem geliebten Führer!

Mögen diese 10 Gebote weite Beachtung finden im Wirtschaftsgebiet Westfalen in den vielen Betrieben, die schon im gleichen Geist arbeiten. Den Betrieben aber, in denen noch nicht alles in Ordnung geht, sollen sie ein Ansporn sein zur Arbeit an der echten Betriebsgemeinschaft.

Das ist mein Wunsch zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes 1936!

## „Schutzhaft für Bergwerksdirektor“

Rheinisch-Westfälische Zeitung (1934); WWA F79 Nr. 1095



### Auszüge aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Gesamtvertrauensrats der VEW und angegliederter Gesellschaften, 3. August 1934

WWA F29 Nr. 93

#### Tagesordnung

- 1.) Gedächtnis für den Generalfeldmarschall von Hindenburg.
- 2.) Bericht des Führers der Betriebe über Jahresabschluß – Satzungsänderungen – Verlauf des Geschäftsjahres 1934 – Verschiedenes.
- 3.) Beratung des sachlichen Inhalts der neu zu erlassenden Betriebsordnung.
- 4.) Verschiedenes.

-----

Der Führer der Betriebe der VEW, Herr Direktor Müller, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und gedenkt zunächst in bewegten und zu Herzen gehenden Worten des dahingeshiedenen Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Sodann wird durch den Führer des Betriebes die Vereidigung eines neuen Vertrauensratsmitgliedes – Hassenpflug, Arnsberg – auf die bekannte Schwurformel vorgenommen.

Es wird dann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

[...]

Im Hinblick auf das günstige Ergebnis des Geschäftsjahres 1933 weist Direktor Müller die Vertrauensleute darauf hin, daß nun sicherlich nicht nur Gefolgschaftsangehörige, sondern auch Außenstehende kommen können und sagen: „Ihr seid ja nun so glänzend saniert, nun könnt Ihr ja ordentlich an die Erhöhung der Löhne und Gehälter und an die Verbilligung der Strompreise herangehen.“ Er macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß wir bis zum Jahre 1940 noch ungefähr 70 Millionen RM abzutragen haben, wobei nicht vergessen werden darf, daß wir die Betriebe aufrecht und modern erhalten müssen. Wir können nicht aus dem Vollen wirtschaften, sondern müssen genau so sparsam wirtschaften, wie wir das gewohnt sind und wie das früher vor dem Zusammenschluß sowohl in Bochum wie in Dortmund der Fall gewesen ist. Wir haben außerdem in Deutschland noch so viele Volksgenossen, denen es schlecht geht, daß wir nicht berechtigt sind, eine Insel des Wohlstandes zu errichten ohne Rücksicht auf die andern. [...]

Direktor Müller gibt sodann Kenntnis von den in der letzten Generalversammlung beschlossenen Änderungen der Satzung der VEW-AG. Er weist darauf hin, daß ent-

sprechend dem Führerprinzip und den Äußerungen des Ausschusses zur Neuformung des Aktienrechts insbesondere die Bestimmungen über die Befugnisse und die Verantwortung des Vorstandes geändert sind, wie sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Satzung liest Direktor Müller vor.

Über den bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1934 teilt Direktor Müller mit, daß die Schuldentilgung weitere erfreuliche Fortschritte gemacht hat und daß das Gesamt Konzern-Ergebnis ungefähr dem entspricht, was in unserem Voranschlag gesagt ist. Bedauerlich ist aber, daß sowohl die Zechen wie die Gaswerke erhebliche Verluste aufweisen. Wenn diese Betriebe nur mit +- 0 arbeiten würden, dann wäre unser Reingewinn in den ersten 5 Monaten des Geschäftsjahres 1934 um rd. 1,2 Millionen RM höher. [...]

Alsdann weist Direktor Müller darauf hin, daß heute die erste Sitzung des Gesamt-Vertrauensrates der VEW und angegliederten Gesellschaften sei und benutzt die Gelegenheit, um die gewählten Vertrauensräte zu begrüßen und sie zu ermahnen, sich des Vertrauens würdig zu erweisen, das die Gefolgschaft durch die Wahl in sie gesetzt habe. Er verliest dann einige Paragraphen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, insbesondere über die Rechtsstellung des Vertrauensrates, alsdann über die in § 6 genannten Aufgaben. Direktor Müller betont, daß er auf die Beratung durch den Vertrauensrat besonderen Wert lege. Die Erfahrung der letzten Monate habe ihm gezeigt, daß einzelne Vertrauensräte sich nicht klar sind, wo die Grenzen ihrer Beratungstätigkeit liegen, da sie aus einer beratenden Tätigkeit zu einer Forderung an der Mitleitung übergegangen sind. [...]

Er verlange vom Vertrauensrat vor allem **L e i s t u n g e n**; wenn der Vertrauensrat Vorbild und vertrauenswürdiger Arbeitskamerad sein will, an den sich jeder mit vollem Vertrauen wenden könne, dann müsse er vor allem selber etwas leisten und insbesondere einen vorbildlichen Lebenswandel führen. Wenn er (der Führer der Betriebe) bei dem letzthin vorgekommenen traurigen Fall eines Vertrauensratsmitgliedes nicht sofort die auf Grund des geleisteten Schwures notwendigen Konsequenzen gezogen habe, dann nur deshalb nicht, weil die Partei als solche

ihr Urteil noch nicht gesprochen hatte und er nicht päpstlicher hätte sein wollen als der Papst. Inzwischen seien aber von der Partei die Konsequenzen gezogen und die Folge müsse sein, daß auch er den notwendigen Weg ginge.

Direktor Müller weist nochmals besonders darauf hin, daß er an alle Mitglieder der Vertrauensräte erhöhte Forderungen stellen müsse. Es sei ihm z. B. ganz unverständlich, daß ein Mitglied eines Vertrauensrates beim Personalchef vorstellig werde und über sein eigenes zu geringes Gehalt und zu niedrige Spesen meckere. Das Vertrauensratsmitglied habe zu allererst für seine Kameraden zu sorgen und erst dann für sich selber. Wenn in Zukunft nochmals ein Vertrauensratsmitglied für sich etwas herausholen wolle, würde er keinerlei Rücksicht nehmen und den Betreffenden entlassen. [...]

Den stellvertretenden Führern [der Betriebe] empfiehlt Direktor Müller dann, grundsätzlich allmonatlich eine Zusammenkunft mit ihren Vertrauensräten abzuhalten, am zweckmäßigsten dann, wenn die monatliche Betriebsübersicht vorliegt, sodaß dann gleichzeitig die ganze Lage des Unternehmens geschildert werden kann. Es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder des Vertrauensrates das Recht haben, ohne den Führer der Betriebe Besprechungen abzuhalten. Dabei kann es sich aber nur um Vorbesprechungen handeln; Sitzungen des Vertrauensrates können nur stattfinden, wenn der Führer oder der stellvertretende Führer des Betriebes dabei ist. [...]

Im Herbst d.J. sollen Kurse für die Vertrauensräte eingerichtet werden, in denen ihnen besonders der Inhalt des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit nähergebracht werden soll. Herr Friese wird beauftragt, das weitere in die Hand zu nehmen und Vorschläge zu machen.

Der Führer der Betriebe macht ferner – veranlaßt durch einen Fall, der sich allerdings vor dem 1. Mai abgespielt hat – darauf aufmerksam, daß die Vertrauensräte bei irgendwelchen Beschwerden über Zustände in den Betrieben diese zu allererst dem Führer des Betriebes zu unterbreiten haben und nicht, wie in dem erwähnten Fall, damit an die SA oder direkt an den Treuhänder der Arbeit gehen. Ein Vertrauensrat, der, ohne die durch das Gesetz vorgeschriebenen Möglichkeiten im Betriebe ausgenutzt zu haben, sich an

eine außenstehende Stelle wendet, wird in Zukunft ausnahmslos entlassen. [...]

Direktor Müller regt weiter an, daß die NSBO oder DAF bzw. die Gefolgschaft allmonatlich einmal einen zwanglosen Abend festsetzen, der spätestens um 11 Uhr beendet sein soll, damit nur ganz wenig Geld ausgegeben werden kann. Ohne dabei auf die Musik verzichten zu wollen, sollen die Abende jedoch so eingerichtet werden, daß eine vernünftige Aussprache möglich ist. Er bittet darum, diese Abende bei den einzelnen Betrieben und Bezirksdirektionen nicht alle auf einen Tag zu legen, damit er selbst auch an

verschiedenen solcher Abende teilnehmen könne. [...]

Auf eine weitere Anfrage bemerkt Direktor Müller, daß selbstverständlich alle Arbeitskameraden Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein müssen und daß er eine dahingehende Bestimmung unter Punkt II der Betriebsordnung mit unterbringen würde. Diejenigen Arbeitskameraden, die bisher nicht Mitglied der DAF sind, sollen nach Wiederbeginn der Aufnahmemöglichkeit schriftlich zum Eintritt aufgefordert werden. Wenn sie sich dazu nicht bereitfinden sollten, sind sie dem Führer des Betriebes zu melden. [...]

## Soll der Junge Bergmann werden?



Es ist schon etwas Besonderes um den Bergbau und den Bergmann. Uralt wie die des Bauern, ist die Geschichte des Bergmanns. Glänzende Epochen der Vergangenheit wären ohne seine Arbeit und ihr Ergebnis nicht gewesen, und die Aufgaben der Gegenwart könnten nicht ohne ihn und seinen Einsatz erfüllt werden. — Kohle, Erz, Kali, Steinsalz und Erdöl, das sind Rohstoffe aus unserem Boden, die für uns so lebenswichtig sind wie das tägliche Brot. Ohne diese Rohstoffe, die der Bergmann zutage fördert, gäbe es gar keine moderne Wirtschaft, gäbe es unzählige Dinge nicht, mit denen wir im täglichen Leben zu tun haben und die erst Millionen in anderen Berufen schaffender Menschen Arbeit und Brot vermitteln. Unsere ganze Wirtschaft in allen ihren Zweigen, und damit auch unser eigenes Leben selbst, bauen sich zum entscheidendsten Teil auf dem Bergbau auf.

Was daher der Bergmann in der Reihe der schaffenden Menschen unseres Volkes bedeutet, ist ganz klar und braucht hier nicht näher erläutert zu werden. Vom Bergmannsstand aber, von der Arbeit des Bergmanns und von der Heranbildung des bergmännischen Nachwuchses, da macht man sich vielfach noch eine ganz falsche Vorstellung. Das ist gerade in dieser Zeit zu bedauern, in der es von staatspolitischer Bedeutung ist, daß der Bergbau so viel Nachwuchs hat, wie er für die Erfüllung seiner Aufgaben auf lange Sicht benötigt.

Wer heute den Bergmannsberuf ergreift, der wendet sich einem der ersten Facharbeiterberufe zu, einem Beruf, in den die Tüchtigsten und Fähigsten gehören. Hier haben sie eine sichere Zukunft und bei Bewährung die besten Aufstiegsmöglichkeiten.

Es muß wieder der Stolz der Bergmannsöhne und ihrer Väter sein, bei der Berufswahl dem Bergmannsstand den Vorzug zu geben, und es soll sich jeder, der nicht an eine bergmännische Tradition anknüpfen kann, es als eine Ehre anrechnen, wenn er Bergmann geworden ist.

**Der Bergbau des Großdeutschen Reiches hat eine Zukunft!**

**Und der deutsche Bergmann darum auch!**

Darum richtet sich auch diese Schrift an die Jungen und an die Eltern. Sie ruft die Jugend zum Bergbau und damit in einen Berufsstand, dem der erste Platz unter den Schaffenden des deutschen Volkes gebührt!

**Bergjungmann beim Sport**

Der deutsche Bergbau ruft dich! (um 1940), S. 34; WWA D 4007



**Eidesstattliche Erklärung von sieben Betriebsratsmitgliedern der Schachtanlagen Gneisenau und Scharnhorst vom 4. November 1946 betreffend den Einsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen**

WWA S1/I NI-6026

[...]

1. Jeder von uns hat während des Krieges 1939/46 [sic!] in den oben genannten Zechen der Harpener Bergbau A.-G. gearbeitet.
2. In unserem Betriebe waren sowohl Tschechen als auch Polen beschäftigt die zuerst mit einem Verträge und freiwillig zu uns kamen. Dann wurden belgische und französische Kriegsgefangene eingestellt. Nach denen kamen ukrainische Zivilarbeiter, die jedoch nicht freiwillig kamen. Nach denen russische Kriegsgefange[n]e Mannschaften und schließlich italienische Militärinternierte. Mit Ausnahme einiger Belgier waren alle oben genannten Fremdarbeiter und Kriegsgefangene[n] der Arbeit im Bergbau fremd.
3. Zivilarbeiter mit Ausnahme der Ostarbeiter lebten in Baracken, welche nur zu Beginn von einem zum Teil bewaffneten Werkschutz bewacht waren, aber nach einem halben Jahr durften sie sich frei bewegen. Ostarbeiter und Kriegsgefangene lebten in einem mit Stacheldraht umzäunten Lager, welches auch bewacht war.
4. Frem[d]arbeiter und Kriegsgefange[n]e hatten dieselben Arbeitszeiten wie die deutsche Belegschaft und zwar: 8  $\frac{3}{4}$  Stunden unter Tag und 10 Stunden über Tag.
5. Bezüglich der Verpflegung kamen Klagen über Tag als auch unter Tag vor. Die Leute bekamen viel zu wenig zu essen, es war bei der schweren Arbeit, die geleistet wurde, „zum leben zu wenig, zum sterben zu viel.“ In unserem Betrieb gab es sowohl Missstände bei der Lebensmittelverteilung als auch bei der Kleiderverteilung. Die Verpflegung der Italiener und Russen waren gesondert [sic!]. West und Ostverpflegung waren separiert. Unter die Ostverpflegung fielen Russen und Ostarbeiter, unter die Westverpflegung alle anderen. Die Verpflegung war so unzureichend, daß wenn wir den Leuten nicht oft selber etwas von unseren eigenen, mageren Rationen mitgebracht hätten, wären noch viele mehr an Hungertyphus gestorben.
6. Tätliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Leute wurden ohne irgendeinen triftigen Grund geschlagen. Die Direktion hatte Übergriffe auch noch selber unterstützt. „Wenn sie nicht ordentlich arbeiten, dann tretet sie eben in den Hintern“. All dies wurde stillschweigend geduldet und gefördert. Offiziell wollte man es eben nicht sehen. Es kann aber keine deutsche Stelle bei uns im Betriebe heute sagen, daß sie von den Mißhandlungen nichts gewusst hätte. Es kann sich wohl keiner der Angestellten und oberen Beamten davon freisprechen, diese armen Menschen mißhandelt zu haben. Um Ihnen einen besonders krassen Fall zu schildern: Der Abwehrbeauftragte, Obertruppführer der SS, Paul St[...], hat am 13. November 1944 einen Russen mit einer Eisenstange totgeschlagen. Solche Fälle kamen manchmal vor.
7. Wenn Fremdarbeiter flüchteten oder sonst durchgingen und wieder eingefangen wurden und zur Arbeit kamen, erzählten sie uns, daß sie von St[...] und allen seinen Anhängern, aus denen er den Werkschutz gebildet hatte, im Lager windelweich geprügelt worden waren.
8. Die genaue Zahl der Sterbefälle können wir nich[t] angeben, da uns der Einblick fehlt.
9. Im Falle, daß ein Mann nicht genügend arbeitete, mußte er die Zeit nacharbeiten oder wurde mit einer Verkürzung seiner Verpflegung bestraft.
10. Belohnungen für Zivilarbeiter die gut arbeiteten bestanden darin, indem wir versuchten ihnen Arbeitskleidung, Schuhe etc zu besorgen. Für Kriegsgefangene die sich bewährten, konnten wir Rauchermarken bekommen.
11. Was das Alter der Ausländer betrifft, so konnten wir nur feststellen, daß schon Kinder von 14 Jahren in der Grube beschäftigt waren. Die Schamröte stieg uns Deutschen ins Gesicht, als wir sahen, daß diese Kinder überhaupt in die Grube kamen, und daß sie noch dazu

dieselbe Arbeitszeit durchzuarbeiten hatten wie wir. Nach einigen Wochen kam dann eine Verordnung raus, welche besagte, daß Jugendliche unter 16 Jahren nicht mit Preßluftgeräten arbeiten dürften. Sie wurden dann zu Aufräumungsarbeiten oder zum Legen neuer Schienen unter Tage verwendet.

12. Was die sanitären Verhältnisse betrifft kam es sowohl bei uns als auch bei den Fremdarbeitern oft vor, daß Leute vom Arzt als gesund geschrieben wurden, obzwar sie krank waren. Für die Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen gab es einen Lagerarzt und Rote-Kreuz-Gehilfen im Lager selber. Die Waschanlagen,

Waschräume und Brausen und die Seifenzuteilung waren für die Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen dieselben wie unsere eigenen Anlagen und Zuteilungen.

Wir haben die vier Seiten dieser eidesstattlichen Erklärung sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengezeichnet, haben die notwendigen Korrekturen in unserer Handschrift vorgenommen [...] und erklären hiermit unter Eid, daß die in dieser eidesstattlichen Erklärung von uns angesprochen[en] Tatsachen nach unserem besten Wissen und Gewissen der vollen Wahrheit entsprechen [...].

# Der Ruhrkohlenbergbau und seine Bedeutung für die Kriegswirtschaft

## Adressaten

Klasse 9 bis einschließlich Sekundarstufe II

## Methodisch-didaktische Anregungen

### Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler...

- können das NS-Wirtschaftssystem und den Vierjahresplan charakterisieren und ökonomischen Theorien zuordnen.
- können die Bedeutung von Devisen und die Autarkiebestrebungen im Rahmen des Vierjahresplans erläutern.
- können die außenpolitische Situation zu Beginn des Zweiten Weltkriegs beschreiben und die Ziele des nationalsozialistischen Regimes benennen.
- vermögen den Begriff des „Totalen Kriegs“ zu definieren und auf den Zweiten Weltkrieg anzuwenden und können insbesondere das Zusammenspiel zwischen „Front“ und „Heimatfront“ erläutern.
- können den Kriegsverlauf bis zum Jahre 1943 grob skizzieren und die Situation innerhalb der deutschen Städte beschreiben.
- sind in der Lage, Quellen in Beziehung zueinander zu setzen, auf Basis von Kategorien – „Anspruch und Wirklichkeit“ – ein Urteil zu bilden und zu formulieren.

### Ausgewählte Quellen und Zielrichtung eines Archivbesuchs

Anhand des Artikels „Die Kohle als Devisenbringer“ von Dr. Wilhelm Fischdick ist es möglich, die nationalsozialistische Auslegung politischer Ereignisse und Maßnahmen nachzuvollziehen, z. B. den Überfall auf Polen, der hier als Rückerwerb von nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen Gebieten gedeutet wird. Zudem eignet sich der Text dazu, die propagandistische Instrumentalisierung von statistischen Fakten aufzuzeigen. In einem weiteren Schritt ist es möglich, das Kriegsgeschehen standortgebunden mit den in der Quelle dargestellten Thesen abzugleichen. Weiterhin ist der Text ein Beispiel für die Bedeutung von Devisen im Gefüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik unter dem Vierjahresplan.

Der Artikel „Auch Kaninchenzucht hilft im Vierjahresplan“ des auf der Zeche Gneisenu beschäftigten Hauers Heinrich Rodegro bricht die Zielsetzung des Vierjahresplans auf die niedrigste ökonomische Ebene – den Privathaushalt – herunter. Teilhabe an den Kriegsbemühungen durch Sparsamkeit und

ganzheitliche Ressourcennutzung zeigt sich hier nicht nur aus rein praktischer Perspektive, sondern wird wiederum als inkludierendes Element in die Volksgemeinschaft genutzt. In Kombination mit dem Artikel Fischdicks ist so die faktische Ausrichtung der gesamten Wirtschaft und der Bevölkerung auf die Anforderungen des Kriegs nachzuvollziehen.

In allen Bereichen galt es, die Ressourcen bis zum Äußersten zu nutzen und die Produktion zu steigern, z. B. durch die Anordnung von Pflichtschichten an Feiertagen und unbezahlten Panzerschichten. Die Abschrift der Danksagung Hermann Görings für das Verfahren einer solchen Panzerschicht im August 1943 spiegelt die Anforderungen des „totalen Krieges“, zu dem Joseph Goebbels bereits im Februar 1943 in der sogenannten Sportpalastrede aufgerufen hatte, wider. Sie ist ein Beleg für die wachsenden Belastungen, die der Krieg für die Wirtschaft und für die Arbeiter mit sich brachte. Charakteristisch gefärbt mit Durchhalteparolen und Hetze gegen die Alliierten, stellt sie ein typisches propagandistisches Dokument dar, das

hier branchenbezogen für die allgemeine Motivationstaktik des nationalsozialistischen Regimes steht.

So groß die Anstrengungen der Unternehmen und somit die Belastungen für die Arbeiter auch waren, so schwierig wurde es mit zunehmendem Kriegsverlauf, das Leistungsniveau der Industrie aufrecht zu erhalten. Aus dem Bericht der Werksdirektion Gneisenau gehen die realen Probleme in den Betrieben hervor, denen die Ansprüche der nationalsozialistischen Politik an die Wirtschaft gegenüberstanden - angefangen mit den Folgen der Bombenangriffe, den Auswirkungen auf die Wasserversorgung durch die Zerstörung der Möhnetalsperre bis hin zur verringerten Arbeitsleistung, weil das Fachpersonal zur Wehrmacht eingezogen wurde und nur unzureichend durch Zwangs-

arbeiter ersetzt werden konnte. Diese konnten aufgrund mangelnder Ausbildung und körperlich schlechter Verfassung kaum eine vergleichbare Leistung erbringen.

Diese Quelle schließt das Kapitel inhaltlich ab und bildet das Gegengewicht zu den vorab geschilderten Maßnahmen zur Steigerung der Produktion und den Anforderungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Der kategoriale Gegensatz ‚Anspruch und Wirklichkeit‘ findet hier seine Realisierung und kann bei einem Archivbesuch durch weitere Berichte aus den Betrieben ergänzt werden. Somit trägt diese Einheit zur Bildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins bei, da multiperspektivische Ansätze verbunden mit einem lokalen Beispiel die Situation in der unmittelbaren Lebenswelt „Ruhrbergbau“ ausführen.

## Quellen

### **Dr. Wilhelm Fischdick: Die Kohle als Devisenbringer**

Harpener. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 14 (1939), Nr. 23/III, S. 228; WWA P 824

Eine wichtige Frage zum englischen Blockadeversuch

Generalfeldmarschall Göring hat in seiner großen Rede bei Borsig, als er die Aussichten des englischen Blockadeversuchs einer kriegswirtschaftlichen Kritik unterzog, auf die Rolle hingewiesen, die die Kohle als deutscher Ausfuhrartikel spielt. Die Kohle ist einer der wichtigsten Devisenbringer, die uns zur Verfügung stehen, und mit deren Hilfe der Ertrag unserer eigenen Landwirtschaft und unserer Bodenschätze durch Einfuhr ergänzt werden kann. Es lohnt sich, diesen Möglichkeiten etwas ausführlicher nachzugehen.

Vorweg ist darauf hinzuweisen, daß alle Einwände der Art hinfällig sind, es liege in Englands Hand, die Exportkohle nicht aus Deutschland hinaus- und die Gegenwerte nicht hereinzulassen. Die Landwege nach Osten stehen von vornherein offen, ohne daß eine ernsthafte Behinderungsmöglichkeit vorhanden wäre. Was die Seewege betrifft, so dürfte gegen englische militärische Maßnahmen wohl erstens unsere militärische Ab-

wehr, zweitens aber auch unsere Möglichkeit ins Gewicht fallen, die Belieferung englischer Märkte zu verhindern und diese teilweise selbst in die Hand zu nehmen. [...]

Unser eigener, durch Kriegswirtschaft gesteigerter Verbrauch dürfte zunächst einmal mehr als sichergestellt sein durch den Rückerwerb in Oberschlesien. Bei diesem Rechnungsposten ist zu bedenken, daß die Lagerungsverhältnisse in Ostoberschlesien nicht schlechter, sondern eher noch besser sind als im dauernd deutsch verbliebenen Westoberschlesien. Während aber in Westoberschlesien die Förderung 1925-1938 von 47,8 auf 85,5 Millionen Tonnen, also um nahezu 80 Prozent gesteigert wurde, stieg die Förderung im damals polnischen Ostoberschlesien im selben Zeitraum von 25,8 auf 28,7 Mill. t, d. h. um nur wenig mehr als 11 Prozent. Dabei ist dieser damals polnisch gewordene Teil des Reviers mehrfach so groß, wie der deutsch verbliebene. Man kann sich also vorstellen, wie dort die Förderung aussehen kann, wenn die Gruben nach der polnischen Vernachlässigung erst wieder instandgesetzt sein werden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß ganz allgemein die deutsche Kohlenförderung bis jetzt von Jahr zu Jahr gesteigert worden ist, und daß sie mindestens einen Rückgang so bald nicht erleben dürfte. Dies trifft auch auf die Braun-

kohle zu, von der wir nun besonders zu reden haben.

Als Ausfuhrgut unmittelbar kommt die Braunkohle wenig in Betracht; sie ist aber darum in diesem Zusammenhang keineswegs etwa unwichtig. Eine Steigerung des Braunkohlenertrages ist in mancher Hinsicht leichter als eine solche bei der Steinkohle, weil es bei der Steinkohle in höherem Grade auf die Zahl der Bergleute ankommt, die mehr oder weniger angelegt werden können. Bei der Braunkohle indessen entscheidet in weiterem Umfange der Einsatz von Abbaumaschinen. Schon seit Jahren ist die relative Steigerung der Förderung bei der Braunkohle beträchtlich stürmischer als bei der Steinkohle, und auch diese Bewegung dürfte anhalten. Eine gesteigerte Braunkohlenförderung aber ist volkswirtschaftlich darum so wichtig, weil im inländischen Verbräuche vielfach Braunkohle an die Stelle von Steinkohle treten kann. In der Gesamtrechnung wirkt sich dies natürlich so aus, daß Steinkohle für andere Zwecke, also auch für solche der Ausfuhr frei wird.

In der Provinz Posen aber liegen z. B. noch Braunkohlenfelder, auf denen die Polen einen erschreckenden Förderungsrückgang haben eintreten lassen, so daß gegenwärtig Braunkohle dort fast gar nicht mehr gefördert wird. Auch hier liegt eine wirtschaftliche Reserve, die noch ins Gewicht fallen dürfte. Zu einer weiteren Möglichkeit, Kohle für den Export freizustellen, kann überdies fast jeder von uns an seinem Teil mit beitragen, nämlich auf dem Wege der Sparsamkeit im Kohleverbrauch überhaupt. Was die Kohle verbrauchende Industrie betrifft, so ist hier kaum ein Wort zu verlieren. Was in ihrem Bereiche geschehen kann, geschieht selbstverständlich, denn hier vollzieht sich ja jede Feuerung unter den Augen fachkundiger Ingenieure, die um die Mittel und Wege wissen, wie man Kohle so verheizt, daß jede Verschwendung vermieden wird. Anders aber ist es im Hausbrand, wo die Herde und Oefen von Laien bedient werden. Nach sachkundigen Schätzungen weisen allein in Berlin mehr als eine halbe Million Oefen und Herde irgendwelche z. T. kleine Mängel auf, die sich leicht und mit geringem Geldaufwand abstellen lassen, deren Folgen aber alle auf einen unnötigen Kohleverbrauch hinauslaufen [...].

Wenn es gelingen würde, die Besitzer dieser Oefen dazu zu bringen, daß sie den

Ofensetzer zum Nachsehen und Ausbessern bestellen, so könnte für die Ausfuhr von Steinkohle eine weitere Riesenquote mobilisiert werden. Auch diese würde nicht verfehlen, bei der Blockade-Abwehr wirksam in Erscheinung zu treten.

### **Heinrich Rodegro: Auch Kaninchenzucht hilft im Vierjahresplan**

Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 14 (1939), Nr. 6/III, S. 67f.; WWA P 824

Im Rahmen des Vierjahresplanes nimmt auch die Kaninchenzucht eine nicht unwichtige Stellung ein. Ihre Aufgaben bestehen darin, Fleisch, Felle und Wolle als wertvolle Ergänzung zum deutschen Bedarf in möglichst großer Menge und mit besten Eigenschaften zu erzeugen. Dieses kann nur durch eine wirtschaftlich betriebene Zucht erzielt werden. Zur Förderung der Kaninchenzucht stehen auch, wie im vergangenen Jahre, vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft Staatszuschüsse zur Verfügung. Das ist für uns Züchter ein besonderer Ansporn, der Parole „Kampf dem Verderb“ zu folgen und mitzuhelfen an der Erringung der Nahrungsfreiheit und Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands. Millionen Werte verkommen jährlich durch Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit. Das geschieht leider auch oft beim Kaninchenzüchter. Das Tier wird geschlachtet und das Fleisch zwar sorgfältig behandelt, aber das Fell achtlos beiseite geworfen. Nach ein paar Tagen ist es in Fäulnis übergegangen und damit für den Züchter und die Fellindustrie verloren. [...]

Doch das Fell ist nicht das einzige Erzeugnis der Kaninchenzucht. Sie muß sich heute noch viel wirtschaftlicher gestalten, und zwar durch Fleisch- und Wollerzeugung. Dafür ist natürlich entsprechende Pflege notwendig. Wie jedes Lebewesen Licht und Luft zum Gedeihen braucht, so muß auch den Kaninchen ein einwandfreier luftiger Stall, richtige Ernährung und entsprechende Pflege gegeben werden. Ein Tier, das in einer dunklen Kiste sitzt, die nur ab und zu gereinigt wird, kann keine wirtschaftlichen Erfolge zeitigen. [...]

Der Reichsverband deutscher Kleintierzüchter hat 20 verschiedene Stalltypen anerkannt, und für einen Neu-, Um- oder Einbau nach ihren Maßen wird eine Beihilfe von

3,- RM je qm Bodenfläche gewährt. Außerdem muß sich der Antragsteller der Beratung eines dem Reichsverband angeschlossenen Kaninchenzuchtvereins unterstellen. Die Fütterung der Tiere soll nach Möglichkeit mit Abfällen aus Küche und Garten erfolgen. [...]

Folgende durchgezüchtete Rassen wurden von der Reichsfachgruppe Kaninchenzüchter als Wirtschaftsrassen anerkannt: Angora, Blaue und Weiße Wiener, Französische Silber, Deutsche Silber, Deutsche Widder, grau und weiß, Groß-Chinchilla und Klein-Chinchilla. Das Angorakaninchen mit seiner Wolllieferung steht an erster Stelle. Es ist die einzige Rasse, die sich schon zu Lebzeiten bezahlt macht. Den teuersten und wertvollsten Spinnstoff, den die Textilindustrie verarbeitet, gewinnen wir vom Angorakaninchen. Leider wird noch viel zu wenig von dieser wertvollen Wolle erzeugt. Der Bedarf der deutschen

Industrie ist etwa 10mal so groß wie die heutige Erzeugung. Es kann also jeder mithelfen, die dringend notwendige Wollerzeugung zu steigern. Wenn so ein kleines Tierchen mehr als 300 Gramm Wolle jährlich liefert und für ein Kilo bis zu 30,- RM bezahlt werden, wird jeder ermessen, daß sich die Zucht wohl lohnen kann. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gibt Zuschüsse für diejenigen, die sich Angorahäsinnen zulegen, in einer Höhe bis zu 10,- RM. Es ist also heute jedem leicht gemacht, sich eine Zucht anzulegen, an der er bei Fleiß und Sorgfalt bestimmt seine Freude haben wird.

Klein und bescheiden ist das Kaninchen. Man sieht es ihm wahrhaftig nicht an, was für Werte in ihm stecken. Die Kaninchenzucht wird deshalb auch heute noch oft belächelt; wie sehr zu Unrecht, das sollte dieser Aufsatz beweisen.

Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr  
der Wirtschaftsgruppe Bergbau

---  
G.-Nr. B 430  
1941: Rundschreiben Nr. 130  
Hausruf Nr. 4

Essen, den 8. April 1941.

An unsere Mitglieder!

1.) Für die Arbeit am Karfreitag bitten wir, die in der Anlage beigefügte Bekanntmachung zum Aushang zu bringen. Wie in der Bekanntmachung hervorgehoben, sieht der Reichswirtschaftsminister die von der Bergbehörde zugelassene Feiertagsarbeit als Pflichtarbeit an. In gleicher Weise bringt der Vorsitzende der Reichsvereinigung Kohle die Erwartung zum Ausdruck, dass am Karfreitag voll gefördert wird. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, dass auch die Gauleiter und die Deutsche Arbeitsfront sich morgen mit einem Appell an die Bergleute wenden.

Hiernach sind diejenigen Arbeiter, die der Arbeit ohne genügende Entschuldigung fernbleiben sollten, als willkürlich Feiernde anzusehen. Lediglich begründete Abmeldungen, wie sie auch an normalen Tagen angenommen werden, sind selbstverständlich auch für den Karfreitag zulässig.

2.) Gleichzeitig fordert der Reichswirtschaftsminister in dem angeführten Erlass, dass die von der Reichsbahn am Ostermontag zusätzlich, also über das übliche Ausmass der an Sonn- und Feiertagen gestellten Wagen unter allen Umständen beladen werden. Die Zechen werden hierüber vom Kohlen-Syndikat noch unterrichtet werden. Auch in diesem Falle sieht der Reichswirtschaftsminister für die infrage kommenden Arbeiter die Tätigkeit am Ostermontag als Pflichtarbeit an. Für diese Arbeit ist ein Zuschlag von 100 % zu zahlen. Die Arbeiter erhalten also denselben Verdienst wie die an diesem Tage zur Arbeit verpflichteten Arbeiter der durchgehenden Betriebe.

Glückauf und Heil Hitler!  
Die Geschäftsführung:  
Sogemeier  
*2/ einstellige anspielend*  
**1/ Zu den Akten.**  
10/4/41  
Jo

Beantw. am: 11. April 1941  
34477 - 2. IV. 41  
Bergbau  
Ag.

*Zur Verfügung*  
*10/4/41*

Männer des deutschen Bergbaus!

Unter Anspannung aller Kräfte habt Ihr die Kohlenförderung in den letzten Jahren gesteigert. Durch Euren Fleiß und Eure Mühe konnte der wachsende Bedarf an Kohle, dem wichtigsten Grundstoff unserer Rüstungsindustrie, gedeckt werden.

Obwohl Euer Werktag besonders schwer ist, schwerer als der fast aller anderen Berufe, habt Ihr zusätzlich Sonntagsarbeit geleistet. Darüber hinaus habt Ihr noch freiwillig eine "Panzerschicht" verfahren, bei der Ihr auf Euren Lohn zugunsten der Herstellung von Waffen für die deutsche Wehrmacht verzichtet habt. Ihr habt damit der heldenhaft ringenden Front ein leuchtendes Beispiel von dem Einsatz und der Haltung der Heimat gegeben.

Für Eure Anstrengungen und Euren Opferwillen danke ich Euch herzlich. Meine besondere Anerkennung gilt den Arbeitskameraden im luftbedrohten Westen, die trotz des brutalen Feindterrors ihre Pflicht unverzagt erfüllt und in ihrem Schaffenseifer nicht nachgelassen haben.

Für die Zukunft unseres Volkes und Reiches habt Ihr in gemeinsamer Anstrengung unter den harten Voraussetzungen des Krieges Leistungen vollbracht, die denen unserer tapferen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft ebenbürtig sind.

Hermann Göring

**Auszüge aus dem Bericht der  
Werksdirektion Gneisenau an das Bergamt  
Dortmund 1 vom 29. Januar 1944 zur Lage  
des Betriebs 1943**

WWA F79 Nr. 1279

An das  
Bergamt Dortmund 1  
Dortmund

-----  
Ihr Zeichen: 808/4      Ihr Schr.v. 19.12.34  
Unser Zeichen:  
Dortmund-Derne, den 29.1.1944  
Betr.: Hauptverwaltungsbericht Zeche Gnei-  
senau/Scharnhorst

1. Allgemeine Beurteilung und Entwick-  
lung des Bergwerksbetriebes

Die arbeitstägliche verwertbare Förderung konnte im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nicht gehalten werden, weil die Möhnetsperrenkatastrophe am 17. Mai und der Terrorangriff am 23. Mai Förderstörungen größeren Ausmaßes verursachten. Hinzu kam, daß im Laufe des Jahres immer mehr Mitglieder unserer Stammebelegschaft zur Wehrmacht einberufen wurden und nur durch leistungsschwache Ausländer, u. a. italienische Militärinternierte ersetzt werden konnten. Insgesamt kann man die Leistung der Ausländer mit etwa 50-60% - gemessen an der Leistung der deutschen Gefolgschaft - angeben. Das Bestreben mußte dahin gehen, die Ausländer in immer größerem Umfang selbständig einzusetzen, weil sich das Verhältnis von Stammebelegschaft zu Ausländern ständig steigend zugunsten der Ausländer verschiebt. Insbesondere kam es darauf an, den Ausländern die Arbeit mit dem Abbauhammer zu übertragen, was auf besondere Schwierigkeiten stieß.

Die Materialknappheit nahm dauernd zu. Insbesondere traten Schwierigkeiten bei der Belieferung mit Gummitransportbändern auf, die im laufenden Jahre zu größeren Störungen Anlaß geben müssen, wenn nicht bald eine Besserung dieser Lage eintritt. Wegen Mangels an Ausbaueisen mußte in steigendem Maße Holz verwendet werden, was zur Vergrößerung des Schichtenanfalles (Reparaturhauerschichten) beitrug.

Die Unsicherheit in den Lieferzeiten und in den Lieferterminen äußerte sich recht nachteilig auf einen einigermaßen regelmäßigen Betrieb.

2. Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Nachfrage nach Kohlen und Koks war im Berichtsjahr sehr groß.

Um den gestellten Anforderungen nachkommen zu können, wurden an 23 Sonn- und Feiertagen Pflichtschichten und am 28.2.43 eine Panzerschicht verfahren. [...]

4. Größere Betriebsstörungen

Infolge des Wassermangels im Kraftwerk, verursacht durch die erwähnte Möhnetsperrenkatastrophe – mußte der Betrieb kesselhausseitig eingeschränkt werden, so daß 8 Tage lang eine wesentlich geringere Förderung zu Tage gebracht wurde. Als die Hauptstörungsursachen am 23. Mai beseitigt waren, erfolgte in der Nacht vom 23. zum 24. Mai der Großangriff auf Dortmund, wobei die Zeche Gneisenau zum Stilliegen kam. Die Wasserhaltungen wurden zunächst durch Fremdstrom, dann mit eigenem Strom in Betrieb gehalten. Die Förderung wurde erst am 31. Mai mit etwa 25% wieder aufgenommen. Der Tagesbetrieb wurde am 15. Juni wieder in vollem Umfange aufgenommen mit Ausnahme des Koks kohlenturms und der Umfüllanlage, für welche eine provisorische Verladeeinrichtung für den Transport der Koks kohle inzwischen geschaffen war.

Die Benzolfabrik der Kokerei wurde ebenfalls durch Feindeinwirkung am 23. zum 24. Mai zerstört. Mit deren Wiederaufbau wurde sofort begonnen. Am 12. August konnte das erste Benzolvorprodukt wieder erzeugt werden. Die Gefolgschaft ist durch diese Produktionsausfälle nicht benachteiligt worden.

Der Wiederaufbau der Betriebsanlagen hat sich infolge Versagens der zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte (O.T.) bedauerlicherweise sehr verzögert. [...]

6. Arbeiterverhältnisse

a) Wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Belegschaftswechsel

Die Gefolgschaft war im Berichtsjahr bis auf die Ausfälle durch Fliegerangriffe, bei denen die ausgefallenen Schichten bezahlt wurden, voll beschäftigt. [...]

Der Hauerdurchschnittslohn stieg im Durchschnitt des Jahres 1943 auf 10,57 RM gegenüber 10,49 RM im Jahre 1942.

Weiterhin wurde das Einkommen durch die schon im Jahre 1942 zugebilligten Sonderzuwendungen für regelmäßig verfahrenere Pflichtschichten günstig beeinflusst. Die Höhe der Zuwendungen betrug wie im Vorjahre für unter Tage Beschäftigte 2 - 3,50 RM und für den Tagesbetrieb 1,50 - 3,- RM. Außerdem gewährte die H.B.A.G. ein Weihnachtsgeld.

Die schon in den Jahren 1941 und 1942 üblichen zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten für Ölsardinen, Tabakwaren und Trinkbranntwein konnten der Gefolgschaft auch im Berichtsjahr geboten werden. [...]

Durch Einberufung von Gefolgschaftsmitgliedern der Jahrgänge 1900-1926 gingen etwa 12 % der deutschen Belegschaft ab, während nur wenige Gefolgschaftsmitglieder vom Militär entlassen wurden.

Auf Gneisenau nahm die Zahl der Ausländer und Kriegsgefangenen gegenüber

dem Vorjahr um etwa 40 % zu, auf Scharnhorst stieg die Zahl der Ausländer und Kriegsgefangenen gegenüber dem Vorjahr von 219 auf 352. Der Ausfall der Kriegsgefangenen durch Krankheit und Unfall war nicht außergewöhnlich hoch.

#### b) Wohnungswesen

Die Schachtanlagen Gneisenau und Scharnhorst haben 673 Beamten- und Arbeiterwohnhäuser mit zus. 2376 Wohnungen abzüglich 306 Wohnungen, die durch den Bombenangriff im Mai 1943 total beschädigt sind = 2070 Wohnungen. [...]

Die Ausländerlager [sic] der Schachtanlagen Gneisenau und Scharnhorst wurden durch den Bombenangriff fast völlig zerstört. Ihr Wiederaufbau sowie derjenige der beschädigten Koloniewohnungen verzögerte sich sehr durch den Mangel an Facharbeitern. [...]

# Das Verhältnis zwischen Staat und Unternehmer im Ruhrbergbau während des Nationalsozialismus

## Adressaten:

Sekundarstufe II

## Methodisch-didaktische Anregungen

### Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler...

- sind in der Lage, in der Quelle enthaltene historische Bezüge, z. B. zur Politik Stresemanns, zu erläutern.
- können das nationalsozialistische Wirtschaftssystem unter dem Vierjahresplan als gelenkte Wirtschaft charakterisieren und ökonomischen Theorien zuordnen.
- sind in der Lage, die wirtschaftspolitische Lenkung des NS-Regimes als Beschränkung der unternehmerischen Freiheit im historischen Kontext zu beurteilen.
- können die Funktion der Nürnberger (Industrie-)Prozesse im Kontext der Nachkriegsordnung und Denazifizierung Deutschlands erläutern.
- können das Handeln historischer Akteure und deren Motive bzw. Interessen im Spannungsfeld von Offenheit und Bedingtheit beurteilen.

### Ausgewählte Quellen und Zielrichtung eines Archivbesuchs

Wie die Eröffnungsansprache des Geheimen Bergrats Ewald Hilger auf dem 14. Deutschen Bergmannstag in Essen am 29. September 1933 dokumentiert der Beitrag des Staatswissenschaftlers Paul Osthold zum fünfzigjährigen Bestehen des Vereins für die bergbaulichen Interessen die Bereitschaft des Bergbaus zur Mitarbeit bei der „Rettung von Volk und Vaterland“, insbesondere bei der Überwindung des Klassenkampfes durch die Verwirklichung der von den Nationalsozialisten fortwährend als höchstes Ideal propagierten Volksgemeinschaft. Hinter der Betonung der nationalen Gesinnung und den Loyalitätsbekundungen gegenüber dem neuen Regime, wie sie in den Worten Hilgers und in der von Osthold zitierten Rede Ernst Brandis deutlich zum Ausdruck kommen, stand nicht zuletzt das Bestreben, Eingriffe von Partei und Staat in die Wirtschaft zu verhindern.

Dass diese Strategie nicht vollständig aufging, zeigt das von Staatssekretär Landfried unterzeichnete und bemerkenswerter Weise nicht an den Vorstand, sondern an Friedrich Flick, den Vorsitzenden des Auf-

sichtsrats und Mehrheitsaktionär der Harpener Bergbau-AG, gerichtete Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom 5. März 1940, das sich auf die rückwirkend zum 1. Januar von Walther Funk und Hermann Göring angeordnete Abtretung von Zechen und Grubenfeldern der Harpener Bergbau-AG an die Steinkohlegewerkschaft der Reichswerke Hermann Göring bezieht. Harpen büßte damit mehr als ein Drittel der Förderkapazität und ein knappes Viertel der Koksproduktion ein. Im „Austausch“ erhielt das Unternehmen u. a. sämtliche Betriebe der Eintracht Braunkohlenwerke AG in Welzow/N.-L und Teile der Anlagen der Niederlausitzer Kohlenwerke AG, darunter drei verpachtete Brikettfabriken. Alle diese Betriebe hatten zuvor dem in Aussig/Nordböhmen ansässigen Ignaz Petschek-Konzern gehört und waren durch Arisierung an die Reichswerke gefallen. Einzelheiten der Transaktion sind in der von Generaldirektor Ernst Buskühl und Vorstandsmitglied Rüdiger Schmidt für die Harpener Bergbau-AG sowie den Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitgliedern Heinrich Flothow und Hans Conrad Delius für die Steinkohlegewerkschaft der Reichswerke unterschriebenen Vereinbarung vom 9. De-

zember 1939 zu finden, die dem Schnellbrief als Anlage beigelegt wurde und hier, soweit sie Harpen betrifft, in Auszügen wiedergegeben wird.

Anhand dieser Quelle können der Einfluss des Staates und Eingriffe in die unternehmerische Freiheit deutlich reflektiert werden. Hierbei können im Unterricht Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven der Unternehmer innerhalb des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems beleuchtet und Fragen nach dem Totalitätsanspruch des NS-Staats aufgegriffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das wegen der massiven Substanzverluste für Harpen ungünstige, gegen den Widerstand des Vorstands von Flick durchgesetzte Tauschgeschäft nicht nur durch staatlichen Druck zustande kam. Davon nämlich profitierte – neben den Reichswerken, die sich so die notwendige Steinkohlenbasis für das Hüttenwerk in Salzgitter verschafften – in erster Linie Friedrich Flick, der sich bereits seit 1937 bemüht hatte, Braunkohlenbetriebe der Industriellenfamilie Petschek in seinen Besitz zu bringen, um die Brennstoffversorgung seiner Mitteldeutschen Stahlwerke sicherzustellen. Nachdem er von Göring per Vollmacht mit der alleinigen Führung der Verhandlungen mit den Gruppen Julius und Ignaz Petschek in Prag bzw. Aussig beauftragt worden war, gelang es Flick im Mai 1938, den größten Teil der Anhaltischen Kohlenwerke und der Werschen-Weißenfelder Braunkohlen AG aus dem Besitz von Julius Petschek günstig zu erwerben.

Mit der von Reichswirtschaftsminister Funk und Reichsinnenminister Frick am 3. Dezember 1938 erlassenen, im Wesentlichen von einem Juristen des Flick-Konzerns entworfenen „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ war dann der Weg für die Enteignung und Aufteilung des Braunkohlenimperiums von Ignaz Petschek frei. Durch den nach längeren Verhandlungen zwischen Flick und Pleiger im März 1940 abgeschlossenen Tauschvertrag erhielt Flick nun die seit Jahren ersehnten Betriebe der

Eintracht Braunkohlenwerke und der Niederlausitzer Kohlenwerke. Dass die Transaktion, wie von Flick gewünscht, auf staatliche Anordnung erfolgte, gab ihm die Möglichkeit, seine Rolle als Hauptakteur und Profiteur bei der Petschek-Arisierung nach außen hin zu verschleiern.

Im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen und der Nürnberger Prozesse bzw. der sechs Nachfolgeprozesse manifestierte sich allgemein die Annahme, es habe in der nationalsozialistischen Diktatur eine kleine Gruppe führender Personen gegeben, bei denen infolge ihrer maßgeblichen Mitwirkung fast ausschließlich die Verantwortung für die begangenen Verbrechen zu suchen sei. Erst rund fünfzig Jahre später öffnete sich die Perspektive auf die Täter bzw. Verantwortlichen, und auch abseits von Politik und staatlicher bzw. juristischer Autorität wurde die Frage nach der Mitwisser- und Mittäterschaft gestellt.

Im wissenschaftlichen Diskurs werden oft autobiografische Quellen herangezogen, um auszuleuchten, welche apologetischen Motivstrategien von einzelnen Personen verfolgt wurden. Die Auszüge aus einem Manuskript Friedrich Flicks, das als Selbstauskunft über seine unternehmerische Tätigkeit und seine politische Orientierung angelegt war, bieten eine gute Möglichkeit, um genau diese Entkräftungsmechanismen herauszuarbeiten und zu analysieren. Der faktische Aussagegehalt des Dokuments kann allerdings nur bestimmt werden, wenn es z. B. im Rahmen eines weiterführenden Archivbesuchs in den Kontext anderer Quellen gestellt wird, sodass die Aussagen Flicks auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden können. Es bietet sich an, diese Quelle am Ende einer Lerneinheit bzw. einer Unterrichtsreihe zu behandeln, da sie viele unterschiedliche Herangehensweisen eröffnet, die Lernenden für die Kontextgebundenheit von Dokumenten sensibilisiert, einen zeitlichen Abschluss für das übergreifende Thema bildet und die historische Urteilsbildung fördert.

## Quellen

### **Bekanntnisse von Ernst Brandi zur „Nationalen Erhebung“ in einer Rede vor der Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 1. April 1933**

Paul Osthold: Fünfundsiebzig Jahre „Bergbau-Verein“, in: Jahrbuch für den Ruhrkohlenbezirk 31 (1933), S. XIV; WWA P1/33

Am 1. April 1933 legte der Bergbau-Verein auf seiner Generalversammlung durch den Mund seines Vorsitzenden Dr.-Ing. eh. Brandi, ein Bekenntnis zur Nationalen Erhebung ab. Dr. Brandi sprach die Bereitwilligkeit zu einer rückhaltlosen Mitarbeit an den großen Aufgaben zur Rettung von Volk und Vaterland aus. Den besonderen Hoffnungen, die der Bergbau-Verein mit dem großen geschichtlichen Umschwung verbindet, gab er folgenden eindringlichen Ausdruck: „Es sind ganz große, hohe Ziele, die sich die heutige nationale Regierung unter Führung Hitlers und seiner gewaltigen Volksbewegung gesteckt hat: die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft, die Entproletarisierung der arbeitenden Massen, die Schaffung einer wachsenden Zahl selbständiger, bodenständiger Menschen mit Besitz und Eigentum, die Wiederherstellung des nationalen Staats nach deutschen Begriffen und in deutscher Kultur, ehrlich, arbeitsam und sparsam in Innern, wehrhaft nach außen, in Ansehen und wiedergewonnener nationaler Würde und Ehre. Wir sind bereit, an diesem großen Werke mitzuwirken und uns der neuen Regierung voll zur Verfügung zu stellen, im besonderen sind wir bereit, bei der Herstellung der Volksgemeinschaft mitzuwirken und mit unsern Arbeitern, von denen uns nicht länger Feindschaft, Mißtrauen und Klassenhaß trennen darf, sondern die mit uns in der Werksgemeinschaft, in einer großen Fähnrigemeinschaft innerhalb unserer Werke und Industriezweige zusammenstehen müssen... Ein neuer Ethos der Arbeit [sic!], ein neuer Begriff der Zusammenarbeit als weitgefaßte Werksgemeinschaft wird uns alle beseelen müssen, aber auch ein verstärktes Verantwortungsbewusstsein für die Pflicht des Führertums und für die Besitz- und Eigentumsverwaltung!“

### **Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 5. März 1940 betreffend den „Austausch von Steinkohle gegen Braunkohle zwischen Reichswerken Hermann Göring und Harpener Bergbau A.-G.“ und Auszüge aus der Anlage (Vereinbarung zwischen den Reichswerken und Harpen vom 9.12.1939)**

WWA F 79 Nr. 464

An die  
Harpener Bergbau A.-G.,  
z. Hd. Herrn Dr. Friedrich Flick  
in Berlin W 9  
Bellevuestr. 12 a

Mit meinem Erlaß vom 18.1.1940 – II Bg 24936/39 – habe ich mich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß der Vertrag über den Tausch von Steinkohle gegen Braunkohle auf der Grundlage der Abschnitte A bis G des mir vorgelegten Protokolls vom 9.12.1939 abgeschlossen wird. Zu den im abschliessenden Teil des Protokolls enthaltenen Punkten teile ich folgendes mit:

- a) Die Regelung der Steuerfrage unterliegt der Zuständigkeit des Herrn Reichsministers der Finanzen. Nach der von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums in der Besprechung vom 15.12.1939 gegebenen Zusage wird das Reichsfinanzministerium alles tun, um die steuerliche Belastung bei dem Besitzübergang möglichst gering zu halten. Nähere Vereinbarungen hierüber sind in den Verhandlungen der Beteiligten mit dem Reichsfinanzministerium zu treffen.
- b) In Anerkennung der dem Austausch von Steinkohle gegen Braunkohle zugrunde liegenden Umstände erkläre ich mich bereit, im Rahmen der volks- und kohlenwirtschaftlichen Gesamtbelange die Bestrebungen der Harpener Bergbau A.G. auf Wiederaufbau ihrer abgegebenen Förderkapazitäten nachdrücklich und bevorzugt zu unterstützen. Sollten der Harpener Bergbau A.G., solange sie infolge der Abgabe der Zechen nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen beim Syndikat zu erfüllen, Nachteile irgendwelcher Art entstehen, so erkläre ich mich bereit, zur Abwendung dieser Nachteile einzugreifen. [...]

In Vertretung  
gez. Dr. Landfried

## Austausch von Steinkohle gegen Braunkohle

Durch den Beauftragten für den Vierjahresplan und den Herrn Reichswirtschaftsminister ist zur Schaffung einer ausreichenden Steinkohlenbasis für die Reichswerke „Hermann Göring“ ein Austausch zwischen Steinkohlenzechen an der Ruhr und Braunkohlenunternehmungen in Mittel- und Ostdeutschland angeordnet worden. In diesem Zusammenhang soll aus staatspolitischem Interesse die Harpener Bergbau-AG, die Zechengruppe Herne und Victoria und sonstigen Felderbesitz auf die Reichswerke übertragen.

Auf Grund dieser Anordnung haben die Unterzeichneten im nachstehenden die Grundlage für den Austausch festgelegt, um sie gemeinschaftlich dem Herrn Reichswirtschaftsminister zur Entscheidung zu unterbreiten. [...]

### A.

#### I. Harpen gibt an Sachsen ab:

1. Die Zechengruppe Herne mit den Zechen Recklinghausen I und II, Julia und v.d.Heydt,
2. die Zeche Victoria-Lünen mit den zu Herne und Victoria gehörenden Anlagen wie Kohlenfelder bzw. Gerechtsame, Grundstücke, Hafenanlagen, Gebäude, Maschinen usw.,
3. das an Victoria markscheidende Feld Preußen bis zum Muldentiefsten der Bochumer Mulde mit den dazugehörenden Grundstücken, Gebäuden usw.,
4. die Kuxe der Gewerkschaft Victoria-Fortsetzung mit sämtlichen Aktiven und Passiven, u. a. dem syndikatsfreien Feld Victoria-Fortsetzung,
5. das außerhalb der Markscheide des Feldes Victoria-Fortsetzung gelegene, Harpen gehörige Nachbargelände.

Ausgeschlossen von dieser Übertragung sind als unentbehrlich für Harpen bzw. als nicht betriebsgebunden an die übergehenden Zechen folgende Anlagen:

Der Buchenberg mit dem Frauen-Erholungsheim,

das Hafengelände des Hafens Preußen,

das für den Betrieb der Hafen-Anschlußbahn Gneisenau-Hafen Preußen erforderliche Gelände,

das Gelände von Preußen II nördlich des Muldentiefsten und östlich der Bahnlinie,

das Zentral-Laboratorium an der Lüneener Straße mit zugehörigen 26 Beamtenwohnungen,

das Sägewerk Recklinghausen.

An Kolonien im Felde Preußen gehen die Kolonien Lünen-Süd und Lünen-Gahmen über (mit Ausnahme der vorher genannten 26 Beamtenwohnungen). [...]

III. Harpen wird ferner der Gewerkschaft Sachsen die Felder Bayern, Maximilian und Prinz Schönaich bis zur westlichen Markscheide de Wendel mit sämtlichen zugehörigen Gebäuden und Grundstücken, soweit sie dem Veräußerer gehören, verschaffen.

IV. Harpen gibt von seiner Verkaufsbeteiligung am R.W.K.S. an die Gewerkschaft Sachsen 3,4 Mio t und eine in dieser Beteiligung von 3,4 Mio t eingeschlossene Koks-Verkaufsbeteiligung von 620.000 t ab.

V. Sachsen erhält von Harpen außerdem den vorstehenden Quoten entsprechende Anteile an den Beteiligungen von Harpen an dem R.W.K.S., den Syndikats-Handelsgesellschaften, der Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung, dem Benzol-Verband. [...]

### Abschließender Teil

a) Bei den vorstehenden Vereinbarungen sind die Unterzeichneten davon ausgegangen, daß der Austausch von Steinkohle gegen Braunkohle vollständig steuerfrei ohne irgendwelche nachteilige steuerliche Auswirkungen erfolgt.



# Die Einordnung unternehmerischen Handelns im Nationalsozialismus im wissenschaftlichen Diskurs

## Adressaten:

Sekundarstufe II

## Methodisch-didaktische Anregungen

### Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler...

- sind in der Lage, Ursachen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zu erläutern und vor diesem Hintergrund den Begriff „Machtergreifung“ kritisch zu reflektieren.
- können Verfahren der Analyse und Erörterungen von historischen Darstellungen zielgerichtet einsetzen, um die Aussagen des vorliegenden Textes für ihre Urteilsbildung zu nutzen.

### Ausgewählte Quelle und Zielrichtung eines Archivbesuchs

Die These Henry Ashby Turners – der Einfluss der Unternehmer und die Unterstützung der nationalsozialistischen Machtbestrebungen durch die Wirtschaft seien nicht maßgeblich an Hitlers Erfolg auf dem Weg zur Macht beteiligt gewesen – gilt bis heute als Initialzündung für eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Thema Verantwortung und Wirtschaft. Als einer der ersten Historiker in Nordamerika mit dem Schwerpunkt deutsche Geschichte – Weimarer Republik und Nationalsozialismus – hat Turner mehrere grundlegende Werke vorgelegt. In seinem 1972 erschienenen Buch „Faschismus und Kapitalismus in Deutschland“ setzt er sich mit den Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft auseinander und entkräftet die lange vorherrschende, marxistisch geprägte Perspektive, Hitler sei der politische Aufstieg vor allem durch die finanzielle Hilfe von Großunternehmern gelungen.

Der Auszug aus „Verhalten die deutschen ‚Monopolkapitalisten‘ Hitler zur Macht?“ kann in die Diskussion um das Scheitern der Weimarer Republik eingebunden oder aber kontrastierend zu John Heartfields Collage „Millionen stehen hinter mir“ (1932) betrachtet werden. Turners Argumentation bietet die Möglichkeit, neue Perspektiven für die Arbeit mit den in diesem Band vorgestellten

Quellen zu ergründen und trägt dazu bei, Schülerinnen und Schüler im multiperspektivischen Umgang mit Quellen zu schulen.

### Quelle

#### Henry Ashby Turner jr.: Verhalten die deutschen ‚Monopolkapitalisten‘ Hitler zur Macht?

Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 9-32; WWA A 879

Haben die deutschen Großunternehmer Adolf Hitlers Aufstieg zur Macht unterstützt? Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bleibt dies eine der wichtigsten ungelösten Fragen seiner Entstehung. Für Marxisten, oder wenigstens Linientreue, war die Beantwortung dieser Frage nie ein Problem. Seit jeher sahen sie im Nationalsozialismus eine Erscheinung des ‚Monopolkapitalismus‘ und in den Nationalsozialisten Handlanger der Großindustrie. Unter den Nichtmarxisten ist man sich dagegen nicht so einig. Einige stimmen der marxistischen Interpretation weitgehend zu, andere verwerfen sie. Die Mehrheit nimmt eine vorsichtige Position in der Mitte ein: sie versichert, daß einige Kapitalisten dem

Nationalsozialismus halfen, vermeidet aber eine genaue Analyse des Ausmaßes oder der Wirksamkeit dieser Hilfe. Zum einen ist die breite Streuung der Ansichten offensichtlich das Ergebnis ideologischer Unterschiede. Ein weiterer Grund ist jedoch das spärliche und manchmal zweideutige und oft dubiose Material, das allen früheren Studien über dieses Thema zugrunde liegt. Tatsächlich sind wenige Aspekte der Geschichte des Nationalsozialismus so unzureichend erforscht worden, wie dieser. Inzwischen sind neue Dokumente zugänglich geworden, und es ist an der Zeit das Problem noch einmal zu untersuchen.

Das neue Material bestätigt den weitverbreiteten Eindruck, dass die deutschen Großunternehmer von der Weimarer Republik nicht begeistert waren. [...]

Trotz ihrer reservierten Einstellung zum neuen deutschen Staat wurden die Großunternehmer durch die veränderten Verhältnisse nach der Revolution von 1918 politisiert. [...] In weit größerer Zahl als im Kaiserreich traten sie in die bürgerlichen, nicht-sozialistischen Parteien ein und versuchten, für sich oder ihre Sprecher Parlamentssitze zu gewinnen. Dabei war Politik jedoch für die meisten von ihnen jedoch mehr eine Angelegenheit von Interessen als von Ideologien. Wenn sie sich die Mühe machten, ihre politische Einstellung zu beschreiben, benutzten sie am häufigsten die Worte ‚national‘ und ‚liberal‘. Der Ausdruck ‚liberal‘, der im deutschen Sprachgebrauch schon immer problematisch gewesen ist, war es damals in Kreisen der Wirtschaft ganz besonders. Als Beispiel sei aus dem Brief eines Industriellen zitiert, der einem Bekannten schrieb: „Daß ich liberal bin im Sinne Friedrichs des Großen und Kants, wissen Sie genau.“

Obwohl die Großunternehmer an der Politik der Republik teilnahmen, fanden sie in ihr keine bestimmte politische Heimat. Von Anfang an verteilten sich ihre Sprecher auf die vier größten nicht-sozialistischen Parteien: die [Deutsche] Demokratische Partei, die Zentrumspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Volkspartei. [...]

Für das uns hier beschäftigende Thema ist jedoch entscheidend, ob die unübersehbar steigende Unzufriedenheit der Großunternehmer sie veranlaßte, während der letzten Phasen der Weimarer Republik Hitler und seine Bewegung zu unterstützen. Die Antwort lautet, aufs Ganze gesehen: nein.

Eine Einschränkung ist allerdings notwendig; denn es ist bekannt, daß bestimmte Industrielle – z.B. Fritz Thyssen, Erbe eines der großen Stahlwerke an der Ruhr – Nationalsozialisten Geld gaben. Prüft man jedoch, was man über die politische Einstellung der Großunternehmer weiß, wird schnell klar, daß die mit den Nationalsozialisten Sympathisierenden auffallen, gerade weil sie Ausnahmen waren. Daß man diese grundlegende Tatsache nicht erkannte, hat zu großen Übertreibungen geführt; man überschätzte die Bedeutung der Sympathisanten und betrieb sich zudem auf ungläubwürdige Quellen, etwa auf das Buch „I paid Hitler“, das unter dem Namen Thyssens veröffentlicht, tatsächlich aber nicht von ihm geschrieben wurde. [...]

Eine andere zähllebeige Legende betrifft Emil Kirdorf, der lange allgemein als eine Art ‚alter Kämpfer‘ aus der Industrie galt. Kirdorf, ein achtzigjähriger Veteran aus der Gründerzeit der deutschen Schwerindustrie nach 1871, war der erste wirklich bemerkenswerte Industrielle, der – im Jahre 1927 – Mitglied der NSDAP wurde. Aber trotz aller Lobreden, mit denen Hitler und die Parteipresse ihn während des Dritten Reiches überschütteten, war er weit davon entfernt, ein loyaler Nazi zu sein. 1928, nur etwas mehr als ein Jahr nach seinem Eintritt in die Partei, trat er verärgert wieder aus, eine Tatsache, die die Nationalsozialisten den Historikern lange erfolgreich verheimlicht haben. Erst 1934 trat er der Partei schließlich wieder bei. Auf persönlichen Befehl Hitlers wurde damals Kirdorfs Personalakte umgeschrieben, damit es schien, als sei er ununterbrochen Mitglied gewesen. Aber während der entscheidenden Jahre von 1929 bis 1933 war Kirdorf eine Stütze der Deutschnationalen Volkspartei, nicht der NSDAP. Sein Ruf als Schirmherr des Nationalsozialismus beruht nicht auf dokumentierten Tatsachen, sondern auf einem Mythos, der nach seinem Wiedereintritt in die Partei hauptsächlich von den Nationalsozialisten selbst geschaffen wurde, als sie den greisen Industriellen als ein Symbol der Respektabilität eifrig ausnutzten.

Der Grund für Kirdorfs Parteiaustritt ist für die Einstellung der meisten Großunternehmer zum Nationalsozialismus in den Jahren vor Hitlers Machtergreifung bezeichnend. Kirdorf zog sich nicht etwa zurück, weil die Nationalsozialisten antidemokratisch, ag-

gressiv nationalistisch oder antisemitisch waren (obwohl er selbst, wie die meisten Großindustriellen kein Antisemit war). Ihn trieb allein der soziale und wirtschaftliche Radikalismus des linken Flügels aus der NSDAP. Wie viele Millionen andere Deutsche bürgerlicher Herkunft, Großindustrielle eingeschlossen, zog ihn an dieser Partei ihr selbstbewußter Nationalismus und ihre unversöhnliche Feindschaft gegen den Marxismus an. [...]

Gewiß, es gab auch Ausnahmen von der Regel. Einige Großindustrielle gaben den Nationalsozialisten Geld, besonders seit den Reichstagswahlen von 1930, bei denen sie sich als wichtiger politischer Faktor erwiesen hatten. Manche dieser Zuwendungen sind allerdings am treffendsten als politische Versicherungsprämien zu bezeichnen, so etwa bei Friedrich Flick, einem Emporkömmling unter den Ruhrindustriellen, der es in den frühen dreißiger Jahren verstanden hatte, sich in den ‚Vereinigten Stahlwerken‘, Deutschlands größtem Stahlproduzenten, eine beherrschende Position zu sichern. Flicks spekulative Transaktionen und seine fragwürdigen Geschäfte mit dem Kabinett Brüning machten ihn gegen Presseattacken verletzlich und über die Einstellung künftiger Kabinette zu seinen Unternehmungen besorgt. Er entschloß sich deshalb, sein Geld über fast das gesamte politische Spektrum auszubreiten: von den liberalen und katholischen Parteien bis hin zur NSDAP. Flick mag ein bedauerliches Beispiel für einen politisch amoralischen Kapitalisten sein, ein begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus war er vor 1933 bestimmt nicht. Es fehlt auch jeder Hinweis darauf, daß er die Nationalsozialisten besonders großzügig bedacht hätte. Nach den im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß von Flick vorgelegten Unterlagen erhielten die Nationalsozialisten kaum mehr als symbolische Beiträge, vergleicht man diese mit den Summen, die ihren Gegnern zuflossen.

In ähnlicher Weise wie Flick war der Chemiekonzern IG Farben politisch aktiv. Seit sei-

ner Gründung im Jahre 1925 unterhielt er zu allen nichtsozialistischen Parteien Kontakte und ließ ihnen Spenden zukommen. [...]

Wie in den Fällen Flick und IG Farben wurde der größte Teil des Geldes, das den Nationalsozialisten aus der Industrie zufließte, überhaupt nicht oder wenigstens nicht in erster Linie mit dem Ziel gespendet, die NSDAP an die Macht zu bringen. Während Flick und die IG Farben so etwas wie eine politische Versicherung für den Fall einer nationalsozialistischen Machtübernahme abschließen wollten, versuchten andere, der nationalsozialistischen Bewegung eine andere Richtung zu geben. Sie hofften dies zu erreichen, indem sie ‚vernünftigen‘ und ‚gemäßigten‘ Nationalsozialisten Geld gaben, um deren Position zu stärken und dann die wirtschaftlich und sozial radikalen Tendenzen zu schwächen, die stets das größte Hindernis einer Zusammenarbeit zwischen Großindustrie und Nationalsozialismus waren. [...]

Diese Feststellungen sollen die deutschen Großunternehmer keineswegs freisprechen. Ihr politisches Verhalten bis zum Beginn des Dritten Reiches verdient kaum ein Lob. Indirekt trugen die Wirtschaftsführer auf verschiedene Weise zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei: sie unterließen es, die demokratische Republik zu unterstützen, sie bekämpften die Sozialdemokraten und Gewerkschaften mit blinder Feindseligkeit, sie halfen den reaktionären Kräften und besonders dem Papen-Regime, schließlich verliehen sie Hitler durch den Umgang mit ihnen Respektabilität. Einige trugen auch direkter zur Machtergreifung bei, durch Zahlungen an die Partei oder an einzelne Nationalsozialisten. Dies alles darf jedoch nicht dazu führen, die zentrale Tatsache zu übersehen, daß die große Mehrheit der deutschen Großunternehmer Hitlers Triumph weder gewünscht noch materiell zu ihm beigetragen hat. [...]

## **Glossar**

### **Sachbegriffe, bergbauliche Fachausdrücke, Abkürzungen**

#### **Abbauhammer**

mit Druckluft betriebenes Werkzeug zur Gewinnung der Kohle

#### **Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung, Deutsche**

Absatzorganisation für die Vermarktung des bei der Kokserzeugung als Nebenprodukt anfallenden schwefelsauren Ammoniaks, gegründet 1895

#### **Ausbau, Grubenausbau**

Stützelemente aus Holz oder Metall zur Offenhaltung und Sicherung von Grubenbauen gegen herabfallendes Gestein

#### **Benzol**

Destillat aus Steinkohlenteer, der bei der Kokserzeugung als Nebenprodukt anfällt

#### **Benzol-Verband**

Absatzorganisation für die Vermarktung des Benzols, gegründet 1918

#### **Bergassessor**

Beamter mit akademischer Ausbildung im höheren technischen Dienst bei der Bergverwaltung. Viele Bergassessoren wechselten nach der Ernennung u. a. wegen der höheren Gehälter aus den Bergbehörden in die Privatwirtschaft (Bergassessor a. D.) und setzten ihre Karriere als Bergwerksdirektoren oder Manager fort.

#### **Bergbau-Verein**

Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit Sitz in Essen, gegründet 1858. Der Interessenverband des Ruhrbergbaus verstand sich als Standesorganisation und berufener Verhandlungspartner der Behörden in allen den

Bergbau betreffenden Angelegenheiten mit den Schwerpunkten Recht, Steuern und Abgaben, Arbeiterverhältnisse, Bergtechnik, Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Absatz und Exportförderung. Während einzelne Aufgaben an neu gegründete Institutionen wie das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat (1893) oder den Zechenverband (1908) übergingen, verlagerte sich die Tätigkeit des Bergbau-Vereins vor allem seit der Jahrhundertwende verstärkt auf den technisch-wissenschaftlichen Bereich, was ihm nicht zuletzt das Überleben in der Neustrukturierung des industriellen Verbändewesens nach 1933 ermöglichte.

#### **Bergjungmann**

angelernter jugendlicher Bergarbeiter

#### **Bergmannstag, Deutscher**

Vereinigung von Fachleuten mit dem Zweck, die Mitglieder durch wissenschaftliche Vorträge und Besichtigungen mit dem aktuellen Stand der Bergtechnik vertraut zu machen. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen, die seit 1880 in der Regel alle drei Jahre stattfanden, waren Bergleute zugelassen, die ein Fachstudium an einer staatlichen Hochschule abgeschlossen hatten oder eine Führungsposition im Bergbau bekleideten, die Bergjuristen sowie die Dozenten an Bergakademien und Technischen Hochschulen.

#### **Betriebszellenobmann**

führender Funktionär der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) in den Betrieben

#### **Devisen**

Zahlungsmittel in ausländischer Währung

**Feierschicht**

wegen Absatzmangels oder aus anderen Gründen nicht verfahrene, unbezahlte Schicht

**Gedinge**

Leistungslohn, Akkordarbeit

**Gerechtsame**

Bergwerkseigentum, Gesamtheit der einem Bergwerk vom Staat verliehenen Grubenfelder

**Gewerkschaft**

ältere Rechtsform einer Bergwerksgesellschaft

**Grubenfeld**

vom Staat verliehener Teil der Lagerstätte, in dem ein bestimmtes Mineral abgebaut werden darf

**Hausbrand(kohle)**

Kohle, die für den Verbrauch im privaten Haushalt, aber auch in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe bestimmt ist

**IG Farben**

Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG, Chemiekonzern mit Sitz in Frankfurt/Main, gegründet 1925 durch Zusammenschluss von acht deutschen Unternehmen der Chemischen Industrie

**Kesselhaus**

Teil eines Kraftwerks, der der Dampferzeugung dient

**Kohlenhobel**

mit auswechselbaren Meißeln bestückte Gewinnungsmaschine, die die Kohle entlang der Abbaufrent abschält

**Kohlensyndikat**

Wirtschaftskartell, vertraglicher Zusammenschluss von eigenständig bleibenden Unter-

nehmen zu einer Vertriebsorganisation mit zentraler Preisfestsetzung und Regulierung der Fördermengen. Im Steinkohlenbergbau wurden derartige Syndikate für das Ruhrrevier, Oberschlesien, Niederschlesien, Sachsen, Niedersachsen, Bayern und das Aachener Revier gegründet, im Braunkohlenbergbau für das rheinische, das mitteldeutsche und das ostelbische Revier. s. auch Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat

**Kohlenwirtschaftsgesetz**

Durch das zeitgleich mit dem Sozialisierungsgesetz erlassene Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23.3.1919 und die Ausführungsbestimmungen vom 21.8.1919 wurde die Leitung der Kohlenwirtschaft einschließlich Ein- und Ausfuhr „nach gemeinschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reichs“ einem Reichskohlenrat übertragen. Ihm gehörten 60 Mitglieder an, darunter 15 aus den Reihen der Unternehmer und 18 im Bergbau beschäftigte Arbeiter und Angestellte sowie Vertreter des Kohlenhandels, der Kohlen verbrauchenden Industrie und des Kleingewerbes, der Eisenbahnen, der See- und der Binnenschifffahrt. Mit dem Kohlenwirtschaftsgesetz wurden außerdem die Stein- und Braunkohlensyndikate im Reichskohlenverband zusammengeschlossen. Er überwachte die Durchführung der Richtlinien und Entscheidungen des Reichskohlenrats, beaufsichtigte die „den Syndikaten obliegende Regelung der Förderung, des Selbstverbrauches und des Absatzes der Brennstoffe“, genehmigte die allgemeinen Lieferbedingungen der Syndikate und bestimmte die Verkaufspreise. Im August 1920 wurden die Organe der Kohlenwirtschaft (Reichskohlenrat, Reichskohlenverband, Reichskohlenkommissar) der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstellt. Mit dem „Gesetz über Änderung der kohlenwirtschaftlichen Bestimmungen“ vom 21.4.1933 wurde der Reichskohlenrat auf 32 Mitglieder reduziert, trat aber wohl nicht mehr zusammen. Im Dezember 1939 wurde er aufgehoben; seine Befugnisse gingen auf den Reichswirtschaftsminister, sein Vermögen auf den Reichskohlenverband über. Ansonsten blieb das Kohlenwirtschaftsgesetz – abgesehen von einzelnen Änderungen – über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus in Kraft, da wiederholte Versuche, es

an die wirtschaftspolitische Strategie des NS-Regimes anzupassen, u. a. am Widerstand der Syndikate gescheitert waren.

### **Kokskohlenturm**

turmartiger Bunker, in dem die für die Kokelei bestimmte Kohle gespeichert wird

### **Kolonie**

Siedlung mit werkseigenen Wohnhäusern für die Belegschaft

### **Kux**

Wertpapier, Anteil an einer bergrechtlichen Gewerkschaft

### **Militärinternierte, italienische**

Im Zuge der Gegenmaßnahmen, die die Wehrmacht nach dem Waffenstillstand zwischen den Alliierten und der Regierung Badoglio im September 1943 ergriff, wurden Hunderttausende Soldaten der ehemals verbündeten italienischen Armee in Italien, Südfrankreich und auf dem Balkan festgenommen, entwaffnet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland und in die besetzten Gebiete deportiert. Dort wurden sie häufig noch schlechter behandelt als die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

### **Mulde, Muldentiefstes**

trogartige Falte in der Erdkruste, entstanden durch Auffaltung der Gebirgsschichten; das Muldentiefste ist der am tiefsten gelegene Bereich der Mulde.

### **OKH**

Oberkommando des Heeres

### **OKM**

Oberkommando der Marine

### **OT**

Organisation Todt, nach ihrem Führer, dem Bauingenieur Fritz Todt (ab 1940 Reichsminister für Bewaffnung und Munition) benannte, 1938 gegründete und militärisch

organisierte Bautruppe. Sie wurde u. a. beim Bau von Straßen und Verteidigungsanlagen in Deutschland und in den besetzten Gebieten (Reichsautobahnen, Westwall, Atlantikwall, U-Boot-Bunker), aber auch bei der Beseitigung von Kriegsschäden eingesetzt.

### **Panzerförderer**

maschinelles Fördermittel unter Tage, mit dem das Fördergut in einer Stahlblechrinne mit Hilfe von an Ketten befestigten Mitnehmern stetig fortbewegt wird

### **Panzerschicht**

unbezahlte Sonderschicht zur Steigerung der Förderleistung zugunsten der Rüstungsproduktion

### **Pflichtschicht**

bezahlte Sonderschicht

### **Reichsbeauftragter für Kohle**

Leiter einer dem Reichswirtschaftsministerium unterstellten Behörde, eingerichtet 1939

### **Reichskohlenkommissar**

Im Zuge der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen im Ersten Weltkrieg wurde durch Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 24. und 28.2.1917 ein Reichskommissar für die Kohlenverteilung mit nahezu diktatorischen Vollmachten eingesetzt. Er war dem Reichskanzler unterstellt, führte die Aufsicht über die gesamte Kohlenförderung und war befugt, die Verteilung der im Inland erzeugten und aus dem Ausland eingeführten Brennstoffe „nach seinem Ermessen zu regeln“, wobei der Bedarf des Heeres, der Eisenbahn und der Rüstungsindustrie die höchste Priorität genoss. Nach dem Krieg kamen die Verhandlungen mit der Reparationskommission, die Verteilung der Lieferkontingente auf die einzelnen Kohlenreviere und Zechen sowie die Sicherstellung der Lieferungen als weitere Aufgaben hinzu. Die Lockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen in den 1920er Jahren wirkte sich auch auf die praktische Arbeit des Reichskohlenkommissars ab, der ab August 1920 dem Reichswirtschaftsministerium unterstand und neben der allgemei-

nen Beobachtung der Kohlenwirtschaft und der Mitwirkung in Fragen der Reparationslieferungen vor allem für die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Brennstoffen zuständig blieb. Am 14.12.1939 wurde das Amt des Reichskommissars für die Kohlenverteilung aufgehoben. Am Tag darauf ernannte Reichswirtschaftsminister Funk den im August 1939 von Göring zum Beauftragten für die Leistungssteigerung im Bergbau bestellten DAF-Funktionär Paul Walter zum Reichsbeauftragten für Kohle. Am 30.4.1940 wurde Walter von Funk zum Reichskohlenkommissar befördert und mit umfassenden Befugnissen auf allen Gebieten der Kohlenbewirtschaftung von der Ermittlung des Kohlenbedarfs und der Festlegung des Förderplans bis hin zur Verteilung der Brennstoffe und zur Verkehrsplanung für den Kohlentransport versehen. Da Walter offenbar eine Umorganisation der Kohlenwirtschaft bis hin zur Verstaatlichung des Bergbaus anstrebte und im Januar 1941 per Erlass die Unterstellung der Kohlensyndikate unter das Amt des Reichskohlenkommissars anordnete, kam es mit dem RWKS, mit Pleiger und den um die ihnen noch verbliebenen unternehmerischen Freiheiten besorgten Bergwerksgesellschaften zum offenen Konflikt, der mit einem Sieg der Unternehmer, der Absetzung des Reichskohlenkommissars, der ohnehin bei der Kohlenverteilung auf der ganzen Linie versagt hatte, und der Gründung der Reichsvereinigung Kohle am 21.4.1941 endete. Zum Nachfolger Walters als Reichsbeauftragter für Kohle und Leiter der Reichsstelle für Kohle war Pleiger bereits am 4.3.1941 von Funk ernannt worden.

### **Reichskohlenrat**

s. Kohlenwirtschaftsgesetz

### **Reichsstelle für Kohle**

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 4.9.1934 waren zur Rohstofflenkung, dem wichtigsten Instrument zur Steuerung der Industrieproduktion, zehn Überwachungsstellen gebildet worden, darunter die Überwachungsstelle für Kohle und Salz mit Sitz in Berlin, die am 18.8.1939 in Reichstellen zur Überwachung und Regelung des Warenverkehrs umbenannt wurden. Die Reichsstelle für Kohle war u. a. für die Aufstellung der Verteilungspläne zuständig.

Durch die Anordnung des Reichswirtschaftsministers über die Lenkung des Verbrauchs von Kohle vom 7.9.1939 wurden 12 Kohlenverteilungsstellen für den Stein- und den Braunkohlenbergbau errichtet, darunter die Kohlenverteilungsstelle für den westdeutschen Steinkohlenbergbau mit Sitz in Essen. Die Verteilungsstellen, die in Personalunion mit den Kohlensyndikaten geführt wurden, unterstanden der Reichsstelle für Kohle; ihre Leiter wurden vom Reichsbeauftragten für Kohle bestellt und abberufen. Im April 1940 wurde die Reichsstelle für Kohle zum Amt des Reichskohlenkommissars erweitert.

### **Reichsvereinigung Kohle (RVK)**

zentraler Lenkungsverband in der Kriegswirtschaft unter Leitung von Paul Pleiger, gegründet am 21. 4.1941 durch Zusammenschluss von Kohlenbergbau und Kohlenhandel. Die Initiative dazu ging von den Bergbauindustriellen aus, auch aus Opposition gegen die Machtansprüche, die Verstaatlichungspläne und die irrationale Kohlepolitik des Reichskohlenkommissars Walter. Die Gründung der RVK räumte der Industrie mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltungskompetenzen auf dem Kohlesektor ein. Als Dachorganisation der Kohlenwirtschaft war sie der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstellt und in erster Linie Ausführungsorgan der staatlichen Planung und Lenkung, aber bei der Erfüllung ihrer vom Staat gestellten Aufgaben relativ unabhängig. Diese Aufgaben erstreckten sich auf alle Bereiche der Kohlenwirtschaft, v. a. auf die Steigerung der Förderleistung, die Steuerung des Absatzes und die regionale Organisation der Kohlenverteilung, die Verkehrsplanung für feste Brennstoffe und die Verbesserung der „Lebensgrundlagen“ der deutschen Bergleute.

### **Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat (RWKS)**

Verkaufs- und Vertriebsorganisation für die Ruhrkohle, gegründet 1893 in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit dem Ziel, den ruinösen Wettbewerb der Zechen untereinander zu beenden. Über die Festsetzung von Beteiligungsziffern für jede Zeche regulierte das RWKS die Förderung, den Selbstverbrauch und den Absatz seiner Mitglieder. Dabei war es verpflichtet, alle Mitglieder entsprechend

ihrer Verkaufsbeteiligung gleichmäßig zu beschäftigen. Diese waren ihrerseits verpflichtet, die gesamte zum Verkauf bestimmte Produktion an Kohle, Koks und Briketts dem RWKS zu überlassen, das die Erzeugnisse im eigenen Namen und für Rechnung der Mitglieder vermarktete. Die Kohlenpreise wurden vom RWKS festgelegt, nach Inkrafttreten des Kohlenwirtschaftsgesetzes 1919 vom Reichskohlenverband auf Vorschlag des RWKS. Der Vertrieb erfolgte über Syndikatshandelsgesellschaften, an denen das RWKS beteiligt war und die in den ihnen zugewiesenen Bezirken das Alleinverkaufsrecht für die Ruhrkohle besaßen. Vom Vertrieb durch das RWKS ausgenommen waren u. a. der Zechenselbstverbrauch, also die für den Betrieb erforderlichen Brennstoffe, und die Deputatkohlen, die die Zechen ihren Arbeitern und Angestellten für Hausbrandzwecke überließen. 1934/35 wurden auch die Bergwerke des Aachener und des Saarreviers in das RWKS integriert. Im September 1945 trat es auf Anordnung der alliierten Militärregierung in Liquidation.

#### **RLM**

Reichsluftfahrtministerium

#### **Reparaturhauer**

qualifizierter Facharbeiter im Bergbau, zuständig für die Unterhaltung und Ausbesserung des Grubenausbaus

#### **Schrämmaschine**

Gewinnungsmaschine mit einer horizontal arbeitenden umlaufenden Meißelkette oder mit einer mit Meißeln bestückten drehenden Stange

#### **Schüttelrutsche**

maschinelle, mit geringer Neigung verlegte Fördereinrichtung, bei der das Fördergut auf einer ruckartig bewegten Stahlblechrinne fortbewegt wird

#### **Tagesbetrieb**

Gebäude und technische Anlagen eines Bergwerks über Tage, z. B. Aufbereitungsanlagen, Kraftwerke, Materiallager und Werkstätten

#### **Überschicht**

verlängerte Arbeitszeit; von der Zeche angeordnete oder zur Aufbesserung des Lohns freiwillig geleistete Mehrarbeit

#### **VEW**

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, 1925 gegründetes regionales Energieversorgungsunternehmen mit Sitz in Dortmund und eigenen Steinkohlenbergwerken

#### **Wasserhaltung**

Maßnahmen und Einrichtungen zur Sammlung und Hebung des Grubenwassers

#### **Werkschar**

Gruppierung von Mitgliedern der Partei und ihrer Gliederungen innerhalb der „Betriebsgemeinschaft“, zuständig für die politische Beeinflussung und Schulung der Belegschaft im Sinne des Nationalsozialismus

#### **Zechenverband**

Arbeitgeberverband des Ruhrbergbaus zur Vertretung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen, gegründet 1908. Er geht zurück auf den 1890 nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 auf Betreiben führender Mitglieder des Bergbau-Vereins entstandenen Ausstands-Versicherungs-Verband. So zahlte der Zechenverband von Streiks betroffenen Mitgliedern eine Entschädigung. Er blieb mit dem Bergbau-Verein von Anfang an durch die Personalunion in Vorständen, Vorsitz und Geschäftsführung eng verflochten. Nach langem Widerstand fand er sich im Spätherbst 1918 unter dem Eindruck der zahlreichen Streikbewegungen und der sich immer deutlicher abzeichnenden militärischen Niederlage bereit, die Gewerkschaften als gleichberechtigte Verhandlungspartner in Lohn- und Arbeitszeitfragen anzuerkennen; fortan vertrat er die Arbeitgeberseite in den Tarifverhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 verlor er einen großen Teil seiner Aufgaben und damit auch seine Existenzberechtigung; Ende Juni 1933 erfolgte die Auflösung.

# Quellenverzeichnis

## Die Organisation des Ruhrbergbaus und seine Einbindung in das nationalsozialistische Wirtschaftssystem

Auszüge aus der Eröffnungsansprache des Geheimen Bergrats Ewald Hilger auf dem 14. Deutschen Bergmannstag in Essen am 29. September 1933. Bericht über den 14. Deutschen Bergmannstag, Essen 1933, S. 16-18; WWA D 101/14.

Der Steinkohlenbergbau im organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft, 1935 Glückauf, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 71 (1935), S. 91; WWA P 164 71/1.

Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsbeauftragten für Kohle und die Kohlensyndikate über die Erweiterung der Reichsstelle für Kohle zum Amt des Reichskohlenkommissars vom 30. April 1940; WWA F35 Nr. 3261.

Dr. Robert Ley: Anfassen an wichtigster Stelle! Der deutsche Bergbau ruft dich! (um 1940), S. 2; WWA D 4007.

## Der Topos der Arbeit im Nationalsozialismus und seine ideologische Einordnung

„Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“. Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 13 (1938), Nr. 9/IV, S. 97; WWA P 824.

„Festtag der Arbeit“, Fotomontage. Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 11 (1936), Nr. 10/I, S. 35; WWA P 824.

„Werkschärmänner und Arbeitskameraden, erhören!“ Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 12 (1937), Nr. 2/IV, S. 23; WWA P 824.

„Zehn Gebote der Betriebsgemeinschaft“. Zechen-Zeitung der Schachtanlagen Minister Stein und Fürst Hardenberg/Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft 13 (1936), Nr. 12, S. 3; WWA P 179.

„Schutzhaft für Bergwerksdirektor“. Rheinisch-Westfälische Zeitung (1934); WWA F79 Nr. 1095.

Auszüge aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Gesamtvertrauensrats der VEW und angegliederter Gesellschaften, 3. August 1934; WWA F29 Nr. 93.

„Soll der Junge Bergmann werden?“ Der deutsche Bergbau ruft dich! (um 1940), S. 2; WWA D 4007.

Bergjungmann beim Sport. Der deutsche Bergbau ruft dich! (um 1940), S. 34; WWA D 4007.

Eidesstattliche Erklärung von sieben Betriebsratsmitgliedern der Schachtanlagen Gneisenau und Scharnhorst vom 4. November 1946 betreffend den Einsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen; WWA S1/I NI-6026.

## Der Ruhrkohlenbergbau und seine Bedeutung für die Kriegswirtschaft

Dr. Wilhelm Fischdick: Die Kohle als Devisenbringer. Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 14 (1939), Nr. 23/III, S. 228; WWA P 824.

Heinrich Rodegro: Auch Kaninchenzucht hilft im Vierjahresplan. Harpen. Werkzeitschrift der Harpener Bergbau-A.G. 14 (1939), Nr. 6/III, S. 67f.; WWA P 824.

Rundschreiben der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau zur Arbeit am Karfreitag vom 8. April 1941; WWA F79 Nr. 475.

Danksagung des Reichsmarschalls Hermann Göring für das Verfahren einer Panzerschicht. Anlage zum Rundschreiben der Bezirksgruppe Ruhr vom 26. August 1943; WWA F79 Nr. 475.

Auszüge aus dem Bericht der Werksdirektion Gneisenau an das Bergamt Dortmund 1 vom 29. Januar 1944 zur Lage des Betriebs 1943; WWA F79 Nr. 1279

### **Das Verhältnis zwischen Staat und Unternehmer im Ruhrbergbau während des Nationalsozialismus**

Bekanntnisse von Ernst Brandi zur „Nationalen Erhebung“ in einer Rede vor der Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 1. April 1933, in: Paul Osthold: Fünfundsiebzig Jahre „Bergbau-Verein“, in: Jahrbuch für den Ruhrkohlenbezirk 31 (1933), S. XIV; WWA P1/33.

Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 5. März 1940 betreffend den „Austausch von Steinkohle gegen Braunkohle zwischen Reichswerken Hermann Göring und Harpener Bergbau A.-G.“ und Auszüge aus der Anlage (Vereinbarung zwischen den Reichswerken und Harpen vom 9.12.1939); WWA F 79 Nr. 464.

Auszüge aus einem Manuskript Friedrich Flicks über seine politische und persönliche Positionierung im Nationalsozialismus (August 1945); WWA S 8 Nr. 84.

### **Die Einordnung unternehmerischen Handelns im Nationalsozialismus im wissenschaftlichen Diskurs**

Henry Ashby Turner jr.: Verhalfen die deutschen ‚Monopolkapitalisten‘ Hitler zur Macht?, in: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972; WWA A 879.

## Literatur zum Ruhrbergbau und zur Täterforschung

Abelshauer, Werner: Wirtschaft, Staat und Arbeitsmarkt 1914-1945, in: Köllmann, Wolfgang; Korte, Hermann; Petzina, Dietmar; Weber, Wolfhard (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 435-489.

Abelshauer, Werner: Ruhrkohle und Politik. Ernst Brandt 1875-1937. Eine Biographie, Essen 2009.

Bähr, Johannes u.a. (Hg.): Der Flick-Konzern im Dritten Reich, München 2008.

Bajohr, Frank: Täterforschung. Ertrag, Probleme und Perspektiven, in: Bajohr, Frank; Löw, Andrea (Hg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015, S. 173.

Batelka, Philipp; Weise, Michael; Zehnle, Stefanie (Hg.): Zwischen Tätern und Opfern. Gewaltbeziehungen und Gewaltgemeinschaften, Göttingen 2017.

Bergarbeiter. Ausstellung zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland, Katalog, Bochum 1969.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969.

Browning, Christopher: Ganz normale Männer. Das Reservebataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 2013.

Christ, Michaela: Gewaltforschung – Ein Überblick, in: Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung 67, 2017, Bd. 4, S. 9-15.

Ellerbrock, Karl-Peter (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert aus dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv, Münster 2017.

Gebhardt, Gerhard: Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957.

Gillingham, John: Die Ruhrbergleute und Hitlers Krieg, in: Mommsen, Hans; Borsdorf, Ulrich (Hg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 325-342.

Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, 3. A., Wiesbaden 2013.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

Huske, Joachim: Der Steinkohlenbergbau im Ruhrrevier von seinen Anfängen bis zum Jahr 2000, 2. A., Werne 2001.

Jäger, Wolfgang: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, München 1989.

Knöbl, Wolfgang: Gewalt erklären?, in: Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung 67, 2017, Bd. 4, S. 4-8.

Kühl, Stefan: Gewaltmassen. Zum Zusammenhang von Gruppen, Menschenmassen und Gewalt, in: Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung 67, 2017, Bd. 4, S. 22-26.

Mason, Tim W.: Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis „archaischer“ und „moderner“ Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in:

- Mommsen, Hans; Petzina, Dietmar; Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 322-351.
- Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, 2. A., Opladen 1978.
- Milert, Werner; Tschirbs, Rudolf: Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie, Düsseldorf 2013.
- Milward, Alan S.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966.
- Osthold, Paul: Die Geschichte des Zechenverbandes 1908-1933. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Berlin 1934.
- Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Plumpe, Werner: Unternehmerverbände und industrielle Interessenpolitik seit 1870, in: Köllmann, Wolfgang; Korte, Hermann; Petzina, Dietmar; Weber, Wolfhard (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 655-727.
- Przigoda, Stefan: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858-1933, Bochum 2002.
- Rathkolb, Oliver (Hg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938-1945, Wien 2001.
- Riedel, Matthias: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen 1973.
- Scheibe, Axel: Paul Pleiger: Ehrgeiziger Wirtschaftsfunktionär, in: Ahland, Frank; Dudde, Matthias (Hg.): Wittener Biografische Porträts, Bd. 1, Witten 2000, S. 147-161.
- Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1968.
- Schulte-Hobein, Jürgen; Bösterling, Werner: Winterhilfswerk, Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Kraft durch Freude. Propagandainstrumente des Nationalsozialismus, Arnberg 2010.
- Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover/Frankfurt a. M. 1958.
- Schunder, Friedrich: Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrbergbau, Stuttgart 1959.
- Siegel, Tilla: Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Mommsen, Hans; Willems, Susanne (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97-224.
- Speitkamp, Winfried: Gewaltgemeinschaften in der Geschichte. Entstehung, Kohäsionskraft und Zerfall, Göttingen 2017.
- Stremmel, Ralf: Paul Pleiger, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 20, Berlin 2001, S. 526-527.
- Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3, 1955, Heft 2, S. 184-210.
- Unverferth, Gabriele (Bearb.): Kohle, Koks und Kolonie. Das Verbundbergwerk Gneisenau in Dortmund-Derne, Münster 2020.
- Urban, Thomas: ÜberLeben und Sterben von Zwangsarbeitern im Ruhrbergbau, Münster 2002.
- Wiel, Paul: Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes, Essen 1970.
- Welzer, Harald: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt am Main 2005.
- Welzer, Harald; Tschuggnall, Susanne; Möller, Sabine: „Opa war kein Nazi!“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Berlin 2002.

Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Wisotzky, Klaus: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983.

Werner, Wolfgang Franz: Rüstungswirtschaftliche Mobilisierung und materielle Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet 1933-1939. Das Beispiel der Bergarbeiter, in: Düwell, Kurt; Köllmann, Wolfgang (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 147-158.

# Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen

für die historisch-politische Bildung in Westfalen

herausgegeben von der  
Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund



## **Band 1** Migration im Ruhrbergbau

bearbeitet von  
Karl Lauschke, Katja Schlecking  
und Johannah Weber

ISBN 978-3-402-13219-7

## **Band 2** Strukturwandel im westfälischen Ruhrgebiet

bearbeitet von  
Kathrin Baas, Karl-Peter  
Ellerbrock, Katja Schlecking  
und Johanna Weber

ISBN 978-3-402-13329-3

## **Band 3** Der Ruhrbergbau im Nationalsozialismus

bearbeitet von  
Viktoria Heppe, Sebastian Kur-  
tenbach und Gabriele Unver-  
ferth

ISBN 978-3-402-24753-2

## Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und  
Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert

herausgegeben von  
Karl-Peter Ellerbrock

811 Seiten,  
umfangreich farblich bebildert

ISBN 978-3-402-13171-8

# WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Quellen zur Wirtschaft,  
Gesellschaft und Technik  
vom 18. bis 20. Jahrhundert

Herausgegeben von  
Karl-Peter Ellerbrock

 **Aschendorff**  
Verlag



## Geschichte des deutschen Bergbaus

herausgegeben von  
Dieter Ziegler

Band 1  
**Der alteuropäische Bergbau**  
ISBN 978-3-402-12901-2

Band 2  
**Salze, Erze und Kohlen**  
ISBN 978-3-402-12902-9

Band 3  
**Motor der Industrialisierung**  
ISBN 978-3-402-12903-6

Band 4  
**Rohstoffgewinnung im Strukturwandel**  
ISBN 978-3-402-12904-3



ISBN 978-3-402-24753-2



9 783402 247532



 **Aschendorff**  
Verlag